

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

**REGIERUNGSPROGRAMM 2022-2027
DER CDU IN NIEDERSACHSEN**



INHALT

Einleitung: Niedersachsen springt weiter	5
1 Kinder, Jugendliche, frühkindliche und schulische Bildung.....	7
Frühkindliche Bildung für einen guten und gerechten Start ins Leben	7
Starke und moderne Schulen	10
Für ein familienfreundliches Niedersachsen	18
Kinder brauchen unseren besonderen Schutz.....	19
Jugendförderung	21
2 Berufliche Entwicklung im Laufe des Lebens.....	21
Solide Ausbildung für den besten Start ins Leben	21
Studieren in der digitalen Gesellschaft.....	23
Lebensbegleitendes Lernen.....	24
Arbeitswelt im Wandel	26
3 Innovation, Wissenschaft und Wirtschaft	31
Niedersachsen kann Neues!	31
Wissenschaft und Hochschule für die Welt von morgen	35
Gemeinsam für eine starke und zukunftsfeste Wirtschaft.....	39
Das Reiseland Niedersachsen	46
4 Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Energie Hand in Hand	48
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48
Umwelt und Nachhaltigkeit.....	55
Klimaschutz.....	59
Neue Wege in der Energieversorgung.....	62
5 Wohnen und Bauen, Landesentwicklung und moderne Infrastruktur im Einklang	67
Wohnen und Bauen.....	67
Verkehr	71
Digitale Infrastruktur	76
6 Digitaler Staat und solide Finanzen.....	77
Ein handlungsfähiger Staat auf der digitalen Höhe der Zeit.....	77
Für nachhaltige Finanzen.....	80
Starke Kommunen	84
7 Sicheres Niedersachsen	86
Durchsetzungsstarke Justiz.....	86

Für eine leistungsfähige Polizei und Ordnungsbehörden.....	90
Cyberabwehr	94
Verfassungsschutz	95
Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz	96
Ausländerbehörden.....	99
Prävention und Opferschutz.....	99
8 Soziales Niedersachsen – Gesundheit und Pflege.....	101
Gesundheit als höchstes Gut	101
Gute Pflege	107
9 Niedersachsen hält zusammen	112
Gleichstellung für ein starkes Niedersachsen.....	112
Teilhabe und Solidarität in einer offenen Gesellschaft	113
Starke Integration für ein starkes Niedersachsen	116
Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter	117
Weiter springen mit Engagement im Ehrenamt.....	118
Sport in Niedersachsen.....	120
Kirchen und Religionsgemeinschaften	122
10 Niedersachsen in Europa und der Welt, Kultur und Medien.....	123
Niedersachsens Verantwortung in der Welt	123
Neustart Kultur	124
Medienpolitik und Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft	129

EINLEITUNG: NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER

Liebe Niedersächsinnen, liebe Niedersachsen,

unser Bundesland hat sich in den 75 Jahren seines Bestehens zu einer der lebenswertesten Regionen in Deutschland und Europa entwickelt. Niedersachsen steht für die Entwicklung der gesamten Bundesrepublik – mit seinem wirtschaftlichen Erfolg, seiner sozialen Sicherheit, seiner gesellschaftlichen Stabilität und seiner Weltoffenheit.

Niedersachsen ist das flächenmäßig zweitgrößte Bundesland und eines der vielfältigsten: ein Land der Innovation und der Spitzenforschung. Ein Land der klugen Köpfe und der Gründer. Niedersachsen ist Land der Mobilität und des E-Autos, der Landwirtschaft, des Mittelstands und Handwerks, der Schifffahrt und der Luftfahrt gleichermaßen. Großstädte und Metropolregionen mit starker wirtschaftlicher Dynamik wechseln sich ab mit weiten ländlichen Räumen mit großem Zusammenhalt in Dörfern und kleineren Gemeinden mit lebendigen Traditionen. Mit einem breiten Spektrum landschaftlicher Schönheit zwischen den Nationalparks Wattenmeer und Harz. Aus dieser Vielfalt ziehen wir Niedersachsen Stabilität, Kraft und Zuversicht. Ja, wir lieben unser Land.

Unverwechselbar aber wird Niedersachsen durch uns Niedersachsen. Ob auf den Ostfriesischen Inseln im Norden, im Harz im Süden oder der Lüneburger Heide im Osten Niedersachsens, wir sind nicht nur sturmfest und erdverwachsen, bescheiden und bodenständig, sondern auch fleißig und voller Erfindergeist. Und wir schaffen Zusammenhalt: Die Coronapandemie ist ein Stresstest für die gesamte Gesellschaft, den wir alle gemeinsam meistern – auch wenn die Pandemie noch nicht vorbei ist.

Wir sind solidarisch und hilfsbereit: Die zahlreichen Menschen, die vor dem russischen Angriff auf die Ukraine fliehen, nehmen wir mit offenen Armen auf. Dieser Krieg stellt die gesamte europäische Friedensordnung infrage und erfordert ein grundlegendes Umdenken in zahlreichen politischen Fragen. Frieden und Freiheit müssen jeden Tag aufs Neue hart erarbeitet werden.

Inmitten all dieser Veränderung und wachsenden Unsicherheit ist ein klarer Kurs nötig. Ein Kurs, der politischen Prinzipien folgt und der doch mit Offenheit und Lernfähigkeit neue Wege beschreitet. Unser Ziel ist, das nächste Kapitel der niedersächsischen Erfolgsgeschichte zu schreiben.

Bei diesem nächsten Kapitel wollen wir mit Ihnen zusammen die Feder führen. Wir sind die mitgliederstärkste Partei in Niedersachsen mit einer langen und reichen Geschichte. Wir sind die stärkste kommunale Partei in Niedersachsen. Wir sind in allen Kreisen, Gemeinden und Ortschaften fest verwurzelt. Wir sind die Partei, die nah bei allen Menschen im Land ist.

Wir stehen für einen Weg der politischen Vernunft, für pragmatische Lösungen, die zugleich auf festen Werten gründen. Mit klarem Kompass und Bewusstsein für das Machbare stehen wir für die Fähigkeit zu Kompromiss und Konsens. Wir stehen für eine Politik mit ebenso viel Kopf wie Herz. Unsere Werte sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Für uns zählt das selbstverantwortliche Leben.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

Wir denken Politik von den Chancen und Möglichkeiten aller Menschen in unserem Bundesland her. Wir sehen die Potenziale der Menschen – Ihre Potenziale *als* Menschen: Wir wollen Sie befähigen und nicht einschränken. Wir wollen, dass Sie Ihren Alltag wie Ihr gesamtes Leben in Sicherheit und Freiheit gestalten können. Für uns gibt es nicht den einzig richtigen Weg, sondern viele Lebensentwürfe und -modelle. Wir verteidigen die offene und freie Gesellschaft und ihre Grundlagen. Und: Wir machen Politik nicht allein für bestimmte Gruppen unserer Gesellschaft, sondern für Sie alle – egal welchen Alters, welcher Konfession, welchen Geschlechts oder welcher Hautfarbe, ob Sie im ländlichen Raum oder in der Stadt zu Hause sind. Wir wollen Ihre Stimme in der Politik sein.

Die CDU in Niedersachsen hat in den vergangenen fünf Jahren die Entwicklung unseres Landes in Regierungsverantwortung mitgestaltet. Wir haben erfolgreich dazu beigetragen, unser Bundesland durch das pandemische Jahrhundertereignis hindurch auf Kurs zu halten und seine großen, mittleren und kleinen Unternehmen und Betriebe zu stützen und Arbeitsplätze zu bewahren. Jetzt gilt es zudem, die Folgen eines mitten in Europa entbrannten Krieges zu bewältigen. Dabei müssen Entlastungspakete sozial ausgewogen von allen Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden können.

Wir legen einen starken Fokus auf eine umfassende Digitalisierung, die niemanden zurücklässt, und auf eine solide Finanzpolitik im Interesse von Ihnen allen, vor allem aber der jungen Menschen in Niedersachsen und der nachfolgenden Generationen. Wir streben nachhaltige Lösungen für die für Niedersachsen so wichtige Landwirtschaft ebenso an wie ein starkes Wissenschafts- und Innovationssystem und gute Zukunftschancen für alle.

Diese Gestaltungskraft möchten wir nun an der Spitze der Landesregierung einbringen. Demokratie lebt vom Wechsel. Dieser Wechsel hat Niedersachsen im Laufe seiner Geschichte geprägt und vorangebracht. Er bringt Erneuerung und frische Ideen.

Wir sind der Auffassung, dass mehr in diesem Land und uns allen steckt. Niedersachsen kann mehr, als es derzeit zu zeigen vermag. Wir können mehr tun und wir können gemeinsam mehr erreichen. Aber das ist kein Selbstzweck. Es ist ein Beitrag zu einem besseren Leben für alle Menschen hier in unserem Bundesland, aber auch für Deutschland insgesamt. Deutschland braucht Niedersachsen. Und unsere europäischen Nachbarn setzen ebenso darauf. Ein starkes, weltoffenes, lebenswertes Niedersachsen im Herzen Europas – das ist unser Ziel. Wir alle lieben dieses Land und deswegen wollen wir gemeinsam dieses Land in die Top drei der deutschen Bundesländer führen. Niedersachsen soll mit uns allen und durch uns alle weiter springen!

Dafür wollen wir als CDU in Niedersachsen mit Ihnen einen Vertrag schließen: Wir werden Niedersachsen in den nächsten fünf Jahren voranbringen. Wir werden Sie sicher in Ihre persönliche Zukunft begleiten. Wir werden Niedersachsen fit machen für die Zukunft. Wir werden dafür sorgen, dass Niedersachsen weiter springt.

Denn: Wir können uns mehr zutrauen. Wir alle miteinander. Wir bitten Sie um Ihr Vertrauen und um Ihre beiden Stimmen bei der Landtagswahl 2022.

1 KINDER, JUGENDLICHE, FRÜHKINDLICHE UND SCHULISCHE BILDUNG

Frühkindliche Bildung für einen guten und gerechten Start ins Leben

Wir möchten, dass alle Kinder von Anfang an gute Ausgangschancen für einen erfolgreichen Bildungsweg haben. Der Kita-Besuch ist eine wichtige Etappe hin zur Einschulung. Daher muss er allen Kindern zugänglich gemacht werden – unabhängig von der persönlichen Lebenssituation wie auch der Herkunft der Eltern.

Die Betreuung und die pädagogische Begleitung unserer Kleinsten liegen uns besonders am Herzen. Die Kindertagesstätten sind Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Und sie sind Orte des sozialen Miteinanders, wo sich Kinder entfalten können. Insbesondere die frühkindliche Bildung wollen wir stärken und ausbauen, die Sprachfähigkeiten der Kinder spielen dabei eine zentrale Rolle. Investitionen in die frühe Phase der Entwicklung unserer Kinder sind am gerechtesten, weil sie frühzeitig greifen und Bildungslücken verhindern. **Niedersachsen soll das kinderfreundlichste Bundesland werden** – dafür treten wir an.

Dafür werden wir die Bildungskette vom ersten Lebensjahr bis zum Schulabschluss zu einem festen Band verknüpfen. Alle Einrichtungen der frühkindlichen Bildung werden wir mit unseren Grundschulen und den weiterführenden Schulen sowie den Jugendhilfebehörden stärker in Verbindung bringen. Wir werden ein eigenständiges Ministerium für Kinder, Jugend und Bildung gründen, das alle Kompetenzen von der frühkindlichen Bildung über die Schulbildung bis hin zum Schutz und freien Entfaltung unserer Kinder bündelt.

Schon heute ist der Betreuungsanspruch vom ersten Lebensjahr an gesetzlich verankert. Unsere Gemeinden und Städte werden wir bei der Schaffung von guten Betreuungsangeboten unterstützen. Den **bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote** werden wir weiter fortsetzen. Das gilt auch für die Schaffung weiterer Krippenplätze. Wir sehen dabei auch den Bund in der Pflicht, die Kommunen und Städte beim U3-Ausbau finanziell zu unterstützen, um den Ausbau von Betreuungsplätzen zu sichern. Das **Brückengjahr zwischen Kita und Grundschule** werden wir wieder einführen.

Wir werden eine exzellente Betreuung vor Ort ermöglichen. Dafür brauchen Kinder nicht nur einen Betreuungsplatz, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte. Wir haben großen Respekt vor der Leistung all derer, die sich in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege mit großem Engagement unseren Kindern und ihrer bestmöglichen Bildung widmen. Bei diesem qualifizierten Personal herrscht in vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen ein großer Mangel. Wir werden deshalb in der nächsten Wahlperiode einen Schwerpunkt – auch in finanzieller Hinsicht – darauflegen, möglichst viele **Fachkräfte für unsere Kindertagesstätten** zu gewinnen. Wir setzen auf eine dualisierte und vergütete Ausbildung: Sie macht es möglich, von Anfang an in der Kindertagesstätte Praxis und Theorie innerhalb der Ausbildung zu verzahnen. Mit dem Niedersächsischen Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG) haben wir diese neuen Strukturen in Niedersachsen bereits etabliert. Mit einem weitergehenden **Ausbildungspakt zwischen Land,**

Kommunen und Ausbildungsträgern wollen wir nun zügig die Ausbildungskapazitäten erhöhen und 10.000 neue Fachkräfte für unsere Kindertageseinrichtungen bis 2027 gewinnen.

Wir werden die **Arbeits- sowie die Ausbildungsbedingungen für das pädagogische Personal** in unseren Kindertagesstätten attraktiver gestalten und verbessern, damit mehr Menschen in den Kindertagesstätten tätig werden wollen. Dazu gehört die Einführung der dritten Kraft, um einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel bei den Kindertagesstätten zu gewährleisten. *Deshalb werden wir:*

- eine allgemeine Fachkräfte- und Ausbildungsoffensive starten, um möglichst viele Menschen für eine Tätigkeit in einer Kindertagesstätte zu gewinnen und damit die Umsetzung der dritten Kita-Fachkraft vorantreiben und stufenweise bis spätestens 2027 in Niedersachsen umsetzen.
- die von uns eingeführte dualisierte Erzieherausbildung mit tariflich vereinbarter Ausbildungsvergütung ausbauen und auf ein einheitliches System einer Ausbildungsvergütung drängen, um die Attraktivität der Ausbildung für junge Menschen zu erhöhen. Unser Ziel ist es, zusätzliche 10.000 Erzieherinnen und Erzieher für Niedersachsen zu gewinnen.
- eine Reform der Erzieherausbildung über die Kultusministerkonferenz initiieren – mit dem Ziel, sie dualer, modularer und mit einem größeren Praxisanteil auszugestalten.
- ein gezieltes Ausbilderinnen- und Ausbilderprogramm für die dualisierte Ausbildung initiieren. Die Ausbilderinnen und Ausbilder erhalten zur Entlastung Verfügungsstunden für die Begleitung und Anleitung der Auszubildenden.
- die öffentlichen und privaten Ausbildungskapazitäten für Fachkräfte in den Kindertagesstätten ausbauen, finanziell besser unterstützen und die Gründung neuer Schulen zur Ausbildung von Sozialassistentinnen und -assistenten sowie Erzieherinnen und Erziehern unbürokratisch zulassen.
- ein berufsbegleitendes Bachelor- und Masterstudium für den Bereich Bildung und Erziehung anbieten und weitere bessere berufsbegleitende Angebote für sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten schaffen, damit sie sich weiterqualifizieren und als Erzieherinnen oder Erzieher mehr Verantwortung in den Einrichtungen übernehmen können.
- das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) personell stärken und den Transfer neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis in den Kindertageseinrichtungen noch niedrigschwelliger gestalten.
- den Quereinstieg in den Beruf der Erzieherin und des Erziehers sowie der sozialpädagogischen Assistentin bzw. des sozialpädagogischen Assistenten in unseren Kindertagesstätten leichter ermöglichen.
- mehr Studienplätze für die Lehrerausbildung zur Ausbildung von Personal in der frühkindlichen Bildung schaffen.
- die Freistellungszeiten für Leitungen und Verfügungsstunden für Qualifizierungsangebote des Landes zur Weiterbildung von Fachkräften ausweiten und auf entsprechende personelle Ressourcen bei den Trägern der Kindertagesstätten dringen.

- durch die Einführung eines „Digitalpakts Kita“ im Bereich des Berichtswesens und der Verwaltung von Kitas die Arbeitsbelastung in den Einrichtungen senken und eine Vernetzung zwischen Krippen, Kindergärten und Grundschulen ermöglichen.
- den Wissenstransfer von den Hochschulen in die Kindertagesstätten und umgekehrt weiter fördern und deshalb das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) stärken.

Kindertagesstätten bereiten die Kinder bereits im Vorschulalter auf ihre schulische Laufbahn vor. Wir werden die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung verbessern. **Für eine hohe Qualität in unseren Kindertagesstätten werden wir:**

- das Brückenjahr im letzten Kindergartenjahr ab 2024 wieder einführen, um den Eintritt Ihres Kindes in die Schule deutlich zu erleichtern und zu verbessern, und die Schulkindergärten und weitere bestehende Kooperationen und Übergangsmodelle zwischen Kitas und Grundschulen ausbauen. Mittelfristig werden wir so eine moderne Form der Vorschulen etablieren.
- ein Investitionsprogramm „Gute Bildung in Kitas“ auf den Weg bringen, um die Qualität der Einrichtungen nachhaltig zu fördern sowie diese Finanzhilfe verbessern und vereinfachen.
- ein Bausatzsystem des Landes für Neubauten von Kindertagesstätten und Schulen entwickeln, auf das die Kommunen zugreifen können. So lassen sich Kosten senken und Verfahren beschleunigen.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch angepasste Öffnungszeiten fördern und die Qualitätssicherung und -entwicklung durch anerkannte Träger unterstützen.
- die Gründung von Wald- und Naturkindergärten erleichtern.
- die Gründung von Betriebskindergärten erleichtern.
- den Inklusionsgedanken noch stärker im Kita-Alltag integrieren und die Fachberatung fördern.
- eine Kinderschutzfortbildungsoffensive in allen Einrichtungen starten.

Um eine gute und flächendeckende Betreuung Ihres Kindes zu gewährleisten, spielt auch die **Kindertagespflege** eine wichtige Rolle. Tageseltern stellen ebenso wie die Kindertagesstätten den Betreuungsanspruch der Eltern gegenüber der Kommune sicher. Hierauf werden wir einen weiteren Schwerpunkt legen. *Aus diesem Grund werden wir:*

- die Kindertagespflege finanziell stärker unterstützen und die finanzielle Vergütung in der Kindertagespflege verbessern, um ein breiteres Angebot an Tagespflege in Niedersachsen zu schaffen.
- insbesondere bei der Großtagespflege in Niedersachsen bestehende rechtliche Hindernisse für die Einrichtung und den Betrieb von Großtagespflegen abbauen und die Einrichtung neuer Großtagespflegen fördern.
- die Weiterentwicklung der Qualitätsstandards und Qualifizierungsmöglichkeiten in der Kindertagespflege vorantreiben.

Starke und moderne Schulen

Niedersachsens Bildungssystem schafft soziale sowie gesellschaftliche Bindungen, die weit über das alltägliche Schulleben hinausgehen. Der **Lebens- und Lernort Schule** hat auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion. Diese gilt es wahrzunehmen, anzuerkennen und in schulpolitischen Weichenstellungen immer mitzudenken. Unser Verständnis von Schulbildung ist und bleibt: Schulische Bildung soll unsere Kinder und Jugendlichen dazu befähigen, in einer Welt des Wandels die Kompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben zu entwickeln – damit sie künftig als freie Bürgerinnen und Bürger unser demokratisches und inklusives Gemeinwesen mitgestalten können.

Wir werden die Bildungspotenziale der Kinder in Niedersachsen besser erschließen, um Kinder besser zu fördern und sie stark zu machen. Gute Schule bedeutet auch Bereitschaft zur Leistung. Unser Grundprinzip eines leistungsstarken Schulsystems in Niedersachsen unterbreitet allen Schülerinnen und Schülern ein auf ihre Talente und Begabungen passendes Schulangebot. Wir wollen keine neue Schulstrukturdiskussion. Vielmehr wollen wir die Unterrichtsqualität, eine hohe Durchlässigkeit und individuelle Förderung sowie qualitativ hochwertige Bildungsabschlüsse an allen Schulformen ins Zentrum unserer Bildungspolitik stellen! Schulabbrecher und Schulverweigerer müssen in besonderer Weise in den Blick genommen werden. Ziel muss es sein, dass kein Kind die Schule ohne Abschluss verlässt. Wir garantieren hier einen **verlässlichen Niedersächsischen Weg ohne ständige Reformen**, dafür mit klarem Kurs in der Sache.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die **Unterrichtsversorgung** in Niedersachsen deutlich verbessert werden und **landesweit dauerhaft über 100 Prozent**, möglichst ohne Unterrichtsausfall, liegen. Wir geben eine Unterrichtsgarantie für mehr Verlässlichkeit an unseren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Dies wollen wir mit einer **breiten bildungspolitischen Offensive für Unterrichtsversorgung** erreichen. Gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte sind die Grundlage für Unterricht hoher Qualität und ein gelingendes Schulwesen. Unsere Lehrkräfte und Schulleitungen leisten täglich aufs Neue viel für unsere Kinder und sind der entscheidende Erfolgsfaktor für eine gute Schule. Das Land muss attraktive Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschen sich für den Lehrberuf in Niedersachsen entscheiden und Tag für Tag gerne zur Arbeit gehen. Wir werden für **Lehrkräfte** beste Rahmenbedingungen und konkrete Entlastung schaffen. *Deshalb werden wir:*

- eine landesweite Unterrichtsversorgung von mindestens 100 Prozent sicherstellen und damit eine Unterrichtsgarantie geben. Dafür werden wir eine Lehrkräfteoffensive starten und 5000 neue Lehrer in den nächsten fünf Jahren zusätzlich einstellen.
- das Einstiegsgehalt aller Lehrämter schrittweise im Verlauf der Legislaturperiode auf A13 anheben, um die Studienzeiten und Wertschätzung auch in der Besoldung zum Ausdruck zu bringen und die Bezahlung der Fachpraxislehrer verbessern. Durch die Besserstellung der Einstiegsgehälter aller Lehrkräfte werden wir deshalb auch die Funktionsebene neu bewerten.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- eine Niedersachsen-Lehrkräfte-Prämie für unterversorgte Fächer und Regionen einführen und damit mehr Anreize für Lehrkräfte im ländlichen Raum und an Schulen mit besonderen Herausforderungen im sozialen Bereich schaffen.
- die Lehrkräfte von unterrichtsfremden Aufgaben entlasten und die Entbürokratisierung des Lehramtes vorantreiben, um die Arbeitsbelastung von Lehrkräften zu senken und das Kerngeschäft „Unterricht“ zu stärken.
- eine neue schulverwaltungstechnische Ausbildung zur bzw. zum „Schulfachangestellten“ schaffen, die bzw. der schulfachlichen und schulverwaltungsspezifischen Kompetenzen erlernt und mit der Übernahme schuladministrativer Aufgaben Schulleitung und Lehrkräfte entlastet, sowie den Einsatz von Verwaltungsangestellten in großen Schulen ausbauen.
- alle Lehrkräfte und Schulleitungen mit besonderen Aufgaben in den Bereichen Inklusion und Integration anhand der Messgröße Sollstunden zusätzlich entlasten sowie den Personalansatz von pädagogischem Personal an Schulen mit besonderen Herausforderungen deutlich erhöhen.
- die Schulsozialarbeit in Niedersachsen deutlich ausbauen und die Zahl der Schulpsychologinnen und -psychologen an niedersächsischen Schulen verdoppeln. Hierzu werden wir den tatsächlichen Bedarf ermitteln und ggf. die Anzahl der Studienplätze anpassen.
- die Studienseminare im ländlichen Raum stärken und deren Kapazitäten passgenau aufstocken beziehungsweise voll auslasten.
- eine fächerspezifische Bedarfsplanung für alle Lehrämter einführen, als Steuerungselement zwischen den Bedarfen des Kultusministeriums und den vorzuhaltenden Studienplätzen durch das Wissenschaftsministerium.
- im Rahmen eines Modellversuchs erproben, die Lehramtsausbildung zu optimieren, mit dem Ziel, die Praxisanteile zu erhöhen und damit schon im 1. Semester verpflichtend zu beginnen. Zudem werden wir die bessere Verzahnung von Hochschulen, Studienseminaren und Ausbildungsschulen durchsetzen.
- gezielte „Perspektiv-Gespräche“ etablieren, um einen Abgleich von Landesinteressen und individuellen Wünschen mit allen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern schon im Vorbereitungsdienst vorzunehmen, um offene Stellen bestmöglich zu besetzen.
- den „Quereinstieg Plus“ mit einem berufsbegleitenden Quereinsteiger-Studium, das praxisnahe Pädagogik und Fachdidaktik vermittelt, für Berufserfahrene mit unterschiedlicher beruflicher Vorbildung einführen.
- alle Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ausstatten und ihnen regelmäßig berufsbegleitend passgenaue digitale Fort- und Weiterbildungsangebote an niedersächsischen Hochschulen zu unterbreiten.
- für Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen finanziell unterstützende Maßnahmen einführen, um mit dem ÖPNV kostengünstig zur Schule zu gelangen.
- darüber hinaus die Regionalen Landesämter für Schule und Bildung (RLSB) fortentwickeln, damit die Arbeitsbedingungen der Schulen vor Ort verbessert werden.

Die **Folgen der Corona-Pandemie** für unsere Schulen müssen weiter aufgearbeitet werden. Wie gut uns dies gelingt, entscheidet mit über den Bildungserfolg vieler junger Menschen. Mit Blick auf die Schulorganisation, aber auch die individuellen Bildungsbiografien der Schülerinnen und Schüler gilt es diese wichtige Arbeit im Kultusministerium zu intensivieren.

Dazu werden wir:

- die pandemiebedingten Lernrückstände identifizieren und durch Nachhol- und Mentoringprogramme gezielt beheben.
- die pandemiebedingten sozialen, emotionalen und psychologischen Defizite identifizieren und passende Hilfs- und Unterstützungsangebote organisieren.
- die Wertigkeit der Abschlüsse auch für die von der Pandemie betroffenen Jahrgänge durch hohe Bildungsstandards und Leistungsüberprüfungen sicherstellen.
- ein Anti-Schulabbrecher-Programm als neues Warnsystem von Schulen und Jugendhilfeträgern, gepaart mit gezielten Unterstützungsmaßnahmen, auflegen.

Die **Qualität des Unterrichts** wollen wir weiter verbessern. Schlüsselkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen wollen wir stärken. Wir werden die Kerncurricula weiterentwickeln, digitale Basiskompetenzen aufnehmen und mehr Raum für die relevanten Kernthemen des jeweiligen Faches schaffen. Die Lehrkräfte sollen größere Spielräume dabei erhalten, Schwerpunktsetzungen vorzunehmen, um unter anderem einen fächerübergreifenden Unterricht zu erleichtern. Neue Unterrichtsformate und das eigenständige Lernen werden wir fördern sowie versuchen, die **Klassengrößen schrittweise zu verkleinern**. Digitale und mediale Kompetenzen und Besuche außerschulischer Lernorte sollen stärker als bisher berücksichtigt werden. *Deshalb werden wir:*

- die Qualität des Unterrichts durch die Verkleinerung der Klassengrößen, beginnend in den Grundschulen, schrittweise verbessern.
- Abschluss- und Abiturprüfungen und die das Abitur vorbereitende Einführungs- und Qualifikationsphase im Ländervergleich evaluieren, um hochwertige Bildungsstandards und -abschlüsse in Niedersachsen zu garantieren. Eine bessere bundesweite Vergleichbarkeit aller Schulabschlüsse auf hohem Niveau soll dadurch sichergestellt werden.
- die Stärkung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen sowie die Medienkompetenz im Umgang mit neuen Medien zur Priorität machen und das Fach Englisch stärken, denn sie legen die unentbehrliche Grundlage für jede erfolgreiche Bildungsbiografie.
- ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der Deutschkenntnisse in der Grundschule und in der frühkindlichen Bildung legen und dabei auch flächendeckende Sprachstandserhebungen im Alter von vier Jahren mit Förderung bei festgestellten Verbesserungsbedarfe umsetzen.
- die MINT-Förderung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) weiterentwickeln und vorantreiben, unter anderem durch Schülerforschungslabore und Kooperationsmöglichkeiten mit lokalen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Hochschulen.

- das Pflichtfach Informatik früher einführen und zum Erfolg führen, indem zusätzliche Fortbildungsangebote für ausgebildete Lehrkräfte geschaffen und die Studienkapazitäten in diesem Bereich erhöht werden sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern ein leichter Einstieg ermöglicht wird.
- die Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenzen in der Sekundarstufe I und II stärken und auch zu Zwecken der Berufsorientierung den Austausch zwischen Schulen und Einrichtungen der Wirtschafts- und Gründungsförderung intensivieren. Ebenso werden wir die Vermittlung von „Alltagskompetenzen“ in den Fokus nehmen.
- uns dafür einsetzen, dass an jedem Schulstandort ein „Handlungsplan Schwimmunterricht“ entwickelt und umgesetzt wird. Um die Kommunen dabei zu unterstützen, werden wir in Zusammenarbeit mit diesen ein Förderprogramm „Schwimmunterricht“ ins Leben rufen.
- das erfolgreiche Schulobstprogramm fortführen und die Verbraucherbildung in der Schule stärken.
- auch in Zukunft einen konfessionellen Religionsunterricht an den niedersächsischen Schulen sicherstellen – indem wir die katholische und die evangelische Kirche auf ihrem Weg, einen gemeinsamen christlichen Religionsunterricht zu etablieren, unterstützen.
- mehr Raum für das Fach Werte und Normen schaffen.
- mehr Raum für den islamischen Religionsunterricht schaffen und dabei verstärkt auf in Deutschland und insbesondere in Osnabrück ausgebildete Religionspädagogen setzen. Die Zusammenarbeit mit der regierungsnahen türkischen Religionsbehörde Ditib wollen wir aufgrund politischer Einflussnahmen auf ein Minimum reduzieren und mittelfristig beenden.
- die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Kultur wie der Theaterpädagogik und den Freien Theatern verstärken.
- Uns um das Thema Dyskalkulie bemühen. Dyskalkulie ist nicht heilbar und muss auch über die Sekundarstufe 1 hinaus unterstützt werden, denn Dyskalkulie beeinträchtigt die Betroffenen oftmals noch bis ins hohe Alter. Hierzu sollen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde gelegt werden.

Die **Digitalisierung** soll vollständig in den Klassenräumen unserer Schulen ankommen und zu einem festen Bestandteil des Bildungsalltags werden. Sie bietet uns dabei die Chance, die Lebenswelt und aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen stärker und anschaulicher in das digitale Klassenzimmer in den Unterricht zu integrieren. Digitale Unterrichtsmethoden haben dort ihren Platz, wo sie nachweislich die Unterrichtsqualität verbessern und den Lehrkräften helfen, die Unterrichtsziele zu erreichen. Zentral vom Land angeschaffte und den Lehrkräften zur Verfügung gestellte **digitale Lerntools** sollen den Schulen zukünftig die Möglichkeit bieten, sich aus einem großen Angebot an qualitätsgeprüften und lizenzierten Lernwerkzeugen zu bedienen. Das hat den großen Vorteil, dass die Schulen sie individuell an ihren Unterricht und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler anpassen können. *Dafür werden wir:*

- uns für eine unbürokratische und länderfreundliche Umsetzung des Digitalpakts 2.0 einsetzen, um an allen Schulen in Niedersachsen Hard- und Software erneuern zu können, und die Mittel einfach und unbürokratisch für die Kommunen zugänglich machen.
- Gemeinsam mit der „Landesinitiative n-21: Schulen in Niedersachsen online“ eine digitale Landesträgerschaft für eine erfolgreiche und gleichwertige Umsetzung der Digitalisierung an allen Schulen in Niedersachsen einführen. Wir werden die Niedersächsische Bildungs-Cloud weiterentwickeln sowie einen Software- und App-Lizenz-Service sowie kostenlose, verpflichtende Fortbildungen einführen. Wir werden außerdem die Ausstattung der Lehrkräfte mit eigenen digitalen Endgeräten sowie den Zugang zu qualitätsgesicherten digital verfügbaren Lernmitteln und Lehrwerken sicherstellen. Hierbei werden wir eng mit dem Leibniz-Institut für Bildungsmedien zusammenarbeiten.
- datenschutzrechtliche Herausforderungen über eine landesweite Empfehlung für Apps und Programme auflösen (Whitelist). Denn damit können Schulleitungen und Lehrkräfte sicher handeln und aus zugelassener, zertifizierter und datenschutzrechtlich unbedenklicher Software die für sie passenden Anwendungen kostenfrei, unbürokratisch und zweckorientiert auswählen. Hierzu zählen auch Empfehlungen zu einer rechtssicheren Anwendung einschlägiger Firmensoftware im Rahmen der berufsschulischen Ausbildung.
- mit dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) eine professionelle, flächendeckende Beratungsstruktur für Schulen aufbauen und einen Bildungsbeirat initiieren, in dem Lehrkräfte mit praktischer Erfahrung, Expertinnen und Experten für digitale Bildungstechnologien, Vertreterinnen und Vertreter der Schulträger und die einschlägige Bildungswissenschaft zusammenarbeiten.
- die Lernmittelausleihe digitalisieren. Digitale Endgeräte wie Tablets und Laptops sollen als Lernmittel anerkannt werden. Diese sollen dann kostengünstig an alle Schülerinnen und Schüler verliehen werden. Zudem sollen künftig E-Books und Lern-Apps das klassische Schulbuch ergänzen. Durch digitale Lernmaterialien kann teilweise auf den parallelen Einsatz von gedruckten Publikationen verzichtet werden. Dies betrifft beispielsweise Kartenwerke in gedruckten Atlanten, die nicht aktuell sind.
- im kommunalen Finanzausgleich gesonderte Bedarfszuweisungen schaffen, um gleichwertige digitale Lernvoraussetzungen an den Schulen in Niedersachsen zu schaffen.
- die Vermittlung digitaler Didaktik und Kompetenzen in der Ausbildung neuer Lehrkräfte verstärken und neben theoretischen Kenntnissen vor allem Praxismodule in den Hochschulen und Studienseminaren anbieten.
- eine professionelle IT-Administration mit „digitalen Assistenten“ für den First-Level-Support gemeinsam mit den Schulträgern etablieren, um Lehrkräfte von der Wartung der IT-Systeme zu entlasten und ihnen eine Konzentration auf den Unterricht zu ermöglichen.

- die Umsetzung einer bundesweiten, digitalen Bildungs-ID für jede Schülerin und jeden Schüler vorantreiben, um das Management von Noten, Berichten und Qualifikationen auch bei Schul- und Länderwechseln einfach und unbürokratisch zu gestalten. Zudem können Schulen einen eigenen App-basierten Schulmanager entwickeln.
- digitale Innovationen schneller als bisher und durch neue Formate, bei denen zum Beispiel neue Bildungsanbieter ihre Programme vorstellen, in den Schulen etablieren. Positiv evaluierte Formate sollen in Form eines „roll-out“ breit angewendet werden.
- nach hessischem Vorbild einen „Digital Truck“ erproben. Somit wird digitale Bildung an Grundschulen, direkt vor Ort praktisch und erlebnisreich erklärt.
- Vergleichbar mit den Musikschulen – modellhaft kommunaler Digital Schulen einrichten, die Kindern und Jugendlichen ein Förderangebot für den Umgang mit digitaler Technik machen und ihre Fähigkeiten fördern, Algorithmen zu verstehen und zu programmieren.

Schulen müssen dem Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler und ihren unterschiedlichen Bedürfnissen dienen, nicht umgekehrt. Wir wenden uns gegen die Ideologisierung von Schulstrukturen. Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stehen **guter Unterricht und hochwertige Bildungsabschlüsse**. *Deshalb werden wir:*

- den Schulfrieden bewahren, indem die Schulträger, orientiert am Elternwillen, ihre jeweilige Schulstruktur eigenverantwortlich bestimmen. Die Schullaufbahnenempfehlung im Übergang von der Grundschule in den fünften Jahrgang werden wir wieder einführen.
- kleinere Schulstandorte durch Öffnungsklauseln für Klassenteiler unter anderem im ländlichen Raum absichern und an Grundschulen mit Außenstellen immer eine Konrektoren-Stelle etablieren.
- die regionale Kooperation der Grundschulen mit den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung ausbauen, um den Übergang von der Kita in die Grundschule im Sinne der Kinder zu verbessern.
- die Zusammenarbeit mit Kammern, Berufsschulen und Unternehmen intensivieren und in allen Schulformen – Oberschulen, Haupt- und Realschulen aber auch Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen - insbesondere den Bereich der Berufs- und Studienorientierung und beruflichen Profilbildung weiter ausbauen.
- uns weiterhin für starke Gymnasien in Niedersachsen einsetzen und einen Bestandschutz aussprechen, um diese beliebte Schulform besonders zu schützen.
- die Gründungsmöglichkeiten von Kooperativen Gesamtschulen wieder ins Schulgesetz aufnehmen, um diese Schulform, wie die Integrierte Gesamtschule, in der regionalen Schulstruktur zu etablieren.

Moderne **Ganztagschulen** sind ein zentraler Bestandteil der Schullandschaft in Niedersachsen. Ihre besondere Chance liegt darin, nicht einfach nur zusätzliche Betreuungszeiten anzubieten, sondern die zusätzlichen Zeiten für die Schulbildung einschließlich individueller Lernunterstützung, Hausaufgabenbetreuung und kultureller Bildung zu nutzen. Baulich sind viele Schulen in unserem Land darauf noch nicht ausreichend vorbereitet. Die

kommunalen Schulträger sind auch mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 finanziell stark gefordert. *Deshalb werden wir:*

- die Kommunen auf ihrem Weg zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule im Rahmen einer niedersächsischen Schulbauoffensive konzeptionell, personell und finanziell unterstützen und ihnen Rechtssicherheit bei der Umsetzung geben.
- offene, teilgebundene und gebundene Ganztagsangebote im Land auch weiterhin ermöglichen und so flexibilisieren, dass verstärkt externe Bildungspartner mit ihrer Expertise in das Ganztagsangebot einbezogen werden. Das ermöglicht zum einen neue Perspektiven und Angebote, zum anderen die Entlastung der Schulen mit Blick auf den Einsatz der Lehrkräfte im Pflichtunterricht.
- die Lehrkräftequote im gebundenen und teilgebundenen Ganztags reduzieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung leisten. Kunstschulen, Musikschulen und andere Einrichtungen der kulturellen Jugendbildung sollen zur Entlastung verstärkt in Ganztagsangebote eingebunden werden. Hiermit schaffen wir zusätzliche Erwerbsperspektiven für Kreative und Kulturschaffende und binden außerschulische Bildungsangebote stärker an den Bildungsort Schule an.

Die **inklusive Schule** muss im Sinne der Kinder und Jugendlichen und ohne ideologische Scheuklappen umgesetzt werden – dazu gehört für uns der **Erhalt und Ausbau der Förderschulen** in Niedersachsen als inklusive Kompetenzzentren. Inklusion wird wieder das Kind mit seinen Stärken und Schwächen in den Vordergrund stellen und unter der Vorgabe des Kindeswohls weiterentwickelt. Die inklusive Schule, wie sie derzeit existiert, muss verbessert werden. Wir begreifen alle Schulen in Niedersachsen, auch die Förderschulen, als inklusive Schulen. Nur durch individuelle Förderung mit erhöhtem Förderbedarf ist es möglich, den Schülerinnen und Schülern die bestmöglichen Perspektiven für ihre Zukunft zu ermöglichen. *Deshalb werden wir:*

- die Förderschulen „Lernen“ und „Sprache“ weiterführen, sie als reguläre Schulformen mit Bestandsschutz im Niedersächsischen Schulgesetz absichern sowie Neugründungen zulassen.
- alle Förderschulen erhalten und zu inklusiven Kompetenzzentren weiterentwickeln. Wir schaffen die Möglichkeit, dass sich die erfolgreich arbeitenden Tagesbildungsstätten zu Förderschulen GE weiterentwickeln können.
- die Studienkapazitäten für Sonderpädagogik weiter ausbauen.
- alle Schulformen gleichberechtigt und stärker mit Förderschullehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen eines Ausbaus von multiprofessionellen Teams ausstatten, mit dem Ziel einer gelingenden, breiten inklusiven Schule und einer echten Wahlfreiheit für alle Eltern und Schülerinnen und Schüler.
- den Einsatz von Integrationshelferinnen und -helfern neu konzipieren und zusätzliches Personal zur Verfügung stellen.

- die inklusive Schule in Niedersachsen nachhaltig und über alle Schulformen hinweg durch gezielte Fortbildungsverpflichtungen für Lehrkräfte, die Aufstockung von berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine stärkere Einbindung des inklusiven Schulgedankens in allen Lehramtsstudiengängen verbessern.

Unser Ziel lautet, aus den niedersächsischen Schulen **leistungsstarke, eigenverantwortliche und unverwechselbare Schulen** zu machen. Dazu wollen wir die Entscheidungsfreiheit und Gestaltungsspielräume der Schulen erhöhen und die **Schulleitungen stärken**. *Dazu werden wir:*

- den Schulleitungen mehr Kompetenzen und Eigenverantwortung bei der Einstellung von (Lehr-) Personal einräumen.
- den Schulleitungen mehr Verantwortung bei der Digitalisierung ihrer Schulen übertragen.
- Anreize für dauerhafte Qualifizierungsmaßnahmen für Schulleitungen schaffen.
- das Berufsbild „Schulleitung“ stärken, die damit verbundenen Aufgaben neu definieren und die Unterrichtsverpflichtung sowie Besoldung von Schulleitungsmitgliedern auf dieser Basis neu ausrichten.
- Eine Führungsakademie mit regelmäßigen Schulungsangeboten aufbauen sowie insbesondere einen berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengang „Bildungsmanagement für Schulleitungen“ in Kooperation mit den lehramtsausbildenden Hochschulen und den niedersächsischen Studienseminaren etablieren. Zentrale Themenbereiche sind insbesondere Schul-, Personal- und Verwaltungsrecht sowie Leitungskompetenzen.
- die Ausschreibungs- und Einstellungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und pädagogisches Personal vereinfachen – hin zu eigenständigen Einstellungsverfahren durch die Schulen bzw. Schulleitungen sowie einer Flexibilisierung der Einstellungen über das komplette Schuljahr hinweg.

Die **Freien Schulen und die Schulen in kirchlicher Trägerschaft** in Niedersachsen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Schullandschaft. Mit ihren unterschiedlichen Profilen bieten sie Schülerinnen und Schülern zusätzliche Chancen in unserem vielfältigen Schulsystem. Wir werden die Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft daher nach Kräften in ihrer Weiterentwicklung unterstützen. *Deshalb werden wir:*

- die Finanzhilfe des Landes für die Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft auf Basis einer Vollkostenerhebung reformieren und eine stabile und faire Finanzhilfe sicherstellen.
- gemeinsam mit den Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft Fragen der Qualitätssicherung und Schulaufsicht evaluieren.
- die Freien Schulen und die Schulen in kirchlicher Trägerschaft bei Förder-, Fortbildungs- und Infrastrukturprogrammen sowie beim Umgang mit Sonderbedarfen besser als bisher berücksichtigen.

- es den Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft ermöglichen, Quereinsteigerinnen und -einsteiger an den staatlichen Studienseminaren auszubilden und das staatliche Online-Portal für Stellenausschreibungen zu nutzen.
- die Quote für nicht katholische Schüler an Konkordatsschulen erhöhen und die Konfessionsquote gemeinsam mit den katholischen Schulen neu regeln.

Für ein familienfreundliches Niedersachsen

Unsere Familien sind der Ausgangspunkt unserer Gemeinschaft und die Basis unserer Gesellschaft. Für uns ist und bleibt die Familie das zuverlässigste soziale Netz in unserem Land.

Familie ist überall dort, wo **Eltern für Kinder und Kinder für Eltern** dauerhaft Verantwortung tragen und übernehmen. Familien verbinden Generationen und stehen dafür, dass wir einander solidarisch unterstützen. Dies kann in Form von Erziehungs- und Pflegearbeit geschehen oder auch durch sonstige Unterstützung. Die weitere Entwicklung und Förderung einer familienfreundlichen Gesellschaft ist für uns von herausragender Bedeutung. **Wir setzen dabei auf Respekt und Selbstbestimmung statt auf Bevormundung – wie in allen Politikfeldern überhaupt. Unserem Verständnis nach sollen Familien selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten.** Für kinderreiche Familien werden wir eine Familienkarte Niedersachsen schaffen, um ihnen Teilhabe an Angeboten wie Museen, Zoos, etc. zu erleichtern.

Familie und Erziehung sind untrennbar miteinander verbunden. Daher ist es uns wichtig, dass Eltern bei schwierigen Fragen der Erziehung ihrer Kinder Unterstützungsangebote wahrnehmen können. Durch die Einrichtung und den Ausbau von **Familienzentren** wollen wir diesem Anspruch gerecht werden. Sie sind wichtige Anlaufstellen für Familien, die bei Fragen rund um die individuelle Förderung ihres Kindes oder bei Problemen im Familienkontext Beratungsangebote vorhalten und niedrigschwellig Hilfestellung geben können. *Deshalb werden wir:*

- Familienzentren in Niedersachsen in Zusammenarbeit mit den Kommunen neu aufstellen und sie stärker fördern, um die Beratungsangebote gezielt auch im ländlichen Raum auszubauen.
- Angebote für Prävention und Kinderschutz weiter ausbauen, um die Erziehungskompetenz werdender und junger Eltern weiter zu stärken.
- die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen fortentwickeln, um dort Kompetenzen zu bündeln und die Qualität der Bildungseinrichtungen zu unterstützen.
- Dafür Sorge tragen, dass für alle Kinder eine bedarfsgerechtere Ferienbetreuung angeboten wird.
- die Angebote der Familienbildung sowie der Familienerholung ausbauen, um ein breites Portfolio für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, und die Verzahnung von Elternbildung und Familienbildung fördern und vorantreiben.
- die Familienbildung landesweit stärken.

Gerade bei der Erziehung unserer Kinder ist es von besonderer Bedeutung, dass wir den Eltern den benötigten Platz und genügend Zeit einräumen. Sie übernehmen eine der kostbarsten Aufgaben in unserer Gesellschaft, denn ohne Kinder und Eltern funktionieren unsere sozialen Systeme nicht. Staat und Gesellschaft müssen Elternschaft und Sorgearbeit mit Blick auf die soziale und ökonomische Bedeutung wertschätzen und angemessen würdigen. Wir stellen uns aktiv gegen jegliche Art von Diskriminierung von Vätern und Müttern bei der Ausübung ihrer Elternrechte sowie „Momshaming“, und setzen uns aktiv für ein familienfreundliches Lebensumfeld ein. Flexible Arbeitszeitkonzepte und die damit **verbundene Flexibilisierung von Arbeitszeiten** spielen dabei eine besondere Rolle und werden sie daher unterstützen.

- werden wir uns in Niedersachsen und über den Bundesrat für wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung wegen Elternschaft am Arbeitsplatz einsetzen.
- einen gesetzlichen Vaterschaftsschutz von zehn Tagen im Anschluss an die Geburt des Kindes gemäß EU-Vereinbarkeitsrichtlinie auf Bundesebene befürworten.
- Modelle entwickeln, die Familien mehr Freiheit bei der Organisation ihres Alltags ermöglicht und Elternschaft im Steuer- und Rentenrecht stärker würdigt.

Viele Paare verbinden mit ihrem Familienleben auch den Familienzuwachs. Für uns als Niedersachsen Union ist es wichtig, Paare bei ihrer Familienplanung und somit auch bei dem Thema **Kinderwunsch** zu begleiten. *Deshalb werden wir:*

- die Paare mit unerfülltem Kinderwunsch weiterhin unterstützen.
- Familienwunschkliniken fördern und bei Bedarf neu einrichten.
- uns dafür einsetzen, das Adoptionsrecht zu erleichtern.

Kinder brauchen unseren besonderen Schutz

Eine Politik, die das Kind in den Mittelpunkt stellt, muss auch für seinen Schutz sorgen. Erschütternde Missbrauchsskandale wie jener in Lügde in Nordrhein-Westfalen haben einmal mehr deutlich gemacht: In vielen Fällen droht Gefahr ausgerechnet aus dem unmittelbaren Umfeld des Kindes. Auch spielt die fortlaufende Verlagerung in das sogenannte Darknet eine zunehmend wichtige Rolle bei der digitalen Verbreitung von Missbrauchsabbildungen von Kindern. Um **Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen** zu können, werden wir alle Zuständigkeiten von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis hin zur Jugendhilfe in einem **Ministerium für Kinder- und Jugend** bündeln. Zudem werden wir alle notwendigen Gesetzgrundlagen vereinheitlichen, sodass am Ende **umfassende Konzepte zu Kindesentwicklung und mehr Kinderschutz** in der Praxis entstehen. So können wir alle präventiven und repressiven Maßnahmen sinnvoll zusammenführen, Kindesentwicklung ganzheitlich fördern und Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen. *Deshalb werden wir:*

- die Fachaufsicht des Landes beim Kinderschutz stärken und einheitliche Qualitätsstandards, ein funktionierendes Controlling und klar definierte Entscheidungsstrukturen in allen Teilen des Landes gewährleisten.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- Standards für die Jugendhilfe niedersachsenweit durch einen verbindlichen Personalschlüssel für die Mitarbeiter im Jugendamt vereinheitlichen.
- Kinder im Verfahren besser schützen, indem wir Familiengerichte konsequent stärken. Das Qualifikationsniveau von Verfahrensbeiständen und Gutachtern werden wir signifikant anheben und Familienrichter durch Fortbildungen besser auf die Arbeit mit Kindern im Verfahren vorbereiten.
- in einem Landeskinderschutzgesetz die vorhandenen Datenübermittlungsvorschriften zwischen den Jugendämtern, Ärzten, Schulen und Strafverfolgungs- und sonstigen Behörden im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben so ändern, dass ein effektiver Datenaustausch gewährleistet wird. Dies gilt auch für den Informationsaustausch zwischen Behörden und privaten Stellen wie Sportvereinen oder Kindertagesstätten in privater Trägerschaft. Verdachtsmomente auf Kindesmissbrauch werden zukünftig zwingend meldepflichtig. Den Kinderschutz werden wir klar vor Datenschutz stellen. Alle Akteure müssen relevante Daten jederzeit austauschen dürfen.
- Ärzten künftig die Möglichkeit geben, ohne Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht wichtige Informationen an andere Ärzte, behördliche Stellen oder einen Rechtsanwalt weiterzugeben.
- das Programm „Frühe Hilfen“ in Niedersachsen weiter ausbauen sowie finanziell stärken, um damit für Kommunen die Möglichkeiten zu verbessern, innovative Modellprojekte zu initiieren.
- die Qualifizierung und Weiterbildung von Fachkräften unterstützen, die dazu beitragen, die Kooperation zwischen Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendärzten, Polizei und Justiz zu gestalten.
- die U-Untersuchungen im Vorschulalter ausdehnen und die Anzahl an Kinderschutzambulanzen erhöhen und dieses Angebot in die Fläche bringen.
- Schutzkonzepte gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt an jeder Schule und jeder Kita einführen sowie Vereine und Organisationen in der Kinder- und Jugendarbeit auf solche Schutzkonzepte verpflichten.
- eine Öffentlichkeitskampagne des Landes „Schau hin und melde dich bei Verdacht“ auf den Weg bringen.
- uns dafür einsetzen, dass Künstliche Intelligenz bei der Auswertung und Filtern von Datenmaterial unterstützend eingesetzt wird. Ermittlerinnen und Ermittler können somit schneller gegen Straftaten vorgehen und werden bei der Auswertung von Missbrauchsbildern von Kindern erheblich besser unterstützt.
- kindgerechte Verfahren in Anlehnung an das „Childhood-Haus“-Konzept einführen, um Retraumatisierungen zu vermeiden.
- interprofessionelle Netzwerkstrukturen für den Kinderschutz fördern.
- Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern für den richtigen Umgang mit Medien sensibilisieren und zusammen mit den Medienanstalten diskutieren, wie effektiv gegen Cybergrooming im Netz vorgegangen werden kann.

Jugendförderung

Für unsere Kinder und Jugendlichen werden wir die bestmöglichen Bedingungen schaffen, damit sie sich frei und unbeschwert entfalten können. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, auf ihre individuellen Bedürfnisse einzugehen. Durch gezielte **Jugendförderung** bekommen junge Menschen in Niedersachsen die Zeit und Unterstützung, die sie brauchen, um ihre Begabungen und Talente zu erkennen und zu entfalten. Dazu gehört auch, ihnen herausfordernde Aufgaben zuzutrauen, sie erleben zu lassen, was sie trotz anfänglicher Zweifel schaffen können, und sie bei Erfolg wie Misserfolg gleichermaßen zu ermutigen. Entscheidend ist die Zuversicht von Kindern und Jugendlichen, dass sie es selbst in der Hand haben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Mit einem **Jugendfördergesetz** werden wir Jugendliche gezielter und individuell unterstützen. *Deshalb werden wir:*

- die Bildungsmittel für Jugendarbeit erhöhen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Programme für politische Bildung, die Angebote der politischen Teilhabe und der Ausbau von Lern- und Lebensräumen. Außerdem werden wir weitere jährliche Aktionsprogramme initiieren.
- die Sommerschulen für Jugendliche fördern. Wir werden in diesem Zusammenhang die Schulkooperationen ausweiten und die Finanzierung grundsätzlich dynamisieren.
- den Landesjugendring weiter finanziell fördern.
- die Freiwilligendienste stärken.
- uns für ein Gesellschaftsjahr für alle jungen Menschen auf Bundesebene einsetzen und stark machen.

2 BERUFLICHE ENTWICKLUNG IM LAUFE DES LEBENS

Solide Ausbildung für den besten Start ins Leben

In Zeiten des demografischen Wandels und des lebensbegleitenden Lernens rückt die individuelle Bildungsgeschichte eines jeden Menschen immer stärker in den Mittelpunkt. Schon heute existieren vielfältige, ineinandergreifende Angebote, um sich kontinuierlich fortzubilden und mit den gesellschaftlichen und beruflichen Veränderungen Schritt halten zu können. Es ist unser Ziel, diese Angebote allen Menschen in Niedersachsen niedrigschwellig zugänglich zu machen. Wir möchten möglichst viele von ihnen ermutigen, **Ausbildung und Weiterbildung als Chance und Gewinn** zu begreifen. Je mehr uns das gelingt, desto besser meistern wir den Wandel im Arbeitsleben durch technologischen Fortschritt in einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft. Dabei stehen wir für die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung.

Durch das frühzeitige Angebot der **Berufsorientierung** soll das Interesse bei den Schülerinnen und Schülern geweckt werden, sich mit ihrem späteren Berufsweg auseinanderzusetzen. Wir unterstützen die frühestmögliche Umsetzung einer Berufsorientierung, damit die Schülerinnen und Schüler bereits in der Regelschule dieses wichtige Thema zum Gegenstand im Unterricht haben und die Vielfältigkeit unseres Berufs- und Bildungssystems

kennenlernen können. Durch bessere und gezieltere Informationen wollen wir gerade auch die duale Ausbildung stärken. Berufliche Bildungswege bieten dabei viele Potenziale und Alternativen, um Schul- und Bildungsabschlüsse auch später erlangen zu können. *Deshalb werden wir:*

- die betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten wie die duale Bildung durch Praktikumsgutscheine für Schülerinnen und Schüler erlebbarer machen und auf diesem Wege die Berufsorientierung im dualen Ausbildungssystem stärken.
- regelmäßige Zukunftsgespräche der Jugendberufsagenturen und Kammern ab Jahrgang 8 etablieren, um frühestmöglich auf die Zukunftspläne der Schülerinnen und Schüler einzugehen und diese zu bestärken.
- ein Ankerfach „Berufsorientierung“ an allen Schulformen einführen, um eine systematische Berufsorientierung nach Berufen und Branchen sicherzustellen.
- die Berufsorientierung unter den Schülerinnen und Schülern ausbauen. Auszubildende im 2. oder 3. Lehrjahr können im Rahmen von berufsorientierenden Veranstaltungen die 8. und 9. Klassen über ihre Erfahrungen informieren.
- Die gute Arbeit der Ausbildungslotsen durch ein Landesprogramm zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung stärken.
- ein Recht auf Potenzialanalyse einführen und fördern, damit Schüler in der 8. und 9. Klasse auf Basis dieser Potenzialanalyse in ihrer Berufswahl unterstützt werden.
- Lehrkräfte für die Anforderungen der Berufsorientierung besser qualifizieren und diese wichtige Aufgabe im Lehramtsstudium sowie im Vorbereitungsdienst – unabhängig vom Fach – grundsätzlich stärker verankern.
- Kooperationen von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mit Hochschulen, Kammern und Unternehmen stärken und innovative Modellversuche im Sinne einer gelingenden Berufs- und Studienorientierung zulassen. Hierbei werden wir einen Schwerpunkt in den MINT-Berufen legen.
- die Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium weiter verbessern und neue Anrechnungskonzepte entwickeln und erproben.
- die Angebote für duale Studiengänge ausbauen.

Die duale Ausbildung ist einer der wichtigsten Faktoren des wirtschaftlichen Erfolgs Deutschlands. Die **Berufsschulen** in unserem Land sind bis zum Jahr 2025 zu regionalen digitalunterstützten und nachhaltigkeitsorientierten Exzellenzzentren beruflicher Bildung zu entwickeln. Dabei müssen sie ihre Schülerinnen und Schüler nicht nur fachlich, sondern auch auf die neuen digitalen Anforderungen in den Berufsfeldern vorbereiten. Tiefgreifende Veränderungen von Technologien und Märkten stellen gerade die berufliche Bildung vor neue Herausforderungen. Unsere Berufsschülerinnen und Berufsschüler brauchen die bestmögliche Vorbereitung auf ihr Berufsleben. *Deshalb werden wir:*

- die Unterrichtsversorgung ebenso wie an den allgemeinbildenden Schulen auf über 100 Prozent bringen und flächendeckend deutlich verbessern.
- die Berufsschulen, im Rahmen eines ProReKo 2.0-Programms (Projekt Regionale Kompetenzzentren), zu echten eigenständigen Berufsbildungszentren

weiterentwickeln, ihre Eigenverantwortlichkeit ausbauen und über Zielvereinbarungen Anreize zur eigenverantwortlichen Weiterentwicklung der Schulen setzen.

- die Berufsschulen finanziell und personell stärken und mit einem Investitionsprogramm insbesondere die digitale Ausstattung verbessern.
- ein Institut für berufliche Bildung in Niedersachsen gründen und Berufsbildung so auf ein höheres Qualitätsniveau heben.
- neue Kompetenzcluster im Bereich der berufsbildenden Schulen (BBS) umsetzen und dafür Kooperationen ermöglichen, mit dem Ziel einer klugen Nutzung von fachlichen und personellen Synergien (multiprofessionelle Teams).
- die wohn- und betriebsnahe Ausbildung und berufliche Beschulung insbesondere im ländlichen Raum auch bei kleinen Klassen sicherstellen.
- unsere Berufsschulen für Hybrid-Kurse ausstatten, damit auch auf das Angebot anderer Berufsschulen zurückgegriffen werden kann.

Studieren in der digitalen Gesellschaft

Die Studentinnen und Studenten sind neben unseren gut ausgebildeten Meistern die Entscheidungsträger von morgen. Viele lassen sich bei ihrer Studienwahl von der Qualität der Hochschule, aber auch durch den Standort sowie die Studienbedingungen in ihrer Entscheidung leiten. Wir möchten, dass die niedersächsischen Hochschulen noch attraktiver für junge lernbegeisterte Menschen aus ganz Deutschland, aus Europa und der Welt werden. Um die **Studienbedingungen** für unsere Studentinnen und Studenten zu verbessern, *werden wir:*

- das Angebot an Studienplätzen weiter ausbauen.
- die Campusmanagementsysteme der niedersächsischen Hochschulen modernisieren und nach Möglichkeit vereinheitlichen, um Schnittstellenprobleme beizulegen. Studentinnen und Studenten an niedersächsischen Hochschulen sollen leichter an Lehrveranstaltungen anderer Hochschulen teilnehmen und möglichst Prüfungen ablegen können. Hierzu sollen alle Vorlesungsverzeichnisse niedersächsischer Hochschulen miteinander vernetzt werden. Wir ermutigen die Hochschulen, ihre Anerkennungspraxis zu überprüfen, um die Zusammenarbeit der Hochschulen in der Lehre zu erleichtern. Der Einsatz von digitalen Tools und Plattformen im Studium soll stark verbessert und gefördert werden.
- das Bachelor- und Mastersystem flexibilisieren, Freiräume für Auslandssemester und -praktika zu nutzen, und den Übergang von Bachelor- in Masterstudiengänge erleichtern. Die digitale Lehre kann dabei helfen, den Erwerb fehlender Prüfungsleistungen für den Zugang zum Masterstudium zu erleichtern.
- das Studium in Teilzeit, sei es berufsbegleitend oder zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Bildung und Familie, zu erleichtern.
- ein Programm für Schülerstipendien und Studienorientierungstage auflegen. Dieses richtet sich an außergewöhnlich leistungsstarke und talentierte Schülerinnen und Schüler.

- ein Exzellenzprogramm des Landes starten, um besonders begabte Studentinnen und Studenten zu fördern.
- gemeinsam mit der Landesnahverkehrsgesellschaft und der LandesASTenKonferenz die Semesterbeiträge und hier insbesondere die Kosten des Semestertickets so zu gestalten, dass Kosten und Nutzen verhältnismäßig ausfallen. Wir werden die Finanzautonomie der Hochschulgremien stärken, damit die Hochschulangehörigen Verwaltungsgebühren und hochschulische Leistungen künftig eigenverantwortlich neu austarieren können.
- im Zuge des weiteren Ausbaus des ÖPNV sowie kostengünstiger Nahverkehrstickets für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende kostengünstige Optionen auch für Studentinnen und Studenten schaffen.
- die Schaffung von Wohnraum in den Hochschulstädten stark vorantreiben, damit Studentinnen und Studenten während ihres Studiums vor Ort leichter Wohnraum erhalten. Wir unterstützen dabei ausdrücklich die Arbeit der Studentenwerke.
- gemeinsam mit den Studentenwerken die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Studentinnen und Studenten weiterentwickeln.
- uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im universitären Umfeld einsetzen und die Hochschulen bei der Betreuungsmöglichkeit für Kinder von Mitarbeiterschaft und Studentinnen und Studenten weiter unterstützen.
- die demokratischen Prozesse an Hochschulen fördern und die Hochschulpolitik sowie die Studentenvertretungen unterstützen.

Lebensbegleitendes Lernen

Niedersachsen steht vor großen Aufgaben der Transformation in Industrie, Mittelstand und Handwerk, die das Jahrzehnt wesentlich prägen werden: Digitalisierung, Klimaschutz und eine alternde Gesellschaft sind nur einige Beispiele dafür. Wir wollen, dass Niedersachsen bei der Bewältigung dieser Aufgaben die entscheidenden Impulse setzt. Bei diesem Wandel werden wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begleiten und unterstützen. Wir setzen hierbei vor allem auf die Erfahrungen aller Menschen aller Altersgruppen in Niedersachsen.

Der Strukturwandel am Arbeitsmarkt, persönliche Umstände oder auch die individuelle Motivation bringen Bildungsbiografien hervor, die nicht nur geradlinig verlaufen. Und das müssen sie in Zeiten technologischer Quantensprünge auch nicht sein: Gerade diese Menschen haben schließlich das Potenzial, durch fachgerechte Maßnahmen zur **Neu- und Umqualifizierung** zu Fach- und Führungskräften von morgen zu werden. Wir werden diese Leistungspotenziale effektiver nutzen, um die Menschen in einem erfüllten Erwerbsleben zu halten und ihre Arbeitskraft dort einzusetzen, wo sie besonders sinnvoll wirken kann. Um- und Neuqualifizierung werden entscheidende Stellschrauben, um zahlreiche Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern. Deshalb wollen wir die betriebliche Weiter- und Fortbildung konsequent weiterentwickeln und deutlich ausbauen und sie enger mit den Berufsschulen, den Hochschulen und der Erwachsenenbildung vernetzen. Außerdem werden wir massiv in die betriebliche Weiterbildung investieren und so Arbeitsplätze in Niedersachsen zukunftsfest machen.

Die breitere Verfügbarkeit digitaler Lehr- und Lernmaterialien und -angebote eröffnet dabei neue Chancen: für neue didaktische Grundlagen und berufs- und lebensbegleitende Bildungsangebote für qualitativ hochwertige Bildung in einer digitalisierten Welt und die Vernetzung unterschiedlicher Akteure der Weiterbildung. Um den Menschen in Niedersachsen eine lebensbegleitende Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen, **müssen Bildungswege neu gedacht und neu geschaffen werden.** *Aus diesem Grund werden wir:*

- die Hochschulen dabei unterstützen und fördern, sich stärker in der Fort- und Weiterbildung sowie in der Erwachsenenbildung zu engagieren, analog z. B. der Professional School an der Leuphana Universität in Lüneburg.
- die rechtlichen Hürden neu bewerten und anpassen, die Berufsschulen aktuell daran hindern, sich stärker in der betrieblichen Fortbildung zu engagieren. Betriebliche Ausbildungspartner der Berufsschulen fragen verstärkt auch Fortbildungsmöglichkeiten bei den Berufsschulen an. Das werden wir ermöglichen.
- die Zusammenarbeit der Hochschulen, berufsbildenden Schulen, Meisterschulen des Handwerks und Einrichtungen der Erwachsenenbildung fördern, um den Wissens- und Technologietransfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu gewährleisten.
- zusätzliche Aufbau- und Qualifizierungsstudiengänge an den niedersächsischen Hochschulen verankern, die gezielt auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne allgemeine Hochschulzugangsberechtigung ausgerichtet sind.
- attraktive Möglichkeiten für Lehrpersonal an unseren Hochschulen schaffen, auch in Einrichtungen der Erwachsenenbildung tätig zu werden, um neben Forschung und Lehre den Wissens- und Technologietransfer zu stärken.
- gemeinsam mit den Hochschulen das Programm „Akademische Fortbildung für Berufsschulqualifizierte“ auflegen. Durch neue Qualifizierungsstudiengänge an niedersächsischen Hochschulen soll Berufstätigen, gerade auch Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern, eine akademische Weiterqualifikation angeboten werden.
- uns für eine bundesweit einheitliche Zertifizierung von Weiterbildungsangeboten einsetzen.

Wir werden die **Digitalisierung auch in die Erwachsenenbildung integrieren**, damit bereits im Bildungssektor mit den neuen Medien interagiert und gearbeitet werden kann. *Deshalb werden wir:*

- insbesondere einen Aktionsplan für bessere Datenkompetenz für alle Interessierten auflegen. Mehr Vertrauen in verstärkte Datennutzung und Datensouveränität wird wesentlich darüber entscheiden, ob sich neue Wertschöpfungspotenziale für Unternehmen ergeben. Gleichzeitig wird die informationelle Selbstbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt.
- den Ausbau der Infrastruktur und den Einsatz digitaler Hard- und Software in der beruflichen Weiterbildung finanziell fördern.
- einen integrierten digitalen Bildungsraum schaffen, wo Angebot und Nachfrage ebenso wie Bildungsteilnehmer und Bildungseinrichtung aufeinandertreffen. Damit können wir Qualitätssicherung auf eine breitere und transparentere Grundlage stellen. Außerdem ist es so für jeden möglich, die eigene Bildungslaufbahn durch ein

individuelles digitales Bildungskonto zu steuern. Dazu gehört auch die fälschungssichere Bereitstellung und Ablage von Bildungszertifikaten aller Art. Niedersachsen wird dies im Zusammenwirken mit den Maßnahmen des Bundes und anderer Länder im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) vornehmen, sodass digitale Anschlussfähigkeit und Kompatibilität bundesweit sichergestellt werden.

- Niedersachsen zu einem führenden Standort für Anbieter von digitaler Bildung gerade aus dem jungen Start-up-Bereich (sogenannte Edu-Techs) machen. Dazu wollen wir einen Landeswettbewerb für innovative digitale Weiterbildungsangebote ins Leben rufen.
- den „Digital Campus Niedersachsen“ weiterentwickeln und verlässlich fördern.
- Mithilfe von Schnittstellen zur Niedersächsischen Bildungscloud, zu Portalen für Open Educational Resources (OER) in der digitalen Hochschullehre und weiterer digitaler Instrumente und Plattformen die gesamte Bildungsbiografie abzubilden – von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zum Seniorenstudium.

Die Feststellung, dass zehn Prozent der Menschen in unserem Land nicht über ausreichende Lese- und Schreibfähigkeiten verfügen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, ist für uns ein entscheidender Antrieb. Die **Freie Erwachsenenbildung** macht den Menschen in Niedersachsen vielseitige Bildungsangebote. Damit diese zukunftsfähig entwickelt und gestaltet werden können, *werden wir*:

- die Sprachbildung weiter ausbauen, um die Grundbildung der Menschen in Niedersachsen zu stärken und weiter auszubauen.
- uns insbesondere um die Sprachförderung von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund und geringen Lese- und Schreibfähigkeiten, die aufgrund ihres Alters nicht mehr regulär von der Schulbildung erfasst werden, kümmern.
- den Zugang zu Grundbildungsangeboten und die Arbeit der Grundbildungszentren evaluieren, mit dem Ziel, Angebote noch niedrigschwelliger machen zu können und dabei auch digitale Möglichkeiten, insbesondere in der Erstsprache, noch besser zu nutzen.
- die Erwachsenenbildung als „aufsuchende Erwachsenenbildung“ stärker in die Quartiers- und Sozialarbeit einbeziehen.

Arbeitswelt im Wandel

Wir leben in Niedersachsen von unserem starken Mittelstand, wettbewerbsfähigen Handwerkern und Freiberuflern, einer starken Sozial- und Gesundheitswirtschaft sowie wichtigen Industrieunternehmen und einem weitverzweigten Netz von Handel und Dienstleistungen. Sie alle sorgen für **Wachstum und Wohlstand**. Niedersachsens Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer bilden den Kern der niedersächsischen Wirtschaft. Ihre praktisch gelebte Sozialpartnerschaft, ihr täglicher Einsatz und Fleiß sind die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg, die soziale Sicherheit und den sozialen Frieden unseres Landes. Denn: Nur was erwirtschaftet wird, kann auch verteilt werden.

Der demografische Wandel hat bereits in den vergangenen Jahren die Nachfrage nach geschultem Fachpersonal in allen Wirtschaftsbereichen deutlich erhöht. Demgegenüber steht

in vielen Branchen eine anstehende Welle von Verrentungen und Pensionierungen, da die Jahrgänge der sogenannten Babyboomer aus dem Erwerbsleben ausscheiden und eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen werden. Um diesem Trend entschieden entgegenzuwirken, werden wir die Wirtschaft bei ihrer **Fachkräftegewinnung** deutlich unterstützen, um Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand in Niedersachsen auch in Zukunft zu sichern.

Eine koordinierte Fachkräftesicherung ist von zentraler Bedeutung. Diese Koordinierung soll künftig verstärkt im Rahmen der **Fachkräfteinitiative Niedersachsen** erfolgen, die weitere wichtige Akteure in diesem Feld einbeziehen wird – vor allem in der Gesundheitsversorgung und -forschung sowie in den Digitalberufen. Um den Bedarf an Fachkräften insbesondere bei Zukunftsaufgaben und Schlüsseltechnologien zu sichern, wollen wir mit gezielten Förderprogrammen die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Mit den Transformationslotsen, den betrieblichen und überbetrieblichen sowie branchenweiten und branchenübergreifenden „Veränderungsmachern“ und den Bildungslotsen werden wir den begonnenen Weg fortsetzen. *Wir werden:*

- im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen zusammen mit Unternehmen, Gewerkschaften sowie betrieblichen Interessenvertretungen der Beschäftigten, Kammern, Arbeitsagenturen, Bildungseinrichtungen und Wissenschaft ein systematisches Fachkräftemonitoring einrichten, um den Bedarf an Qualifikationen im Strukturwandel und in den Wertschöpfungsketten der Zukunft frühzeitig zu erkennen und entsprechende Bildungsangebote zu schaffen.
- die Bedarfsplanung noch effizienter und transparenter gestalten. Angesichts längerer Studienzeiten bedarf es in Studienfächern von der Humanmedizin bis zum Lehramt einer stärkeren berufsbezogenen Nachwuchssicherung. Hierzu wollen wir sowohl die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Bedarfsplanung der Gesundheitsberufe und der Lehrkräfte ausbauen als auch den Austausch von Mittelstand und Handwerk mit den ausbildenden Hochschulen, z. B. im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen, intensivieren.
- die aufgabengerechte Koordinierung der Informations- und Beratungsangebote von Schulen, Hochschulen und der Agentur für Arbeit vorantreiben. Die Anrechenbarkeit von im Beruf erworbenen Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium soll ausgeweitet werden. Hiermit wollen wir auch Studienabbrecherinnen und -abbrechern ein passgenaues Angebot zum Übergang in die berufliche Bildung eröffnen, bei der im Studium erworbene Qualifikationen anerkannt werden können.
- den Stellenwert der berufsorientierten dualen Ausbildung in Berufsakademien steigern. Im Dialog mit den Berufsakademien werden wir das Erfolgsmodell weiterentwickeln und ergänzen, damit die Studentinnen und Studenten qualifizierte Hochschulabschlüsse erlangen können.
- die Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zur Hochschulbildung verbessern. Hierzu wollen wir zum einen den Zugang von Meisterinnen und Meistern in die akademische Bildung formal und inhaltlich erleichtern, zum anderen Studienwechslern und Studienabbrechern neue Perspektiven auch in der beruflichen Ausbildung, z. B. durch eine leichtere Anerkennung erworbener Qualifikationen, eröffnen.

- alle Schulgelder in der beruflichen Ausbildung abschaffen und Ausbildungsvergütung einführen, um so verstärkt Fachkräfte zu gewinnen.
- uns dafür einsetzen, dass das Berufsbild Hauswirtschaft gestärkt wird, das Image der Hauswirtschaft gesteigert wird und die Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Bedarfen und Fachkräften spürbar kleiner wird.

Vor dem Hintergrund einer sich stetig wandelnden Arbeitswelt bedarf es einer **Qualifizierungsoffensive**. Wir verstehen uns als Partner aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und werden sie beim Wandel der Arbeitswelt tatkräftig unterstützen. Nur so haben wir als Land die Möglichkeit, gemeinsam auf die Veränderungen zu reagieren und die wirtschaftliche Stärke unseres Landes zu halten. *Daher werden wir:*

- Anreizsysteme in Form von Teilzeitarbeitslösungen zwischen dem Erwerbsleben und dem Renteneinstieg schaffen, um älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, länger in der Erwerbstätigkeit zu bleiben. Hierzu gehört auch, unabhängig vom Alter der Beschäftigten, Lösungen für die Rückkehr aus der Teilzeitarbeit in die Vollzeitarbeit zu unterstützen.
- den Wiedereinstieg in den Beruf nach Abschluss der Familienphase durch gezielte Beratungs-, Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote fördern. Gerade die Geschwindigkeit der Digitalisierung stellt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihrem Wiedereinstieg vor große Probleme und ist ein zunehmendes Rückkehrhindernis.

Bewahrung braucht Veränderung: Zur Wahrnehmung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen benötigen die Menschen in Niedersachsen freie zeitliche und finanzielle Ressourcen. Hierfür werden wir die Aktivitäten, die im Rahmen des Pilotprojekts zur Qualifizierung in der digitalen Transformation entwickelt wurden, verstetigen und ausbauen. Fort- und Weiterbildung kommt zentrale Bedeutung zu, um Arbeitsplätze in Niedersachsen zu halten und weitere zu schaffen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll es wesentlich leichter werden, insbesondere an berufsbegleitender **Weiterbildung** teilzunehmen. Wir werden **Neu-, Um- und Weiterqualifizierung** für alle niedrigschwelliger ermöglichen. *Deshalb werden wir:*

- die niedersächsischen Bildungsgesetze auf ein neues Niveau der lebensbegleitenden Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heben. Dazu werden wir u. a. das Bildungsurlaubsgesetz und das Erwachsenenbildungsgesetz zusammenführen und zu einem neuen Gesetz für „Gute Bildung im Beruf“ ausbauen.
- die verschiedenen Instrumente der Förderung und Unterstützung bei der Transformation der Wirtschaft noch besser aufeinander abstimmen und zu einem transparenten, leicht zugänglichen und auf die großen Bereiche der Transformation ausgerichteten Förderangebot zusammenführen.
- eine eigene Landesförderung etablieren, die die Möglichkeit für eine zweite berufliche Chance über alle Altersstufen des Berufslebens hinweg schafft.

- nach dem Auslaufen der bisherigen Lösung auf Bundesebene eine gezielte Bildungsprämie für niedersächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen schaffen.
- uns für steuerliche Vorteile als Anreiz zum lebensbegleitenden Lernen einsetzen.
- die Angebote zum Erwerb eines berufsqualifizierenden Schulabschlusses ausbauen, um möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, diesen im Erwachsenenalter nachzuholen.

Die kommenden Jahre werden den Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen stellen. Die geburtenstarken Jahrgänge werden in Rente gehen und eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die **Fachkräftegewinnung** stellt viele Unternehmen bereits heute vor große Herausforderungen und wir werden diese nicht ohne eine gezielte Anwerbung von Fachkräften im Ausland bewältigen. *Daher werden wir:*

- eine gesteuerte qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften schaffen, um dem Fachkräftemangel in Niedersachsen entgegenzuwirken. Die Chancen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes des Bundes wollen wir dabei konsequent nutzen.
- Die Anerkennung im Ausland erworbener Studien- und Berufsabschlüsse erleichtern. Hierzu wollen wir das niedersächsische Studienkolleg personell stärken, die Anerkennungspraxis erleichtern und die Nachholung fehlender Studien- und Ausbildungsinhalte niedrigschwellig ermöglichen.
- strategische Kooperationen mit Ländern und Regionen initiieren, um ausländische Fachkräfte für uns zu gewinnen.
- den Zukunftspakt „Flüchtlinge und Schutzsuchende in Arbeit bringen“ – gerade auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs – auf eine neue Ebene stellen und für diese Menschen bei Bedarf spezielle Arbeitsmarktprogramme und Förderschwerpunkte zur Arbeitsmarktintegration zur Verfügung stellen.

Die Art und Weise, wie wir arbeiten, verändert sich. Die **Arbeitswelt** befindet sich in einem stetigen Wandel. Arbeitsprozesse werden automatisiert oder digitalisiert. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niedersachsen arbeiten von zu Hause aus. Die Digitalisierung ist aus dem Alltag der Menschen nicht mehr wegzudenken und ist eine fest etablierte Größe in allen Wirtschaftszweigen. Ob bei flexiblen Arbeitszeitmodellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei Fragen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Lösungen für das ortsunabhängige Arbeiten: Die neuen digitalen Entwicklungen bergen neue Herausforderungen und Möglichkeiten für alle Felder der Wirtschaft. Sozialversicherte Beschäftigung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt bleiben unser vorrangiges Ziel und müssen im gegenwärtigen Wandel der modernen Arbeitswelt zwar angepasst, aber im Kern gesichert werden. *Daher werden wir:*

- uns dafür einsetzen, dass neue Arbeitszeitmodelle und Vertragsarten möglich sind, jedoch so adjustiert und erarbeitet werden, dass Fairness und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Fokus bleiben.
- die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten mit Werkverträgen und in der Zeitarbeit verbessern und Beratungsangebote für sie ausweiten.

- Unternehmen und Beschäftigte bei der Etablierung von flexiblen und verlässlichen Arbeitszeitregelungen und bei der Nutzung der Möglichkeiten des Homeoffice unterstützen. Gerade aus familiären Gründen benötigen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer individuelle Arbeitszeiten.
- neue Arbeitsformen wie mobiles Arbeiten und Coworking-Spaces unterstützen und damit vor allem den ländlichen Raum stärken.
- die Beratungsangebote für Werksvertragsarbeiter ausweiten.

Als CDU in Niedersachsen bekennen wir uns ausdrücklich zum Wert von Leistung und Leistungsbereitschaft. Zugleich sind **Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung** für uns wesentliche Erfolgsfaktoren für Wachstum und Wohlstand. Das Zusammenspiel mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ebenso wie mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist von besonderer Relevanz, um ein gutes Miteinander in Fragen der Mitbestimmung und des Tariflohns bei den niedersächsischen Arbeitsplätzen zu erreichen. *Deshalb werden wir:*

- die betriebliche Mitbestimmung fortentwickeln und sie an den Wandel der Arbeitswelt anpassen, Umgehungstatbestände reduzieren und sie insgesamt stärken. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konkret verbessern: Sie sollen sich künftig stärker an den Unternehmen, in denen sie arbeiten, beteiligen und am unternehmerischen Erfolg partizipieren können.
- Coachings und Beratungsangebote für kleine und mittelständische Unternehmen auf den Weg bringen, um Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung und ihrer Partizipation am Unternehmenserfolg aufzuzeigen.
- die Tarifbindung in den Unternehmen in unserem Land vorantreiben, indem wir beispielsweise das Tariftreue- und Vergabegesetz stärken, es aber zugleich wesentlich entbürokratisieren und Tarifverträge für allgemein verbindlich erklären.
- Betriebs- und Personalratswahlen unterstützen, Fortbildungsangebote für freie Betriebsräte schaffen und die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in Niedersachsen fortsetzen.

Es ist wichtig, dass sich jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer zu jedem Zeitpunkt am Arbeitsplatz sicher fühlen kann. Die Ereignisse der Vergangenheit in der Fleischindustrie zeigen exemplarisch, dass der **Schutz am Arbeitsplatz** und sichere Arbeitsbedingungen in manchen Bereichen unserer Wirtschaft bedauerlicherweise keine Selbstverständlichkeit darstellen. Diesen Missverhältnissen wollen wir entschieden entgegenwirken. Wir werden ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld für die Menschen in Niedersachsen schaffen und gewährleisten. Im täglichen Berufsleben der Menschen in Niedersachsen gibt es unterschiedliche Gefahren für ihre Gesundheit. Maßnahmen und Regelungen des Arbeitsschutzes sollen die Risiken am Arbeitsplatz verhindern und die Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bewahren und fördern. *Deshalb werden wir:*

- für strengere und zeitnahe Kontrollen beim Arbeitsschutz sorgen, mit einem Schwerpunkt auf Arbeitsstätten mit besonders ausgeprägten Gefährdungen. Maßnahmen

und Verordnungen des Arbeitsschutzes werden wir anpassen – insbesondere mit Blick auf die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie.

- das Thema Schwarzarbeit in den Finanz- und Arbeitsschutzbehörden des Landes stärken, um in Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung diesen Missbrauch noch besser als bisher zu bekämpfen.
- die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die sich ändernde Arbeitswelt anpassen, um den Arbeitsschutz auch bei neuen Arbeitsmodellen wie dem Homeoffice sicherzustellen. Wir schaffen damit Rechtssicherheit für beide Seiten.
- ein Wochenarbeitszeitkonto auf Basis der bestehenden EU-Richtlinie einführen.

Nicht nur bei der Qualifizierung müssen wir neue Wege gehen. Gleiches gilt auch bei der **Vermittlung von Arbeit**. Niedersachsen verfügt über eine Vielzahl von qualifizierten Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht den Weg in den Arbeitsmarkt finden. Hier bedarf es zusätzlicher Unterstützung, um diese Potenziale für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Niedersachsen zu gewinnen. Sie sind die Arbeitskräfte, die zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Niedersachsen beitragen können. *Daher werden wir:*

- ein Landesprogramm für Menschen mit Vermittlungsproblemen auflegen, das sich an Langzeitarbeitslose, junge Menschen ohne Ausbildung, Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richtet.
- bereits vorhandene Qualifizierungsprojekte auf ihre Nachhaltigkeit hin evaluieren und bei Neuprojektierungen die durch die Digitalisierung entstehenden Bedarfe stärker berücksichtigen.
- ein Pilotprojekt etablieren, das Arbeitssuchende mit Familie bei einem notwendigen Umzug unterstützt und so die Flexibilität fördert.
- inklusive Programme auflegen.

3 INNOVATION, WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

Niedersachsen kann Neues!

Niedersachsen verfügt über leistungsstarke Hochschulen, exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmen mit leistungsfähigen und leistungsbereiten Beschäftigten, gerade auch in Mittelstand und Handwerk. Ihre Leistungsfähigkeit haben sie unter widrigen Umständen insbesondere in der Corona-Pandemie bewiesen. Diese Potenziale wollen wir künftig noch intensiver nutzen und fördern.

Unser Ziel ist klar: Niedersachsen soll das führende **Gründungs- und Innovationsland** in Deutschland werden. Wir stärken unsere Stärken. Unsere Schwerpunkte richten wir daher auf die erfolgreichen niedersächsischen Leitbranchen und Schlüsseltechnologien aus. Zugleich wollen wir die Regionen ertüchtigen, zentrale Akteure im Innovationsgeschehen unseres Landes zu werden.

Uns ist wichtig: **Jeder kann Innovator sein.** Innovationen sind nicht vorbestimmt. Ob am Arbeitsplatz, in einer Bildungseinrichtung, in der Bürgerinitiative, im Verein oder in der Nachbarschaft, in der Verwaltung, ob soziale Innovationen oder technologische Neuerungen – wir brauchen Ideen in allen Bereichen und machen es uns zur Aufgabe, innovative Initiativen zu unterstützen, Gründerinnen und Gründer zu ermutigen und gute Ideen zu fördern.

Wir rufen alle Menschen in Niedersachsen dazu auf, mit ihren Ideen und Fähigkeiten unseren Weg zum Gründungs- und Innovationsland Niedersachsen zu unterstützen und wollen selbst dafür die politischen Voraussetzungen schaffen und effektive Anreize setzen.

Wir werden zu diesem Zweck eine **Innovations- und Transferstrategie Niedersachsen** auflegen, die das Handeln der Vielzahl der Akteure auf gemeinsame Ziele ausrichtet und die Ressourcenverteilung in einem strategischen Rahmen vornimmt. Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten, ein modernes Bildungssystem, zukunftsfähige Mobilität und Energieversorgung, mehr digitale Wertschöpfung, selbstbestimmtes Leben in der Datenwelt des 21. Jahrhunderts, eine hochwertige Gesundheitsversorgung in allen Teilen des Landes, eine smarte und nachhaltige Ernährungswirtschaft – so lauten die zentralen Handlungsfelder in diesem Jahrzehnt und darüber hinaus. Die Adressaten dieser Strategie sind die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Start-ups und kleine und mittelständische Unternehmen, das Handwerk und der wissenschaftliche Nachwuchs in allen Regionen unseres Landes. *Deshalb werden wir:*

- Unternehmen sowie Gründern einen besseren Zugang zur Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung ermöglichen.
- Bundes- und Landesforschungsprogramme stärker mit Schwerpunktsetzungen der Industrieforschung koordinieren, um Fehlanreize in der Forschungsförderung zu reduzieren.
- Hightech-Innovationen „Made in Niedersachsen“ gezielt fördern und die Gründung von Hightech-Unternehmen durch eine stärkere Förderung von Hightech-Inkubatoren und -Akzeleratoren beschleunigen.
- eine Agentur für Hightech-Entrepreneurship und Wissenstransfer an der Schnittstelle zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur einrichten. Sie wird alle relevanten Akteure im Bereich Entrepreneurship miteinander vernetzen und auch das landesweite Scouting für Start-up-Keimzellen im Hightech-Bereich übernehmen – und damit verstecktes Potenzial heben.
- Innovationsregionen schaffen, die regulatorische Freiräume für die Erprobung neuer Wege – auch hinsichtlich rechtlicher Standards – bieten und neuartige Lösungen in der Mobilität, der Gesundheitsversorgung, der Energieversorgung, im Städtebau, in der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, der digitalen Kommunikation und der Nutzbarmachung von Daten ermöglichen.
- die Innovationskraft des Landes einsetzen, um technologische Souveränität und Versorgungssicherheit in einer Welt voller Krisen und neuer Herausforderungen zu gewährleisten. Das gilt insbesondere mit Blick auf den Schutz der digitalen Infrastruktur, eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung, ein hochleistungsfähiges

Gesundheitswesen, einen wirksamen Katastrophenschutz und stabile Kommunikations- und Entscheidungsmechanismen. Hierzu werden wir die Kreislaufwirtschaft im Sinne einer Circular Economy stärken und neben heimischen auch seltene nicht heimische Rohstoffe in Rohstoffsicherungskonzepten stärker berücksichtigen.

- „Innovations-Pitches“ veranstalten, um wettbewerbsorientiert Lösungen für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu finden, und diese honorieren.
- die vielfältigen Daten der öffentlichen Hand, insbesondere die nicht personenbezogenen Daten, zur Nutzung durch Dritte im Rahmen des Datenschutzes aufbereiten und für Forschung und Innovation zugänglich machen. Dazu gehören insbesondere die erforderliche Datenstandardisierung, Auffindbarkeit, Transparenz der Nutzungsbedingungen einschließlich entsprechender Datenlizenzen und Datentreuhänder-Modelle für vertrauensvolles Teilen von Daten.
- nach dem Vorbild des Digital-Bonus durch eine spezielle KMU-Beratung und -Förderung Hemmnisse beim erstmaligen Einsatz Künstlicher Intelligenz abbauen.
- Digitalisierung und künstliche Intelligenz zur Unterstützung von Diagnostik, Therapieansätzen und Telemedizin stärker vorantreiben und durch den Ausbau der Versorgungsforschung zusätzliche Innovationspotenziale in der Gesundheitswirtschaft identifizieren.
- die Ideenexpo als Leuchtturmprojekt stärker unterstützen, um Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig für die Themen Forschung und Innovation zu begeistern.
- gemeinsam mit den Kammern und Hochschulen im Rahmen einer Internationalisierungsstrategie das Wissen um Zukunftsmärkte ausbauen, Zugangshemmnisse für neue internationale Märkte abbauen und internationale Kooperationen fördern.

Gründen ist keine Frage des Alters. Für **Gründungswillige in jeder Lebensphase** werden wir:

- das Angebot für Venture Capital verbessern und dabei neben der Gründungs- auch die erste Wachstumsphase berücksichtigen, da diese häufig einen kritischen Engpass bei der Versorgung mit Eigenkapital darstellt.
- die Start-up-Zentren Niedersachsens mit mehr Kapital ausstatten.
- „Startup Niedersachsen“ zu einem eigenständigen Kompetenzzentrum weiterentwickeln. Für alle strategisch bedeutsamen Bereiche und Schlüsseltechnologien sollen hochprofessionelle, eigenständige Start-up-Zentren geschaffen werden. Um auch Start-up-Aktivitäten unabhängig von den Hochschulstandorten in der Fläche Niedersachsens auszubauen, werden die Start-up-Zentren dort Tochterstandorte mit enger Vernetzung zum Hauptstandort und seiner Community etablieren.
- die Gründerstipendien weiter finanzieren, modernisieren und zielgenauer und effektiver gestalten.
- bürokratische Hürden auf dem Weg in die Selbstständigkeit konsequent abbauen, Verfahren auf Landesebene beschleunigen und so das Bundesland mit der kürzesten Zeit für die Abwicklung der rechtlichen Gründungserfordernisse werden, u. a. durch verstärkte Vernetzung und Digitalisierung von Prozessen.

Um Innovationen, Gründungskultur und wirtschaftliche Dynamik in unserem Land voranzubringen, sollen unsere Hochschulen noch stärker zu **Keimzellen für hochschul- und**

forschungsnahen Start-ups insbesondere in den Schlüsseltechnologien werden. Neue Transferpartnerschaften und Innovationsverbände mit außeruniversitärer Forschung, Unternehmen und einer leistungsstarken Wirtschafts- und Gründungsförderung sollen dafür sorgen, dass Niedersachsen seine Innovations- und Gründerpotenziale stärker als bisher nutzen kann. Um das Gründungs- und Innovationsland Niedersachsen fit zu machen, *werden wir*:

- die Hochschulen zu einem Motor für Gründungen machen und das Niedersächsische Hochschulgesetz so anpassen, dass eine hohe Zahl von erfolgreichen Ausgründungen zu einem Finanzierungsvorteil der Hochschule führt. Fachbereichsübergreifende, freiwillige, aber mit Credit-Points versehene Veranstaltungen und Seminare zum Thema Entrepreneurship sollen für alle Studentinnen und Studenten in Niedersachsen angeboten.
- das wissenschaftliche Dienstrecht so modernisieren, dass Fachkräfte einfacher zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wechseln können, um so Innovations- und Transferprozesse zu beleben.
- auf die gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren, die sich durch die Digitalisierung für alle Lebensbereiche ergeben. Dazu werden wir in den für den digitalen Wandel einschlägigen Querschnittsfeldern Künstliche Intelligenz, Big Data und Biologisierung bis zu 50 weitere Professuren schaffen, um die Studienangebote in den Schlüsseltechnologien nachhaltig zu erweitern, bestehende Studiengänge den Anforderungen einer digitalen Lebenswelt anzupassen und neue, innovative Fragestellungen in der Forschung zu unterstützen.
- Gründungsinteressierte durch eine Gründungscheckliste „Hochschulnahe Ausgründungen“ unterstützen, die neben Fragen des Patent- und Urheberrechts oder der Unternehmensfinanzierung Verwertungsoptionen einschließlich ungenutzter Patente transparent aufbereitet.
- ein Gründungs- und Transfercoaching Hochschule entwickeln. Hierzu sollen die Transferstellen der Hochschulen stärker vernetzt, Förderausschreibungen wie „Transfer für Niedersachsen“ neu aufgelegt, Beratungskapazitäten zu Fragen der Anschub- und Wachstumsfinanzierung erweitert werden. Durch an Hochschulen angebundene Co-Innovation-Spaces sollen hochschul- und wirtschaftsnahe Gründungsaktivitäten im Sinne echter Innovationshubs stärker gebündelt und unternehmerisches Knowhow zusammengebracht werden.
- regionale Netzwerke zwischen Hochschulen, Kammern, kommunalen Entscheidungsträgern und Wirtschaft ausbauen, um finanzstarke Strukturen zur Förderung eines Hochschul-Entrepreneurship aufzubauen.
- mithilfe von Zukunftsregionen den wechselseitigen Austausch mit Wirtschaft, Gesellschaft, Behörden und Kultureinrichtungen aus den Hochschulen heraus, auch im Verbund mehrerer Hochschulen, voranbringen.

Wir werden im Rahmen der neuen niedersächsischen **Innovations- und Transferstrategie** die Kompetenzen in der Hochtechnologie bündeln und Synergieeffekte nutzen. *Hierzu werden wir*:

- das Netzwerk Quantum Valley Lower Saxony weiter fördern, Start-ups und innovative Unternehmen stärker einbinden und trans- und interdisziplinäre Kooperationen mit verwandten Wissenschaftsdisziplinen voranbringen.
- aufbauend auf den Erfahrungen mit dem QVLS weitere Initiativen starten, um Schlüsseltechnologien in Niedersachsen ideale Startbedingungen zu sichern.
- die niedersächsische Datenstrategie, KI-Strategie und verwandte Strategien regelmäßig evaluieren und unter dem Dach der Innovations- und Transferstrategie bündeln.
- den Standort Göttingen des Norddeutschen Verbunds für Hoch- und Höchstleistungsrechnen weiter fördern und diese Infrastruktur den Forschenden niedrigschwelliger bereitstellen.
- die Forschungsaktivitäten im Bereich der Künstlichen Intelligenz, vor allem in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Osnabrück, weiter ausbauen und stärker miteinander vernetzen.
- die Luft- und Raumfahrtforschung unter Einbindung des Braunschweiger Exzellenzclusters zur klimaschonenden Luftfahrt weiterentwickeln und Niedersachsen als Standort für Entwicklung und Produktion von Mikrosatelliten fördern.
- die Komplexitätsforschung, z. B. in Anbindung an das Göttinger Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation, an mindestens einer niedersächsischen Hochschule etablieren und damit komplexe Wechselwirkungen zwischen Disziplinen und wissenschaftlichen Ökosystemen besser erforschen.

Wissenschaft und Hochschule für die Welt von morgen

Niedersachsen ist **Wissenschafts- und Forschungsland**. Zentrale Lösungsansätze in der Pandemie kamen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unserem Bundesland. Forschung „Made in Niedersachsen“ hat sich in kürzester Zeit vernetzt, auf die neuen Herausforderungen reagiert und sich als krisensicheres, modernes und leistungsstarkes Wissenschaftssystem präsentiert.

Die hervorgebrachten Ergebnisse bestätigen unseren Kurs der letzten fünf Jahre, in denen wir uns als Partner einer freien Hochschul- und Forschungslandschaft verstanden haben. Die Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie der Hochschulen sind uns dabei eine besonders schützenswerte Maxime, die wir mit der **Hochschulgesetzesnovelle 2022** nochmals untermauert haben. Hochschulen in Niedersachsen sind Orte offener Debatten und klarer Haltungen – weltoffen, tolerant und kritisch. Forscherinnen und Forscher aus allen Teilen der Welt sollen hier forschen und lehren und bestmögliche Bedingungen vorfinden. Daher lehnen wir strikte Sprachvorgaben sowohl in der Forschung wie in der Lehre ab und werden sicherstellen, dass niemand an Niedersachsens Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen und andernorts Nachteile bei Nicht-Verwendung sogenannter Gendersprache erleidet. Die wachsende Wissenschaftsskepsis und Versuche, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch verbale Angriffe in den Medien, aber auch ihren Hochschulen und Forschungseinrichtungen in ihrer Arbeit einzuschränken, erfordern deutliche Antworten. Wir werden Forscherinnen und Forscher bei Formaten des gesellschaftlichen Dialogs über Ziele und Ergebnisse von Forschung unterstützen und mit ihnen gemeinsam der

Wissenschaftskommunikation größere Aufmerksamkeit widmen. Durch eine niedrigschwellige Bereitstellung aktueller, gut verständlicher Forschungsergebnisse können wichtige gesellschaftliche Debatten versachlicht und gesellschaftliche Konflikte abgemildert werden.

Damit sich auch unsere Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher von morgen für Forschungs- und Hochschulstandorte in unserem Bundesland entscheiden, gilt es, in einer sich rasant wandelnden Forschungslandschaft auf diesem Fundament aufzubauen und notwendige Reformen umzusetzen. Ob Digitalisierung, Internationalisierung, eine verstärkte Interdisziplinarität an den Hochschulen oder über Hochschulstandorte hinaus – wir brauchen auch in Zukunft die bestmöglichen **Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung, Wissenstransfer und Lehre** an unseren Hochschulen.

Wir werden die Universitäten bei ihrer Vorbereitung auf die nächste Runde des Exzellenzwettbewerbs von Bund und Ländern weiter unterstützen. Es ist unser Ziel, die sechs erfolgreichen Cluster, an denen die Universität Göttingen, die Universität Oldenburg, die Universität Hannover, die Medizinische Hochschule Hannover und die Technische Universität Braunschweig beteiligt sind, zu verteidigen und weitere hinzuzugewinnen. Wir wollen erreichen, dass mindestens eine niedersächsische Hochschule den Titel einer **Exzellenzuniversität** erringen kann. Besonders fokussieren werden wir niedersächsische Schlüsseltechnologien wie **Energie und Versorgungsforschung, Medizin, Quanten- und Biotechnologie und Künstliche Intelligenz, Informatik und Naturwissenschaften**. Niedersachsen hat die Chance, in diesen Bereichen Spitzenforschung zu betreiben, Kompetenzen zu bündeln und sich national, europäisch und international als exzellenter Wissenschafts- und Forschungsstandort zu positionieren.

Daneben gilt es, ein breites Studienangebot über ganz Niedersachsen hinweg vorzuhalten und die **Chancen der Digitalisierung** zu nutzen, um landesweit Angebote verfügbar zu machen und hochrangige internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für digitale Vorlesungen zu gewinnen. Die Zukunft wird ein hybrider **Mix aus Präsenzlehre und digitaler Lehre** sein – darauf bereiten wir unsere Hochschulen vor.

Die **Freiheit der Wissenschaft** ist ein hohes Gut und Kern einer offenen Gesellschaft. Wir werden sie mit Nachdruck schützen. Hochschulen sind ein Raum des offenen Austausches von Ideen und Konzepten, von freier Forschung und Lehre. Jedem Versuch, diesen Raum politisch einzuengen, werden wir uns mit ganzer Kraft widersetzen. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften bedarf es Maß und Mitte, um den offenen Dialog innerhalb der Hochschule, aber auch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu unterstützen und einen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn sicherzustellen. **Antisemitismus, Rassismus und allen Arten von Diskriminierung treten wir hierbei entschieden entgegen. Wir werden:**

- unsere Hochschulen stärken und sie zukunftsfähig aufstellen. Dies soll durch eine stabile Grundfinanzierung gewährleistet werden. Aufbauend auf der Potenzialanalyse der niedersächsischen Hochschulen wollen wir die strategische Entwicklung begleiten und gemeinsam einen neuen Hochschulentwicklungsvertrag aushandeln.

- Hochschulen die Möglichkeit geben, Fonds für die Finanzierung durch ehemalige Studentinnen und Studenten aufzulegen.
- einen Fonds für die niedersächsischen Hochschulen aufbauen, um Spenden, Erbschaften und Überschüsse aus öffentlichem und Betriebs-Vermögen für die Studierenden nutzbar zu machen.
- uns klar zur Hochschulautonomie bekennen, ihre Entscheidungsspielräume erweitern und gemeinsam mit den Hochschulen und Angehörigen die aus der Corona-Pandemie resultierenden rechtlichen Änderungsbedarfe analysieren.
- die digitale Ausstattung der Hochschulen unter Berücksichtigung begleitender Bundesprogramme weiter ausbauen.
- zusätzliche digitale Arbeitsplätze für Studierende schaffen, damit sie auf dem Campus allein oder in kleinen Gruppen noch bessere Lernbedingungen vorfinden.
- die Dachinitiative „hochschule.digital“ in Niedersachsen konsequent fortführen und in geeigneter Form mit dem Bundesprogramm „Digitale Hochschule“ verbinden.
- Hochschulen in Zukunft auch für Studierende in Online-Studiengängen die vollen Studienqualitätsmittel gewähren.
- die digitale Ausstattung der Hochschulbibliotheken einschließlich der Ausleihe ausbauen, um z. B. den Zugang zu Referenzliteratur oder seltenen Exemplaren zu erleichtern.
- in enger Abstimmung mit den Hochschulen die Entwicklung der Wissenschaftspakte begleiten, um z. B. durch die Verstetigung und Entfristung von Stellen mehr Planungssicherheit zu schaffen.
- die Bausubstanz der Hochschulen durch ein Hochschulbauprogramm sanieren und modernisieren, um die räumlichen und technischen Möglichkeiten von Forschung und Lehre up-to-date zu halten. Wo wirtschaftlich sinnvoll und hochschulpolitisch praktikabel werden wie da- für auch das Instrument des Public-Private-Partnership nutzen.
- die Fachhochschulen nachhaltig stärken, beispielsweise durch Kooperation im Bereich der Bauherreneigenschaft mit größeren Hochschulen und Universitäten in der Region.
- die bessere Unterstützung von Hochschulen vor Ort durch Unternehmen ermöglichen.

Gerade die sogenannten MINT-Fächer sind ein Zukunftsfeld. Dabei setzen wir auf MINT-Experimentierlabore und Zukunfts-Campus-Projekte an allen Hochschulen mit MINT-Instituten. Für den **wissenschaftlichen Nachwuchs** werden wir:

- bereits frühzeitig im Studium Qualifizierungsangebote im Bereich Entrepreneurship anbieten, um den Gründungsgedanken zu fördern, und in den wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Studiengängen Wahlpflichtangebote für Entrepreneurship schaffen.
- für Studentinnen und Studenten, die während des Studiums gründen wollen, die Studienzeit flexibilisieren, insbesondere Möglichkeiten für eine Auszeit bzw. ein Teilzeitstudium schaffen.

- für Doktorandinnen und Doktoranden passgenaue Beratung und Qualifizierungskurse anbieten, damit sie für einen Gang in die Selbstständigkeit unmittelbar im Anschluss an die Promotionszeit oder auch im späteren Berufsleben motiviert werden.
- mehr Frauen für MINT-Berufe begeistern, Karrieren in der Wissenschaft erleichtern und mehr Frauen zu Gründungen ermuntern.

Um der wachsenden Bedeutung **datengetriebener Schlüsseltechnologien und Forschungsvorhaben** Rechnung zu tragen, setzt sich die CDU für eine praxisorientierte Weiterentwicklung von Datenschutz, Datensicherheit und Datenethik ein. *Hier werden wir:*

- die Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Institut für Informationssicherheit ausweiten und stärker auf gesellschaftliche Herausforderungen zu forschungspolitischen Schwerpunktsetzungen ausrichten.
- Professuren in den Bereichen Privacy, Daten(schutz)recht, Datensicherheit, Big Data, Daten- und Forschungsethik stärken und Forschungsaktivitäten stärker fördern.
- die Forschungsdateninfrastruktur und das Forschungsdatenmanagement weiter ausbauen und ein niedersachsenweites Netzwerk schaffen.
- die Zukunftslabore Agrar, Energie, Gesundheit, Mobilität, Produktion, Gesellschaft und Arbeit sowie Wassermanagement im Zentrum für digitale Innovationen (ZDIN) weiter fördern und ergänzen. Neben dem Querschnittsthema Künstliche Intelligenz sollen dabei die Themen Datenschutz und Datensicherheit stärker berücksichtigt werden.
- den Schutz kritischer Infrastrukturen, u. a. Energie- und Gesundheitsversorgung sowie Kommunikationsstrukturen, als Forschungsthema stärken.
- die niedersächsischen Standorte des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Osnabrück und Oldenburg, das Oldenburger Institut für Informatik OFFIS sowie das L3S in Hannover stärker am gesellschaftlichen Diskurs zu Datenschutz und Datenreichtum beteiligen, um einen Beitrag zur Versachlichung zu leisten.
- in enger Abstimmung mit den Hochschulen die Zuständigkeit für Forschungs- und Datenethik in den Hochschulgremien noch stärker verankern.
- eine Niedersächsische Daten- und Forschungsethikkommission berufen, die unabhängig arbeitet und politische sowie gesellschaftliche Fragen mit ihrer Expertise begleitet.

Niedersachsen verfügt über eine **vielfältige und leistungsstarke Forschungslandschaft**. Die Strategie Niedersachsen 2030, die Fachkräfteinitiative oder die Zukunftslabore des Zentrums für digitale Innovationen weisen auf die für Niedersachsen erfolgversprechendsten Förderungsfelder hin. Wir werden die Forschungsstärke Niedersachsens in diesen Forschungsfeldern ausbauen und Impulse in weiteren Schlüsseltechnologien setzen. Wir bekennen uns nachdrücklich zur Bedeutung einer leistungsstarken **Grundlagenforschung** und setzen uns dafür ein, dass beim Ausbau der anwendungsorientierten Forschung

Schnittstellen und Austauschprozesse mit der Grundlagenforschung gestärkt werden. Auch die **Lebenswissenschaften** gilt es nachhaltig zu stärken. *Hierzu werden wir:*

- die Gesundheitsforschung an den niedersächsischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (insbesondere in der Krebs-, Lungen-, Infektions- und Transplantationsforschung) stärken und die norddeutsche Zusammenarbeit ausbauen.
- aufbauend auf dem Comprehensive Cancer Center Niedersachsen (CCC-N) in Hannover und Göttingen die Kompetenzen gegen die „Volkskrankheit“ Krebs in Niedersachsen weiter ausbauen.
- die Netzwerkstrukturen der Infektionsforschung unter Berücksichtigung des COVID-19-Forschungsnetzwerkes Niedersachsen (COFONI) sowie Erkenntnissen aus der Pandemie evaluieren, weiterentwickeln und um weitere Partner auch außerhalb von Wissenschaft und Forschung ergänzen.
- die Netzwerk- und Translationsaktivitäten in der Biomedizin und in der Arzneimittelforschung bzw. der Herstellung von Medizinprodukten ausbauen.
- sicherstellen, dass künftige Herausforderungen in der Rehabilitationsmedizin und in der Arbeitsmedizin rechtzeitig analysiert und präventiv Anpassungsstrategien entwickelt werden können. Hierbei kann auf die Forschungen zu Long-Covid-Erkrankungen und die dazu geschaffenen Beratungsstrukturen zurückgegriffen werden.
- die Nutzung von KI-Instrumenten und -verfahren in der Gesundheitsforschung datenschutzsensibel ausbauen und insbesondere bei der Identifizierung erfolgversprechender Therapieansätze verwenden.

Der reibungslose Austausch zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist Grundlage für die erfolgreiche Forschung in Niedersachsen. Diese **Wissenschaftsverbände** müssen gestärkt und nachhaltig ausgebaut werden. *Aus diesem Grund werden wir:*

- eine Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes auf den Weg bringen, um Forschungsverbände zwischen Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und außeruniversitären Forschungseinrichtungen besonders zu fördern.
- die niedersächsischen Standorte der überregionalen Forschungsgemeinschaften weiter fördern.

Gemeinsam für eine starke und zukunftsfeste Wirtschaft

Niedersachsen ist ein wirtschaftsstarkes Bundesland mit einer Vielzahl unterschiedlicher und starker Branchen. Von der Küste über den Harz und die Lüneburger Heide bis zum Weserstein: Die Niedersachsen arbeiten und wirtschaften täglich in ganz unterschiedlichen Feldern. Sie alle sichern Wachstum und Wohlstand in Niedersachsen. Die Digitalisierung, Automatisierung und der globale Handel ermöglichen den Unternehmen neue Chancen zum Wachstum. Gleichwohl stehen auch sie vor großen Aufgaben. Gerade die **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)** des Mittelstandes und des Handwerks müssen bei diesen Herausforderungen unterstützt werden, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben.

Unser Bundesland ist nicht nur die Heimat eines der größten Autobauer der Welt. Das Rückgrat der niedersächsischen Wirtschaft bildet der Mittelstand – die kleinen und mittleren Betriebe. Diese Unternehmen, gemeinsam mit ihren Belegschaften, tragen mit ihrer Leistung, ihrem Fleiß und mit unternehmerischem Weitblick zum **Gelingen der Sozialen Marktwirtschaft und zum Wohlstand des gesamten Landes** bei. In Zeiten des Fachkräftebedarfs und des demografischen Wandels braucht es für sie neue Modelle und Lösungen, was Gründungen, Betriebsübernahmen und Unternehmensnachfolgen betrifft. Zentraler Teil des Mittelstandes wiederum ist das Handwerk, das für das Gelingen der Transformation der Wirtschaft und für die Energiewende entscheidend sein wird. Die Anforderungen werden deshalb immer höher. **Über 70.000 Betriebe des Handwerks haben unsere volle Unterstützung.** Handel, Gewerbe und Handwerk haben wir gerade in der Corona-Pandemie stark unterstützt.

Wir werden mehr Investitionen ermöglichen, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Dazu werden wir Mittelstand, Industrie und Handwerk noch effektiver fördern. Die Förderprogramme des Landes müssen zur Unterstützung von Investitionen der Unternehmen bedarfsgerecht, transparent und wettbewerbsfähig sein. Wir werden die **NBank als zentrales Förderinstitut** stärken und damit die Förderung massiv ausweiten und aufstocken. *Wir werden:*

- die NBank für ihre neuen Aufgaben entsprechend personell ausstatten und mit angemessenen Digitalisierungsprozessen ausstatten, damit sie ihre zukünftigen Funktionen effizient bewältigen kann.
- die Investitions- und Förderbank Niedersachsen zu einer echten Förderplattform ausbauen, die Beratung und Finanzierung aus einer Hand bietet. Mit der NBank verfügt Niedersachsen über eine landeseigene Einrichtung mit großem fachspezifischem Know-how. Die Möglichkeiten einer Förderbank mit Banklizenz werden bislang nicht voll genutzt.
- die NBank zu einer echten Wagniskapitalbank ausbauen. Dazu werden wir das NBank-Gesetz novellieren und die finanzielle Ausstattung der NBank aus dem Kernhaushalt des Landes finanzieren. Dazu werden wir sie mit Eigenkapital und Bürgschaften ausstatten und die Geschäftspolitik so anpassen, dass die Marktlücke in Niedersachsen für Risikokapital wirksam geschlossen wird.
- der NBank die Möglichkeit verschaffen, eigene Fonds aufzulegen und sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren.

Die Krisen der vergangenen Jahre haben viele **mittelständische Unternehmen** wirtschaftlich unter Druck gesetzt und auch das Gründungsgeschehen in Niedersachsen belastet. Unser Mittelstand – mit seinen starken Unternehmen und seinen innovativen Ideen – ist Herz und Motor unserer Wirtschaft. Er zeichnet sich aus durch großes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch durch sein vielfältiges gesellschaftliches Engagement. Der Mittelstand ist größter Arbeitgeber und größter Ausbilder in unserem Land. Eine effektive Mittelstandsförderung sichert viele Arbeitsplätze. Die Themen Mittelstandsförderung sowie Neugründungen und Betriebsübernahmen haben daher für uns weiterhin eine besonders hohe wirtschaftspolitische Relevanz. Gemeinsam mit den

Verbänden und Kammern des Mittelstandes werden wir dazu u. a. die wichtigsten Maßnahmen des seit 2019 in Umsetzung befindlichen Handlungskonzeptes für Mittelstand und Handwerk fortschreiben und darin neue Ansätze entwickeln. Darüber hinaus werden wir kleine und mittlere Unternehmen noch stärker bei der **Qualifizierungsförderung** in den Bereichen **Digitalisierung und Wirtschaft 4.0** unterstützen und dafür u. a. betriebliche Zukunftsprozesse mit Beratungsgutscheinen fördern. *Wir werden:*

- zur Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen ein Zuschussprogramm i. H. v. 250 Millionen Euro für den Zeitraum von zwei Jahren auf den Weg bringen. Bei unterstellten durchschnittlichen 10.000 Euro Zuschuss pro Förderfall können wir 25.000 kleine und mittlere Unternehmen unterstützen.
- ein noch gezielteres Beratungsangebot und Lotsenangebot aus einer Hand für Unternehmen vorlegen. Viele Unternehmen brauchen Unterstützung, um internationale Handelsströme rechtssicher und effizient abwickeln zu können.
- die Qualifizierungsförderung für alle Unternehmen deutlich erhöhen. Gerade im Bereich der Digitalisierung und Wirtschaft 4.0 haben viele Unternehmen großen Weiterbildungsbedarf. Diese Förderung muss für alle Unternehmen zur Verfügung stehen, unabhängig von ihrer Größe.
- unsere Betriebe des Mittelstands und des Handwerks bei der Entwicklung hin zum nachhaltigen Wirtschaften unterstützen, etwa mit Blick auf weiterhin bezahlbare Energiekosten.
- den Niedersächsischen Wirtschaftsförderfonds aufstocken, um mehr einzelbetriebliche Förderungen in allen Teilen des Landes anzubieten.
- die Förderung der Nachfolgemoderation fortsetzen.
- uns für die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einsetzen.
- bei allen Förderprogrammen die Beantragung und den Verwendungsnachweis unbürokratisch, schlank und digital gestalten.

Das **Handwerk** ist eine tragende Säule der mittelständischen Wirtschaft in Niedersachsen. Es leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Ausbildungszahlen und trägt als Arbeitgeber wesentlich zum Erhalt der Qualität der dualen Ausbildung bei. Das Handwerk in Niedersachsen ist in seinen Branchen vielfältig geprägt und muss daher auch entsprechend behandelt werden. Grundsätzlich gilt für uns: Die Menschen in Niedersachsen profitieren von den vielen handwerklichen Betrieben in den urbanen Regionen sowie im ländlichen Raum. Hier müssen wir anknüpfen. *Wir werden daher:*

- die 2019 eingeführte Gründungsprämie im Handwerk fortführen, um einem Rückgang nachhaltiger Gründungen entgegenzuwirken, und zu Neugründungen bzw. Betriebsübernahmen motivieren.
- die Meisterausbildung weiter fördern und die erfolgreich eingeführte Meisterprämie fortsetzen.
- eine Gründungsprämie auch für Soloselbstständige in die Förderung mit aufnehmen. Damit wird es uns gelingen, diese für die Schaffung von neuen Stellen und die Sicherung von Arbeits- sowie Ausbildungsplätzen zu motivieren.

- in die Förderung der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auch das Baugewerbe sowie Dienstleistungs- und Reparaturbranchen einschließen.
- die Förderung der Nachfolgemoderation auch im Handwerk weiterhin fortführen.
- die niedrigschwellige Innovationsförderung für KMU und Handwerk weiterhin gewähren und so ausgestalten, dass Innovationen nach den Maßstäben des Handwerks gezielt unterstützt werden.
- die überbetrieblichen Bildungsstätten des Handwerks stärken und durch die Übernahme von mindestens einem Drittel der Kosten angemessen unterstützen.
- „Praktikumsgutscheine“ für die Berufe des Handwerks ausstellen, um insbesondere diesen Berufsbereich im Rahmen der Berufsorientierung attraktiver zu gestalten.
- das Handwerk bürokratisch entlasten. Aufbewahrungszeiten wollen wir verkürzen und Dokumentationspflichten vereinfachen. Das Instrument der Clearingstelle wird in Niedersachsen weitergeführt.

Für den stationären **Einzelhandel** hat die Corona-Pandemie eine Entwicklung beschleunigt: den Trend hin zum Onlinehandel. Ein funktionierender stationärer Einzelhandel ist aber sowohl für **lebendige Innenstädte** als auch für eine attraktive Versorgung in der Fläche auch künftig notwendig. *Wir werden deshalb:*

- den Einzelhandel auf dem Weg in die digitale Welt über das Förderprogramm „Niedersachsen Digital“ weiter unterstützen. Digitalisierung geht dabei über einen Onlineshop und einen ansprechenden Auftritt in den sozialen Medien hinaus. Wir werden dafür sorgen, dass Einzelhändlerinnen und Einzelhändler digital sichtbar werden und die Chance erhalten, ihre Geschäftsprozesse zu optimieren.
- ein neues Förderprogramm zur Stärkung der Innenstädte und Ortskerne durch Landesmittel auflegen, das niedrigschwellig den Kommunen durch ein festes Budget flexible Möglichkeiten gibt, um Projekte und Maßnahmen aus bisherigen innenstadtrelevanten Programmen zu verstetigen sowie neue anzuschließen. Dabei sollen erneut alle antragsstellenden Kommunen bedacht werden, um einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in der finanziellen Ausstattung unserer Zentren entgegenzuwirken.
- das Gesetz für Sonntagsöffnungen novellieren, damit in enger Abstimmung mit Kirchen und Gewerkschaften und unter Wahrung des in der Verfassung verankerten Sonntagsschutzes Rechtssicherheit für den Einzelhandel besteht.
- den innerstädtischen Einzelhandel dadurch unterstützen, dass städtebauliche Konzepte im Einklang mit Gastronomie, Kultur, Freizeit, Arbeit und Wohnen betrachtet werden.
- Feiertagsrecht und Ladenöffnungszeitenrecht harmonisieren und eine Experimentierklausel vorsehen, bei der auch die Verknüpfung mit reduzierten Verkaufsflächen oder Sortimentsbeschränkungen denkbar ist.

Eine starke Wirtschaft beruht auf einer vorausschauenden **Industriepolitik**. Niedersachsens Unternehmen benötigen politische Rahmenbedingungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Gleichzeitig müssen sie dadurch ihren Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten und insgesamt zu einer nachhaltigen Wirtschaftswelt beitragen. Wichtig ist insbesondere

die Sicherung der vorhandenen Schlüsselindustrien in Niedersachsen. Viele Unternehmen unseres Landes stehen vor erheblichen Herausforderungen. Das gilt insbesondere für die **energieintensiven Industrien**, für die Automobilindustrie und deren Zulieferer sowie für die Maschinenbauindustrie. Aber auch Ernährung, Life Sciences, die Medizintechnik, neue Materialien sowie die Maritime Wirtschaft sind entscheidende Zukunftsbereiche für Niedersachsen. Niedersachsen ist Industrieland und soll es bleiben. Wir werden unsere industriellen Wertschöpfungsketten in ihrer ganzen Vielfalt erhalten und Industriearbeitsplätze sichern. *Deshalb werden wir:*

- die Potentiale Niedersachsens mit seinen erneuerbaren Energien für den Aufbau einer Wasserstoff-Industrie sowie von Branchen, die auf der Basis von Wasserstoff oder durch den Einsatz der Offshore-Windenergie die Klimaneutralität erreichen wollen, heben. Dies erfordert deutlich abgesenkte Energiepreise. Um diesen Prozess zu beschleunigen wollen wir durchsetzen, im gesamten Küstenraum eine „Sonderwirtschaftszone Wasserstoff und erneuerbare Energien“ einzurichten, innerhalb derer die Nutzung dieser Energieformen für 20 Jahre von allen Steuern und Abgaben befreit werden.
- die Ansiedlung von Industriebetrieben gezielt fördern und insbesondere die neuen Chancen im Hinblick auf die Bereitstellung verlässlicher und kostengünstiger erneuerbarer Energien an unseren Küsten für Neuansiedlungen nutzen.
- uns für eine verlässliche Energieversorgung und niedrige Energiepreise einsetzen und verlässliche Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb einfordern.
- den industriellen Transformationsprozess in der Industrie hin zur Industrie 4.0 in Niedersachsen unterstützen und mit Landesmitteln, gemeinsam mit EU- und Bundesmitteln, gezielt fördern.
- uns für den Erhalt unserer Industriestandorte einsetzen und schnelle, rechtssichere Genehmigungen bei Investitionsentscheidungen gewährleisten sowie die notwendigen raumordnerischen Voraussetzungen schaffen.

Schon vor der Corona-Pandemie befand sich etwa die Stahlindustrie mitten in einem umfassenden Transformationsprozess. Wir unterstützen die Bemühungen der niedersächsischen Stahlproduzenten für eine **CO₂-arme Stahlproduktion**. Mit dem Projekt SALCOS wird es möglich, rund 95 Prozent der Kohlenstoffbelastung aus der Stahlerzeugung langfristig einzusparen. Grüner Wasserstoff, der mit Strom aus regenerativen Quellen erzeugt wird, soll den bislang für die Verhüttung von Eisenerzen erforderlichen Kohlenstoff ersetzen. Mit einem Hochtemperatur-Elektrolyseur soll die Einbindung von grünem Wasserstoff H₂ in die Prozesse des Hüttenwerks erprobt werden. Mithilfe dieser Methode lässt sich die Effizienz im Vergleich zu der bisher verwendeten Wasserstoff-Elektrolyse deutlich steigern.

Auf diesem Weg werden wir gemeinsam mit den Betrieben der Stahlindustrie konsequent weiter vorangehen. Besonderes Augenmerk wird dabei die Energieversorgung der Unternehmen haben, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch nachhaltig sein muss. *Wir werden:*

- den angestoßenen Transformationsprozess zur klimaneutralen Stahlproduktion weiter intensiv und auf Augenhöhe mit den Unternehmen voranbringen. Die vom „High Level Forum Stahl“ vorgeschlagenen Maßnahmen wollen wir umsetzen.
- die Stahlproduktion in die niedersächsische Wasserstoffstrategie einbinden, um eine CO₂-arme Versorgung mit der benötigten Energie sicherzustellen. Die niedersächsische Wasserstoffstrategie soll den CO₂-Ausstoß in der Stahlindustrie Richtung Null senken. Gleichzeitig werden wir nicht notwendige bürokratische Hürden bei der Implementierung eines Versorgungsnetzes konsequent abbauen.
- Die Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff H₂ sind auch für andere energieintensive Industrien wie die Chemie und die Raffinerien ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Die Projekte zur Herstellung von grünem Methanol und für eine grüne Raffinerie sind hierfür beispielhaft. Weitere entlang der gesamten Küstenlinie können sich anschließen. Schnelle und rechtssichere Genehmigungsverfahren und wettbewerbsfähige Energiepreise sind u.a. Voraussetzungen dafür, dass diese innovativen Projekte in Niedersachsen schnell realisiert werden können.
- die Branche und ihre Arbeiterschaft mit Maßnahmen der beruflichen Qualifikation und Weiterbildung unterstützen, um das Arbeitskräftepotenzial am Arbeitsmarkt zu halten.
- die Rohstoffversorgung in diesem Bereich sicherstellen und die Resilienz im Bereich der Stahlproduktion durch Ansätze der Kreislaufwirtschaft stärken.

Insbesondere die **Automobilindustrie** war und ist Beschäftigungsgarant und Innovationsmotor für unser Bundesland. Rund 250.000 Arbeitsplätze hängen in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Das sind 30 Prozent der Industriearbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sichern unseren Wohlstand. Die Automobilwirtschaft befindet sich im tiefgreifendsten Wandel ihrer Geschichte. Wenn Deutschland auf dem internationalen Markt bestehen will, müssen wir den Wandel zu einer klimaschonenden Mobilität wirtschaftlich erfolgreich und auch sozial verträglich gestalten. Die Zukunftsfähigkeit der Automobilbranche bei gleichzeitiger Reduzierung der CO₂-Emissionen ist ein Schlüsselfaktor, um unser Land verantwortungsvoll an die nächste Generation übergeben zu können.

Die **Volkswagen AG** ist das größte Unternehmen in Niedersachsen. Es sichert Arbeitsplätze und ist ein wichtiger Bestandteil für die niedersächsische Wirtschaft. Eine starke Volkswagen AG bedeutet ein starkes Niedersachsen. Gleichzeitig gestaltet die Volkswagen AG die technologieoffene Veränderung mit. Dabei werden wir sie begleiten. *Daher werden wir:*

- den Erhalt des VW-Gesetzes garantieren.
- den Konzern auf dem weiteren Weg zur E-Mobilität durch die Förderung der E-Mobilitäts-Infrastruktur unterstützen.
- Volkswagen und die Automobilindustrie bei der weiteren Batteriezellenproduktion unterstützen und die Ansiedlung von Produktionsstandorten in Niedersachsen fördern.
- uns dafür einsetzen, dass die niedersächsischen Volkswagen-Standorte erhalten bleiben und ausgebaut werden.

- uns für sichere, faire und motivierende Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Volkswagen einsetzen.

Die niedersächsischen **See- und Binnenhäfen** leisten als Schnittstellen in den nationalen und internationalen Logistik- und Lieferketten einen wichtigen Beitrag für den Warenaustausch und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands insgesamt und gewährleisten dadurch Sicherheit und Wohlstand weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Die zukünftige Ausrichtung unserer Häfen auf Versorgungssicherheit, Digitalisierung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit soll im Rahmen einer verstärkten **norddeutschen Hafenkooperation** erfolgen, in der die verschiedenen Standorte ihr jeweiliges Potenzial voll entfalten können. Die Basis für die erfolgreiche Entwicklung gelingt nur, wenn im engen Austausch zwischen allen Beteiligten, wie z. B. im Seehafendialog, alle Entwicklungsmaßnahmen auf die praktischen Bedürfnisse der Hafenwirtschaft und den internationalen Warenaustausch zur Diversifizierung der Lieferketten langfristig ausgerichtet sind. Als CDU in Niedersachsen unterstützen wir unsere Häfen bei ihrer Weiterentwicklung und halten sie wettbewerbsfähig gegenüber der internationalen Konkurrenz. *Wir werden:*

- Niedersachsens Seehäfen insgesamt weiter wettbewerbs- und zukunftssicher aufstellen und die Investitionen in den nächsten Jahren auf hohem Niveau fortführen.
- unsere Häfen zu Energiehäfen ausbauen und dafür den Bau der nötigen Infrastruktur wie z. B. LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Stade sowie Anlandungsmöglichkeiten für Wasserstoff H₂, für Ammoniak und LOHC-Transporte, zielgerichtet und konsequent vorantreiben.
- die Unterweservertiefung bis Brake vorantreiben.
- die Vertiefung der Außenems beschleunigen.
- die Digitalisierung unserer niedersächsischen Häfen konsequent weiter voranbringen und sie bei der Automatisierung von Prozessen und Abläufen durch ein intelligentes Hafenmanagement unterstützen.
- eine maritime Verbundwirtschaft einschließlich Forschung und Ausbildung fördern.
- die bereits bestehenden Binnenhäfen erhalten und weiter ausbauen.
- das Netz der Wasserstraßen leistungsfähig erhalten.
- die für die Binnenschifffahrt wichtigen Schleusen modernisieren und ausbauen.

Die Luftfahrt stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Mit dem internationalen Verkehrsflughafen Hannover-Langenhagen, dem Forschungsflughafen Braunschweig und den vielen kleinen Flughäfen im ganzen Land verfügt Niedersachsen über ein dichtes und leistungsfähiges Netz für den Luftverkehr. Wir möchten den Standort Niedersachsen für die **Luft- und Raumfahrt** attraktiver gestalten und Unternehmen dieser Branche bei uns ansiedeln. *Deshalb werden wir:*

- Niedersachsen zu einem zentralen Standort der Luft- und Raumfahrtbranche in Europa weiterentwickeln.
- die Innovationsfähigkeit der niedersächsischen Standorte in Bereichen wie dem Leichtbau gezielt stärken und fördern.

- dem Flughafen Hannover eine wirtschaftliche Perspektive geben. Als großer Arbeitgeber innerhalb der Region wollen wir durch Förderprojekte den Flughafen zukunftsicher und ökologisch gestalten. Dies soll ausdrücklich nicht durch die Ausweitung weiterer Nachtflüge passieren, sondern durch Förderkonzepte. Die niedersächsischen Flughäfen sollen zukünftig enger zusammenarbeiten, um besser an Fördermöglichkeiten zu gelangen und damit dem Ziel des Klimaschutzes näher zu rücken.
- den Forschungsflughafen Braunschweig sowie das Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen ausbauen und finanziell unterstützen. Der Flughafen ist eines der wichtigsten Zentren für Mobilitätsforschung in Europa, und der Austausch mit Braunschweiger Einrichtungen wie dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und dem Luftfahrtbundesamt bietet große Chancen.

Das Reiseland Niedersachsen

Niedersachsen ist Reiseland und mit seiner landschaftlichen Vielfalt vom Harz bis zu seiner einzigartigen Küste ein beliebtes Ziel für Menschen aus ganz Deutschland und Europa. An den **Tourismus** werden heute sehr viel höhere Ansprüche gestellt, was Qualität und Nachhaltigkeit betrifft. Hier wollen wir Niedersachsen zum Vorreiter machen.

Die Tourismuswirtschaft hat mit direkter und indirekter Bruttowertschöpfung einen Anteil von mehr als fünf Prozent an der niedersächsischen Wirtschaftsleistung. Der Tourismus ist für uns in Niedersachsen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine Schlüsselbranche: Die Wettbewerbspositionierung des Reiselandes Niedersachsen werden wir festigen und weiter verbessern. Die Tourismuspolitik auf Landesebene soll sich nicht allein an bloßen Zahlen bemessen, sondern vor allem nachhaltig und zukunftsfest sein.

Im Tourismus kann es nicht mehr allein um weitere bloße Steigerung der Übernachtungszahlen gehen. Erforderlich ist vielmehr eine Resilienz-Strategie für den Tourismus. Dafür identifizieren wir die Stärken und Schwächen des Tourismus in Niedersachsen – im engen Austausch und in ständigem Dialog mit den touristischen Akteuren. Wertschöpfung, Klimaschutz/Klimaanpassung und Nachhaltigkeit gewinnen in der Reisebranche stetig an Bedeutung. Wir werden daher nicht nur touristische Infrastruktur und touristische Einzelbetriebe weiterhin und stärker mit EU-, Bundes- und Landesmitteln fördern, sondern einen Schwerpunkt auf die Maßnahmenentwicklung zur Anpassung an den Klimawandel im niedersächsischen Tourismus legen. Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es einer modernen Tourismuspolitik auf Landesebene. *Wir werden:*

- ein Förderprogramm „Grundförderung Tourismus“ entwickeln.
- Niedersachsen zu einem ganzjährig attraktiven Reiseland machen, indem wir Nachhaltigkeit im Tourismus fördern und die Wertschöpfung steigern.
- weiteres Wachstum der Gästezahlen aus dem internationalen Markt generieren und die digitale Präsenz bei Tourismusprodukten und im Tourismusmarketing erhöhen.
- die niedersächsischen Binnenseen – Steinhuder Meer, Dümmer und Bad Zwischenahner Meer – stärker in die niedersächsische Tourismusstrategie integrieren sowie Masterpläne für das Steinhuder Meer und den Dümmer fortsetzen. Für das Zwischenahner Meer werden wir einen Masterplan aufstellen und fortentwickeln.

- die Übernachtungsmöglichkeiten des Rad-, Wasser- und Wandertourismus durch die Ausweisung kleiner Zeltwiesen steigern, um die Potenziale der Tourismuswirtschaft auch im ländlichen Binnenland auszuschöpfen und neue Gästegruppen zu gewinnen. Privaten und öffentlichen Grundbesitzern sollte es generell erlaubt werden, solche Zeltwiesen zur Verfügung zu stellen.
- die Förderung der sogenannten zertifizierten Tourismuskommunen zur Stärkung sowohl des Küsten- als auch des Binnentourismus verstetigen.
- den nachhaltigen und den Gesundheitstourismus stärken.
- das Qualitätssiegel „Kinderferienland“ als ein Vorbild für den Familienurlaub in Niedersachsen ausbauen und stärken.
- den touristischen Radverkehr und die Radverkehrsinfrastruktur sowie den ÖPNV in den Reisezielen attraktiver gestalten und verbessern.
- in Insel- und Küstengebieten die notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen der Häfen vorantreiben.
- das Amt einer Inselbeauftragten oder eines Inselbeauftragten für die Ostfriesischen Inseln einrichten.
- für das Tourismuspersonal in den Tourismus- und Erholungsgebieten mehr bezahlbaren Wohnraum, insbesondere auf den Inseln, schaffen.
- uns dafür einsetzen, dass Saisonbetrieben ihren Saisonmitarbeitern Unterkünften ermöglichen können, ohne dass diese über die Lohnsteuer zur Last fallen.
- unsere Tourismus- und Kurorte im ländlichen Raum stärker fördern. Ganz Niedersachsen hat wunderschöne Landschaften, die für Besucher aus ganz Deutschland attraktiv bleiben sollen. Wichtig hierbei ist die öffentliche Erreichbarkeit im ländlichen Raum zu fördern.

Hotellerie und Gastronomie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen. Ob bei Ausflügen, Urlauben oder Tagungen – Gastronomen und Hoteliers leisten dabei jeden Tag Außergewöhnliches. Die Vielfalt und das Engagement der Gastronomie und der Hotellerie prägen das Bild unseres Landes und tragen entscheidend zur Attraktivität unserer Städte bei. *Wir werden:*

- die Modernisierung der Gastronomie und Hotellerie und den Neustart nach der Corona-Pandemie unterstützen und fördern.
- uns dafür einsetzen, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe seinen Arbeitskräftebedarf auch von außerhalb der EU decken kann.
- uns dafür einsetzen, die abgesenkte Mehrwertsteuer für das Gastgewerbe zu verstetigen.

4 LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, KLIMA UND ENERGIE HAND IN HAND

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Niedersachsens Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes und sichert unsere Ernährung. Egal ob in bäuerlichen Betrieben, in der Forstwirtschaft oder in der Fischerei: Die Niedersachsen tragen bei ihrer täglichen Arbeit in der Landwirtschaft maßgeblich zur Gestaltung unserer Kulturlandschaft und zum Umweltschutz bei. Mit dem **Niedersächsischen Weg** haben wir bewiesen, wie Natur-, Arten- und Gewässerschutz und eine fachgerechte Bewirtschaftung der Flächen finanziell auskömmlich miteinander in Einklang gebracht werden können. Nur so ist auch zukünftig die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Niedersächsische Landwirte sind hervorragend ausgebildet, wir alle müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass ihre Arbeit durch die Gesellschaft vertrauensvoll anerkannt wird.

Dazu gehört im Wesentlichen die Weiterentwicklung zu einem **„Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft“**, der die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfüllt. Die Ziele dieses Gesellschaftsvertrages sind für alle bindend. Es gilt hier insbesondere, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für eine zeitgemäße Nutztierhaltung zu schaffen. Die niedersächsischen Landwirtinnen und Landwirte benötigen Planungssicherheit bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ohne wirtschaftlichen Erfolg ist es Landwirtinnen und Landwirten nicht möglich, gesellschaftliche Erwartungen zu erfüllen, dabei ihre Familien zu ernähren und Arbeitsplätze zu sichern. Dazu entwickeln wir eine **moderne Agrarpolitik**, die auf Anreizsysteme setzt und Planungssicherheit bietet. Zudem sollen die Gemeinwohlleistungen der Land- und Forstwirte angemessen honoriert werden. Klimaschutzmaßnahmen müssen – angelehnt an die CO₂-Bepreisung – einkommenswirksam sein. Wir stehen dafür, die berechtigten **Interessen von Landwirtinnen und Landwirten sowie des Umweltschutzes zusammenzuführen**, und schaffen damit die Grundlage für eine faire Entlohnung und eine nachhaltige Landwirtschaft, deren wichtigstes Ziel die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung ist.

Wir sehen gerade vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs, wie wichtig die Verlässlichkeit unserer **Ernährungssicherung** auch im globalen Maßstab ist. Die Ukraine ist eine der Kornkammern Europas. Von den kriegerischen Auseinandersetzungen sind 30 Prozent des weltweiten Weizenhandels betroffen, was sich nicht zuletzt stark auf die Rohstoff- und ganz besonders auch auf die Lebensmittelpreise auswirkt. Es gilt, den Blick für strukturelle Abhängigkeiten zu schärfen und Potenziale der regionalen Landwirtschaft zu aktivieren. Aus diesen Gründen fördern wir Landwirtinnen und Landwirte mit **Agrarförderprogrammen**, wollen aber gleichermaßen dazu beitragen, Landwirtschaft von den praxisfernen und bürokratischen Regularien zu befreien. *Wir werden daher:*

- das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ aufstocken und für eine Verlängerung der Regionalbudgets plädieren.

- uns dafür einsetzen, dass die 4% entschädigungslose Stilllegung von Ackerflächen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 dauerhaft ausgesetzt wird. In der aktuellen Situation ist es wichtiger denn je, Menschen mit Nahrungsmitteln zu versorgen.
- uns dafür einsetzen, dass künftig Bundes-Förderprogramme entwickelt werden, die im Sinne des Niedersächsischen Weges Landwirtschaft und Naturschutz verbinden und dabei die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Familienbetriebe berücksichtigen.
- zukünftige Förderprogramme über eine zentrale Stelle verwalten, um die Verfahren von Bürokratie zu entlasten und Zuständigkeiten eindeutig zuzuordnen.
- mehr Vertragsnatur- und Vertragsklimaschutz mit Gesellschaft und Wirtschaft möglich machen und anerkennen.
- die landwirtschaftlichen Kooperationen in Trinkwassergewinnungsgebieten (TWGG) stärken.
- einen „Zukunftsdialog Landwirtschaft“ mit den niedersächsischen Landwirtinnen und Landwirten vorantreiben.
- eine Taskforce einsetzen, die die landespolitischen Regularien für die niedersächsische Landwirtschaft konsequent auf überflüssige Bürokratie und Produktionshemmnisse untersucht und Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Landwirtinnen und Landwirte müssen jeden Tag hohe Qualitätsstandards erfüllen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei steht für die Landwirtinnen und Landwirte nicht nur die wirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln und Energie im Vordergrund, sondern auch das **Tierwohl**. Wir bekennen uns zur Tierhaltung. Insbesondere die Schweinehaltung steht in weiten Teilen vor existenziellen Schwierigkeiten. Es bedarf sicherer Perspektiven für die Landwirtschaftsfamilien, die sich in diesem Bereich engagieren. Gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Bereichen ist sie eine maßgebliche Stütze des ländlichen Raumes in vielen Teilen Niedersachsens. Die Umsetzung der Ergebnisse des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zu mehr Tierwohl werden konsequent und zeitnah umgesetzt. *Wir werden daher:*

- einen Gesellschaftsvertrag für die ländlichen Räume auf Basis der Borchert-Kommission abschließen. Für die Umsetzung bedarf es einer dauerhaften und verpflichtenden Tierwohlabgabe zur Finanzierung des Mehraufwandes, aber auch Investitions-hilfen für erforderliche Umbauten.
- uns dafür einsetzen, ein Tierwohlgesetz auf Bundesebene einzuführen, dass die Anforderungen an das Baurecht, Naturschutzrecht, Kennzeichnungsrecht, gemeinsam und gleichzeitig mit den Tierwohlanforderungen regelt und den Landwirten eine verlässliche Planung gibt.
- das Modellprojekt „Stall der Zukunft“ aufsetzen und damit Grundlagen für eine praxisgerechte und finanzierbare Umsetzung von Tierwohl schaffen.
- Und dafür einsetzen, dass das Baurecht angepasst wird, um Tierwohl zu priorisieren und Zielkonflikte zum Emissionsschutz aufzulösen und damit für schnellere Umsetzung im Sinne des Tierwohls zu sorgen.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- das Niedersachsen-Label einführen, um eine verbindliche Haltungs- und Herkunftskennzeichnung für regionale Produkte zu gewährleisten.
- Wege für Tiertransporte kurzhalten, regionale Schlachtbetriebe fördern und Neuan-siedlungen unterstützen.
- die Weidetierhaltung ausbauen und dauerhaft fördern.
- in allen öffentlichen Mensen (inklusive Bildungseinrichtungen) und Kantinen einen Anteil aus regionalen Lebensmitteln mehr als bisher einsetzen.

Niedersachsen ist in weiten Teilen ein hervorragender Standort für **Ackerbau und Grün-landbewirtschaftung**. *Wir werden daher:*

- die Dauergrünlandregelung flexibilisieren.
- die Voraussetzungen schaffen, das Beregnungsmanagement zu optimieren, um den Auswirkungen des Klimawandels effizient und gleichzeitig nachhaltig zu begegnen. Der Einsatz von KI-Projekten und digitalen Anwendungen ist ein wichtiger Baustein davon und soll flächendeckend etabliert werden.
- die Voraussetzungen schaffen, praxisorientierten Gewässerschutz in Kooperation mit allen Beteiligten zu betreiben.
- das Nitrat-Messstellennetz ausbauen und mit validen Maßgaben ertüchtigen und uns für europaweit gleiche Messbedingungen einsetzen.
- uns für eine Düngeverordnung einsetzen, die sich am Verursacherprinzip orientiert. Damit wollen wir Perspektiven eröffnen, wie Betriebe, die nach guter fachlicher Praxis wirtschaften, wieder aus den beschlossenen Restriktionen entlassen werden können.
- die kooperative Gewässerschutzberatung weiter ausbauen und finanziell tragfähig ausstatten.
- das sogenannte Verwertungskonzept abschaffen und das Düngemanagementsystem ENNI praxisingerecht stärken.
- das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen zu einem echten Zentrum für angewandte Forschung in den Grünlandgebieten ausbauen, um den Landwirten und den Umwelt- und Naturschützern die Möglichkeit zu geben, gemeinsam an Lösungen für den Schutz und die Weiterentwicklung des Grünlands in Niedersachsen unter wissenschaftlicher Begleitung zu arbeiten.

Der **Ökolandbau** spielt bereits heute eine wichtige Rolle in der niedersächsischen Landwirtschaft. Er kann entscheidend dazu beitragen, Natur- und Artenschutz miteinander zu versöhnen. Um den Ökolandbau auch weiterhin zu stärken, *werden wir:*

- Biobetriebe gesondert in branchenbezogenen Förderprogrammen berücksichtigen. Denn für Betriebserweiterungen sind Maßnahmen bedeutsam wie etwa Investitionsförderprogramme in Stallbau und Stallumbau, zu Lagerhaltung und Lagertechnik oder Beratungsförderung.
- die Umstellungsberatung stärken. Wir werden mehr Einstellungen von Fachkräften fördern, um den Bedarf an Umstellungsberatung im Zusammenhang mit den Zielen des Niedersächsischen Wegs zu decken. Als ersten Schritt wollen wir fünf

Beratungskräfte unter finanzieller Förderung des Landes Niedersachsen bei den unterschiedlichen Umstellungsberatungsorganisationen einstellen.

- die Fördergelder für nicht investive Projekte zur Stärkung des Ökologischen Landbaus beibehalten und ausbauen.

Wir entwerfen die **Zukunft der Landwirtschaft** für Niedersachsen. Die Gesellschaft braucht zwingend eine ebenso auskömmliche wie auch leistungsstarke Landwirtschaft, eine Landwirtschaft, die im nationalen, aber auch internationalen Wettbewerb mithalten kann und gleichzeitig Antworten gibt auf die aktuellen Herausforderungen des Klimawandels. Um Niedersachsens Landwirtschaft einen zukunftsfähigen Rahmen zu geben, *werden wir*:

- nachhaltige Maßnahmen zur Speicherung und Einlagerung von CO₂ in der Land- und Forstwirtschaft wie das sogenannte Carbon Farming in Anlehnung an die CO₂-Bepreisung finanziell fördern.
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Landwirtinnen und Landwirten in Fragen des Tierwohls, Klimaschutzes und nachhaltiger Produktivitätssteigerungen gezielt fördern.
- die agrarwissenschaftliche Forschung an unseren Hochschulen stärken.
- eine Professur Ökolandbau an einer niedersächsischen Hochschule einrichten.
- das Programm „Smart-Farming-Berater“ initiieren, um Landwirte bei der Digitalisierung ihrer Betriebe und Beschaffung entsprechender Technologien zu unterstützen.
- ein Veränderungsmoratorium bei den Genehmigungsbehörden anstreben. Innovations- und Baumaßnahmen auf landwirtschaftlichen Betrieben gehen in der Regel mit erheblichen Investitionen einher. Ohne Planungssicherheit für die Dauer eines Abschreibungszeitraumes sind die großen finanziellen Risiken insbesondere für Familienbetriebe häufig nicht mehr zumutbar.
- in Niedersachsen die digitale Landwirtschaftsverwaltung einführen, damit der Datenaustausch im Sinne der Landwirtinnen und Landwirte zwischen Behörden deutlich beschleunigt und verbessert wird.
- in der niedersächsischen Landwirtschaft die Umsetzung von regionalen Energiekonzepten fördern, um die Versorgungssicherheit zu stärken und die Dezentralisierung des Energiesektors zu unterstützen.
- die Kopplung von Biogas, Windkraft und Solar mit grünem Wasserstoff H₂ und ebenso Nahwärmekonzepte fördern, damit Landwirtinnen und Landwirte als Energiewirte im Rahmen der Dezentralisierung des Energiesektors auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.
- energetische Quartierskonzepte in den Kommunen unter vollständiger Berücksichtigung aller verfügbarer erneuerbarer Energien erstellen und passgenaue Förderkonzepte auflegen.
- Verordnungen landwirtschaftsfreundlich mit Augenmaß erlassen und einem Praxischeck unterziehen.
- mit dem Programm „Stadt.Land.ZUKUNFT: Landwirtschaft und Gesellschaft gemeinsam“ ein Maßnahmen- und Finanzpaket analog zum Masterplan

„Digitalisierung“ für den ländlichen Raum initialisieren.

- den Einstieg in die ökologische Landwirtschaft weiterhin fördern.
- die sogenannte Agri-Photovoltaik, bei dem Flächen sowohl zur Landwirtschaftsproduktion als auch zur Stromproduktion genutzt werden, positiv begleiten und Doppelnutzungen möglich machen.

Landwirtschaft muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und darf sich nicht vom **biologisch-technischen Fortschritt** entkoppeln. Wir haben in Niedersachsen eine starke Hochschullandschaft und hervorragende Unternehmen des vor- und nachgelagerten Bereiches, die eine ebenso starke Stütze der ländlichen Räume darstellen. *Daher werden wir:*

- die agrarwissenschaftliche Forschung und Lehre für mehr Verantwortung für die heimische und die globale Ernährungsfrage stärken.
- uns für die Zulassung neuartiger Züchtungsmethoden im Bereich der Pflanzenzucht einsetzen.

Eine **nachhaltige Land- und Waldbewirtschaftung** kann nur auf Basis der Freiheit des Eigentums erfolgen. Wir bekennen uns zum Eigentum an Grund und Boden. Die niedersächsischen Familienbetriebe bewirtschaften ihren Wald und landwirtschaftlich genutzte Flächen seit Jahrhunderten nachhaltig: Mit großer Verantwortung auch für die nachfolgenden Generationen erfüllen sie Nutz- und Schutzfunktionen im Wald und tragen zugleich zu einem gesellschaftlichen Bewusstsein für Nachhaltigkeit bei. Infrastrukturprojekte, Neubaugebiete und der Ausbau der Onshore-Windenergie sowie die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen verringern die verfügbare landwirtschaftliche Fläche in Niedersachsen jedoch stetig. Während wir bedeutende Maßnahmen gegen den Klimawandel umsetzen und gleichzeitig den Ausbau erneuerbarer Energien forcieren, müssen wir Grund und Boden für die Familienbetriebe der Land- und Forstwirtschaft erhalten. *Wir werden daher:*

- verhindern, dass landwirtschaftliche Flächen zunehmend zu Spekulationsobjekten werden, und entsprechende Verfahrensabläufe unterbinden sowie den Rechtsrahmen im Bodenrecht dahingehend anpassen.
- die vielen Familienbetriebe als Teil der nachhaltigen und erfolgreichen Geschichte und der Strukturvielfalt Niedersachsens ansehen und fördern – sie müssen erhalten bleiben.
- nicht mehr genutzte landwirtschaftliche oder gewerbliche Gebäude unbürokratisch einer neuen Nutzung zuführen.
- gezielt die Einkommensstruktur für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer breiter aufstellen und die Honorierung der Ökosystemleistung Wald auf den Weg bringen.
- für eine praxisorientierte Waldstrategie eintreten, die Bewirtschaftung ermöglicht.

Unser Bundesland ist geprägt von einem ebenso traditionsreichen wie wirtschaftlich bedeutenden Gut: der **Fischerei**. Ob gewerbliche Fischerei im Kutter an der Küste, die Hochseefischerei oder die Angler am Fluss, die Ausgleich zum Alltag suchen – der Fischfang gehört seit jeher zu Niedersachsen. Die Fischerei hat derweil wichtige Schritte in Richtung Nachhaltigkeit unternommen. Um im Wettbewerb mithalten zu können und den Erfolg der heimischen Fischerei weiterzuentwickeln und zu schützen, werden wir Maßnahmen ergreifen,

die eine wettbewerbsfähige, erfolgreiche und gleichzeitig nachhaltige Fischerei in Niedersachsen gewährleisten. *Wir werden daher:*

- die Flächenansprüche der Fischerei gegenüber anderen Nutzern angemessen berücksichtigen.
- die kleine Küstenfischerei darin unterstützen, dass ausreichend Fanggründe in den Flussmündungen erhalten werden.
- die Fischbestände schützen, mit effektivem Schutz gegen Prädatoren wie Fischotter oder Reiher.
- den Berufsschulstandort für Binnenfischerei und Aquakultur in Hannover unterstützen und ausbauen.
- gegen die unangemessene Einschränkung der Angelrechte vorgehen und die ehrenamtliche Arbeit organisierter Anglerinnen und Angler unterstützen.
- gemeinsam mit den niedersächsischen Anglerinnen und Anglern Ideen für die ökologische Durchlässigkeit der Gewässer finden.
- das Kormoran-Management im Sinne des Fischartenschutzes in Niedersachsen nachhaltig verbessern und uns für eine zügige europaweite Lösung für das Kormoran-Management einsetzen.
- Fischereiforschungseinrichtungen in Niedersachsen erhalten und ausbauen.
- Ausbildungsgänge für Fischerei an der staatlichen Seefahrtsschule in Cuxhaven erhalten.
- für die Kleine- und Große Hochseefischerei die Fanggründe und Fangmengen in der Nordsee und im Atlantik mit Unterstützung der EU dauerhaft sichern.

Egal ob auf dem Land oder auf dem Wasser – die Betriebe der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft versorgen uns tagtäglich mit **hochqualitativen Lebensmitteln**. Dafür verdienen sie in allererster Linie unseren Dank und unseren Respekt. Veränderte gesellschaftliche Erwartungen an landwirtschaftliche Produkte wie Regionalität, mehr Tierwohl und Verzicht auf Pestizide machen jedoch neue Ansätze beim **Vertrieb und Marketing** notwendig. *Wir werden daher:*

- die Marketinggesellschaft der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft finanziell stärken und ihren Stellenwert für Niedersachsen hervorheben.
- unsere regionalen Märkte stärken, indem wir Fördermöglichkeiten schaffen, die Vernetzung durch Maßnahmen regionaler Marketingstrategien verbessern und somit gleichzeitig einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten.
- die betriebliche Direktvermarktung und deren regionale Zusammenschlüsse fördern.
- die Vermarktung von Lebensmitteln durch regionale Start-ups unterstützen und deren Beratung fördern.
- klare Herkunftskennzeichnungen für landwirtschaftliche Produkte, auch in verarbeiteten Lebensmitteln, etablieren, damit Verbraucherinnen und Verbraucher regionale Produkte leichter erkennen und kaufen können.

Das eigenverantwortliche Handeln der Menschen in Niedersachsen steht für uns an erster Stelle. Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Transparenz und Informationen, damit sie sich ihre Meinung bilden können. Um einen optimalen **Verbraucherschutz** für die Menschen in Niedersachsen zu gewährleisten, *werden wir*:

- die Verbraucherschutzzentralen weiterhin unterstützen, indem wir den Ausbau von Zentralen in der Fläche vorantreiben und sie insgesamt finanziell stärken.
- die Energieberatung in den Verbraucherschutzzentralen weiter ausbauen.
- die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie insbesondere Kinder und Jugendliche besser über die Lebensmittelproduktion und -verarbeitung in unserem Land informieren. Dabei ist uns vollkommene Transparenz wichtig.
- dafür sorgen, dass Lebensmittel auch nach dem Überschreiten des Mindesthaltbarkeitsdatums noch nicht als verdorben gelten, um so der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken.
- eine Informationskampagne gegen Lebensmittelverschwendung starten und dies auch zu einem Thema des niedersächsischen Schulunterrichts machen.

Die **Jagd** ist ein bedeutendes Kulturgut sowie aktiver Natur- und Umweltschutz, der von den niedersächsischen Jägerinnen und Jägern mit viel Engagement gelebt wird. Die Jägerschaft leistet einen maßgeblichen Beitrag zum Wohl des Wildes und zum Erhalt seiner Lebensräume sowie dem Schutz der Kulturlandschaft. Dem Prinzip der flächendeckenden Bejagung im Rahmen des Reviersystems bleiben wir dabei treu. Wir stehen an der Seite der Jägerinnen und Jäger in Niedersachsen. *Wir werden*:

- Jagdzeiten und Jagdmethoden tierschutzgerecht sowie nachhaltig ausgestalten.
- keine Gebühren bei ordnungsgemäßer Aufbewahrung von Waffen bei verdachtsunabhängigen Kontrollen erheben.
- den Katalog der jagdbaren Tierarten nicht weiter einschränken.
- auch weiter zur Fangjagd als wichtigste Methode für den Bodenbrüterschutz stehen.
- uns für ein Miteinander von Jagd und Forstwirtschaft einsetzen – für uns lautet die Devise: „Wald und Wild“.
- Bei der Bekämpfung der vorrückenden afrikanischen Schweinepest (ASP) brauchen wir die Erfahrung der Jägerinnen und Jäger. Sie sind für uns wichtige Partner bei der Bekämpfung der Seuche und der Herstellung von angepassten Schwarzwildbeständen.

Im Jahr 2000 wurde der **Wolf** das erste Mal in Deutschland nachgewiesen und seitdem begleitet und dokumentiert. Das Ergebnis dieser Beobachtung ist deutlich: Seit dem Beginn des Monitorings ist die Anzahl der Wölfe stetig um 30 Prozent pro Jahr gestiegen. Meldungen von vermehrten Übergriffen auf Nutztiere und Sichtungen von Wölfen in dicht besiedelten Gebieten tragen gleichzeitig zur Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung bei. Besonders im ländlichen Raum führt die **wachsende Wolfspopulation** vermehrt zu Konflikten. Wir werden dieser Verunsicherung entgegenwirken, indem wir ein aktives Wolfsmanagement im Einklang mit dem Artenschutz etablieren. *Wir werden daher*:

- Herdenschutzmaßnahmen zum Schutz gegen Wolfsrisse weiterentwickeln, Förderobergrenzen und -inhalte aufheben oder ergänzen und die Regeln zur Beweislast vereinfachen.
- uns für eine wissenschaftlich fundierte und valide Überarbeitung der Kriterien für die regelmäßigen Monitoringberichte einsetzen, damit diese künftig die Reproduktions- und Anpassungsfähigkeit wie auch das Wanderverhalten von Wölfen für eine valide Bewertung stärker berücksichtigen.
- uns dafür einsetzen, dass kurzfristig alle Parameter des günstigen Erhaltungszustands des Wolfs für Deutschland klar definiert werden und eine Untergrenze festgelegt wird, die auch regionalspezifische Aspekte berücksichtigt.
- vom Bund fordern, den günstigen Erhaltungszustand des Wolfs für Deutschland oder einzelne Bundesländer festzustellen, sodass ein aktives Wolfsmanagement im Einklang mit dem Artenschutz in Niedersachsen erfolgen kann.
- uns dafür einsetzen, dass der Wolf europarechtskonform in das Jagdgesetz aufgenommen wird.
- im Sinne des Artenschutzes die Auswirkungen des Wolfs auf andere Wildtiere und die Barrierewirkung von wolfsabweisenden Zäunen auf das Wander- und Ausbreitungsverhalten anderer Tierarten untersuchen.
- uns dafür einsetzen, dass sturmflut- und hochwassergefährdete Küstenregionen zur wolfsfreien Zone erklärt werden und hier der Wolf grundsätzlich entnommen wird. Weidetiere sorgen für den Schutz der Deiche. Wolfsrisse von Schafen führen nicht zuletzt dazu, dass die Festigkeit der Deiche und somit der Schutz der Küsten verloren geht. Dem wollen wir entgegenwirken.

Umwelt und Nachhaltigkeit

Für uns genießt der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage höchste Priorität. Nachhaltige Verantwortung bedeutet, sich für Natur und Umwelt und damit für die in unserem Bundesland lebenden Arten, Tiere und Pflanzen zu engagieren, ihre Lebensräume zu schützen und die biologische Vielfalt zu erhalten. Invasive Arten wie der Waschbär oder die Nutria, aber auch Steppen- und Pampasgras stellen eine Gefahr für die niedersächsische Artenvielfalt dar und müssen konsequent bekämpft werden. Der Bekämpfung der Nutria kommt zudem im Deichschutz eine zentrale Bedeutung zu. Alle unsere umweltpolitischen Anstrengungen gelten einem besonderen Ziel: **Wir bewahren unsere wertvolle Schöpfung.**

Die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist ein in langer Tradition stehender Wesenskern christdemokratischer Politik. Heute sind wir – die CDU in Niedersachsen – die Partei des **Niedersächsischen Weges**. Die Partei, die die nicht immer kongruenten Interessen von Umweltschutz und Landwirtschaft zum Ausgleich bringt. Wir glauben dabei an die Vernunft der Menschen und setzen neben den notwendigen Regelungen auf Kooperation, Konsens und Eigenverantwortung. Mit dieser Vereinbarung von Naturschutz- und Umweltverbänden auf der einen und Landwirtinnen und Landwirten auf der anderen Seite setzen wir auf Anreize statt nur auf das Ordnungsrecht. In vielen Bereichen haben wir bereits gezeigt, dass mit diesem Weg noch viel mehr zu erreichen ist. *Wir werden daher:*

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- den Niedersächsischen Weg konsequent umsetzen, die bürokratischen Hürden beseitigen und die Förderung ausbauen.
- Blühstreifenprogramme ausbauen und um Maßnahmen zur Biotopvernetzung erweitern. Dadurch wird die Artenvielfalt insbesondere mit Blick auf heimische Insekten und Wildbienen gefördert.
- Umweltschecks an Vereine und Organisationen vergeben, um die Natur in die Stadt zu bringen. Mit den Einnahmen können Umwelt- und Naturprojekte etabliert werden.
- durch die Stärkung des Vertragsnaturschutzes mit Flächeneigentümern das Artensterben und den Verlust der Biodiversität verringern.
- uns für einen fairen Interessenausgleich zwischen dem Schutz und der Nutzung unserer Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer und Harz sowie des Biosphärenreservats Niedersächsische Elbtalaue einsetzen.
- wirtschaftliche Impulse hinsichtlich des Tourismus und der begleitenden Infrastruktur des Biosphärenreservats Niedersächsische Elbtalaue schaffen.
- unsere National- und Naturparks sowie die Natur- und Landschaftsschutzgebiete finanziell unterstützen.
- Insektenschutzprogramme in den Staatsforsten fördern.
- ein Modellprojekt für den Artenschutz auf Flächen-Photovoltaikanlagen etablieren. Solarparks können so zu Rückzugsorten für Tiere und Pflanzen werden.
- die Naturschutzberatung stärken und ausbauen.
- eine Modellregion für gemeinsamen Arten- und Umweltschutz etablieren.
- aufbauend auf der Forschung des Helmholtz-Instituts für Funktionelle Marine Biodiversität (HIFMB) Initiativen zum Artenschutz unterstützen.
- uns für mehr Dach- und Fassadenbegrünung und das systematische Entsiegeln von Flächen einsetzen. Insekten erhalten somit einen neuen Lebensraum, gleichzeitig verringern diese Flächen die Aufheizung der Städte.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Tätigkeit ist der **Wald**. Er ist Lebensraum für viele Pflanzen- und Tierarten sowie Erholungsraum für die Menschen. Er ist aber auch Treibhausgas-senker und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ein Viertel der Landesfläche in Niedersachsen ist bewaldet. Ob Natur-, Klima- und Wasserschutz, ob Wirtschaft oder Erholung: Niedersachsens Wälder sind vielfältig hinsichtlich ihrer Funktionen. Gleichzeitig sehen wir auch, wie etwa der Borkenkäfer als Folge der globalen Erwärmung dem Wald Jahr für Jahr mehr zusetzt. Langfristig müssen wir unsere **Wälder stärker schützen**, um Erholung, Wirtschaften und Schutz der Umwelt weiterhin gewährleisten zu können. *Daher werden wir:*

- umfassende Aufforstungsprogramme in Niedersachsen starten. Dies gilt besonders für die Regionen in Harz und Heide.
- in Abstimmung mit der Wissenschaft und der Praxis einen resilienten und stabilen Waldumbau ermöglichen, um auch nachfolgenden Generationen im Klimawandel das Handeln im Gleichgewicht von Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu garantieren.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt stärken und die Mittelausstattung erhöhen, um mehr Pflanzenforschung für den Wald im Rahmen des Klimawandels zu gewährleisten. Niedersachsen soll mit seiner Versuchsanstalt eine führende Position im Bereich Pflanzenforschung in Deutschland einnehmen.
- die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse und die land- und forstwirtschaftlichen Familienbetriebe weiterhin beim Aufbau eines klimaangepassten Waldes tatkräftig unterstützen.
- die Entwicklung eines anerkannten, handelbaren Zertifikats für die Kohlenstoffspeicherleistung des Waldes fördern.
- ein Förderprogramm für urbane Baumpflanzungen einführen. Somit wollen wir vorantreiben, dass auch in den urbanen Regionen Bäume gepflanzt werden und zur Reinigung der Luft beitragen.

Niedersachsen ist auch geprägt von vielen Mooregebieten, die vielen Pflanzen- und Tierarten Schutz bieten. **Moore** sind, wie Wälder auch, hervorragende CO₂-Speicher. Zur Erreichung unserer Klimaziele ist ein effektiver Moorschutz daher essenziell. Ohne die notwendige Vernässung der Moore gelingt CO₂-Speicherung allerdings nicht und der Kohlenstoff wird direkt wieder freigesetzt. Hier ist uns bewusst: Eine effektive Moorschutzstrategie können wir nur mit allen Menschen in Niedersachsen gemeinsam schaffen. *Daher werden wir:*

- eine Moorschutzstrategie in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Niedersachsen, den Naturschutzverbänden und den Landwirten analog dem Niedersächsischen Weg etablieren und das Thema ganzheitlich und vor allem mit Blick auf mögliche Interessenkonflikte betrachten. Es gilt dort anzufangen, wo die Wiedervernässung einfach umzusetzen ist. Wir werden sie nur mit einem umfassenden Nachteilsausgleich, einer Flurbereinigung und einem in einem Beteiligungsverfahren erarbeiteten Konzept umsetzen.
- ein Reallabor Moor einrichten und dieses mit den niedersächsischen Moormuseen vernetzen. Hierdurch wollen wir zu einem breiteren Verständnis für den Moorschutz sowie die Bedeutung eines lebendigen Moores für Wirtschaft und Gesellschaft schaffen.
- ein Förderprogramm zur langfristigen Unterstützung der Produktion von Torfmoor und zur Erforschung von Ersatzstoffen einbringen.

Neben einer Wiedervernässung der Moore streben wir ein klima- und umweltgerechtes **Flächenmanagement** an. Zusammenhängende Gebiete können so renaturiert und natürlicher Nutzung zugeführt werden. *Wir werden daher:*

- Brachflächenimmobilien besser umnutzen, zum Beispiel für Freiflächen-Photovoltaikanlagen.
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen konzentrieren, um bestehende Flächen weiter aufzuwerten. In Verbindung mit dem Niedersächsischen Weg bieten sich dafür Gewässerrandstreifen an.

Unser Ziel muss es sein, alle natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und ressourcenzuficient zu wirtschaften. Wir werden dabei der Lebensmittelverschwendung Einhalt gebieten

und die Wiederverwendung von Rohstoffen und Produkten fördern. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir hierbei auf das **Wasser**. Es ist die Grundlage allen Lebens. Wir brauchen eine langfristige Strategie, die private wie wirtschaftliche und industrielle Nutzung regelt. Auch hier spielen neue und nachhaltige Technologien und Methoden eine Schlüsselrolle. „Water Re-Use“, die intelligente Wasserwiederverwendung, ist ein wesentliches Element, um Wasserknappheit zu verhindern und vorzubeugen. Die Folgen des Klimawandels werden in der Debatte über die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser spürbar. *Wir werden daher:*

- den Wasserschutz als landespolitische Querschnittsaufgabe definieren.
- durch Beratung und Kontrolle der Vorgaben aus dem Düngerecht die Qualität von Grund- und Trinkwasser signifikant verbessern.
- den erfolgreichen und kooperativen Gewässerschutz in Niedersachsen ausbauen.
- die vierte Reinigungsstufe bei Kläranlagen landesweit einführen.
- die Wiederverwendung von Abwasser und Brauchwasser (Re-Use) fördern.
- in Genehmigungsverfahren systematisch Grundwasserspeicher schützen. Die Versorgungskonzepte der Trinkwasserversorgung müssen angepasst werden. Damit dies möglich ist, werden wasserrechtliche Verfahren deutlich schneller durchgeführt. In Zeiten von Wasserknappheit werden wir die Verschwendung von Trinkwasser einschränken.
- Maßnahmen zur Verbesserung des regionalen Wassermengen-Managements einführen. Dafür werden wir die rechtlichen Voraussetzungen und eine finanzielle Förderung solcher Konzepte und konkreter Maßnahmen schaffen.
- eine Erweiterung der Innerste-Talsperre im Harz auf den Weg bringen. Hiermit können neben der Speicherung von Energie größere Trinkwasserreserven angelegt werden. Zudem wird dies ein Beitrag zu mehr Hochwasserschutz und zur Niedrigwasseraufhöhung sein. Zu diesem Zweck wollen wir die Forschung mit Blick auf das EU-finanzierte Projekt „Energie- und Wasserspeicher Harz“ der Technischen Universitäten Clausthal und Braunschweig sowie der Ostfalia Hochschule ausweiten und in den praktischen Wasserschutz einfließen lassen.
- ein Netz von intelligenter Wasserhaltung aufbauen. Um auch in Zukunft ganzjährig genügend Wasser in der Fläche zu haben, müssen wir das Wassermanagement neu denken. Die hydraulische Leistungsfähigkeit der Gräben sowohl für trockene Zeiten als auch zum Hochwasserschutz flexibel regulieren.
- Kooperationen von Beregnungs- und Unterhaltungsverbänden, Wasserversorgern und Kreisen zum Wassermanagement und zur Umsetzung der Wasserversorgungskonzepte fördern.
- die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe, der Biologisierung der Wirtschaft sowie der klimagerechten Ausgestaltung von Pflanzenbau und Tierhaltung bei Forschungsschwerpunkten in der Agrar- und Klimaforschung stärker berücksichtigen und um Fragen des Wassermanagements ergänzen. Hierzu sollen u.a. Netzwerke wie das Netzwerk Nachwachsende Rohstoffe (3N) und das Agrotech Valley stärker vernetzt und anwendungs- sowie transferorientiert ausgerichtet werden.

Klimaschutz

Die **Bewahrung unseres Planeten und seines Ökosystems für nachfolgende Generationen** und damit der **Schutz von Flora und Fauna** sind existenzielle Herausforderungen der Zukunft. Die klimatischen Veränderungen stellen unsere Gesellschaft bereits jetzt vor große ökologische, ökonomische und soziale Aufgaben. Es braucht schnelles und konsequentes Handeln.

In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Unwetterkatastrophen mit größeren Schäden für Mensch und Umwelt signifikant zugenommen. Ob **Starkregen und Hochwasser** oder anhaltende **Dürren** in den Sommermonaten – der Klimawandel prägt bereits jetzt unsere Gegenwart. Wir müssen jetzt die notwendigen Schritte ergreifen, um die Folgen des Klimawandels in Niedersachsen zu minimieren.

Um dem **Klimawandel** entgegenzuwirken, müssen die Gesamtemissionen gemindert werden, damit perspektivisch Treibhausgasneutralität erreicht wird. Der öffentliche Sektor hat hier eine Vorbildfunktion. Deswegen sollen ehrgeizige Reduktionsziele gerade für die Landesverwaltung gelten, um das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis zum Jahr 2040 umzusetzen. Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Schaffung eines treibhausgasneutralen Fuhrparks muss das Land vorangehen. Es soll uns gelingen, den Energie- und Wasserstoffbedarf in ganz Niedersachsen aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2040 vollständig zu decken. Die natürlichen Kapazitäten der Kohlenstoffspeicherung müssen dabei weiterhin erhalten und darüber hinaus ausgebaut werden. Diese grundlegenden Forderungen finden sich auch im **Niedersächsischen Klimaschutzgesetz** (NKlimaG) wieder, das wir maßgeblich mitgeprägt haben.

Parallel muss uns die **Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität** gelingen. Eine zeitgemäße und effektive Klimapolitik kann nicht ohne ein wirtschaftspolitisches Fundament funktionieren. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass Klimaschutz auch volkswirtschaftlich sinnvoll und effizient umgesetzt wird und nicht ideologisch geprägt ist. Hierfür ist **Technologieoffenheit** ein notwendiger Schlüssel. Es sind die Unternehmen, die den technologischen Wandel praktisch umsetzen. Sie brauchen dafür nicht nur den notwendigen Freiraum, sondern auch konkrete Unterstützung.

Ein erfolgreicher und bürgernaher Klimaschutz lässt sich nur gemeinsam erreichen. Kommunen, Umwelt- und Naturschutzverbände, Landwirtinnen und Landwirte, die Wirtschaft, der Tourismus und alle Menschen in Niedersachsen sind dazu aufgefordert, die heutigen und zukünftigen Probleme beim Klimaschutz gemeinsam zu bewältigen und nachhaltig zu lösen.

Um den Weg hin zur Klimaneutralität zu gestalten, wollen wir mit **nachhaltigen Investitionen** dem Klimawandel entgegenwirken und starke Akzente setzen. *Deshalb werden wir:*

- Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe verstehen, die bei allen Entscheidungen der Regierung im Dialog mit den Menschen in Niedersachsen berücksichtigt werden muss. In diesem Zusammenhang wollen wir die Gesetzesfolgenabschätzung zu einem Nachhaltigkeits-Check weiterentwickeln.

- eine neue Organisationsform für Klimaschutz, Verkehr und Landesentwicklung in enger Absprache mit den Personalräten aufbauen, die es erlaubt, zusätzliches Planungspersonal zu gewinnen und Synergien zu nutzen. Mit einem umfassenden Ansatz nachhaltiger Landesentwicklung wird sie konsequent Pläne zum Klimaschutz und zu Einsparungsmöglichkeiten entwickeln.
- Mit Investitionen von mindestens 1 Mrd. Euro in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und effiziente CO₂-Reduzierung schaffen.
- einen Klimafonds bei der NBank einrichten, mit dem klimafreundliche Maßnahmen in ganz Niedersachsen gefördert werden.
- neue Modelle für Investitionen der öffentlichen Hand wie „Contracting“ zur Sanierung öffentlicher Gebäude ausweiten.
- die niedersächsische Klimaschutz- und Energieagentur weiter stärken. Dadurch haben wir die Möglichkeit, die Unternehmen bei der Transformation ihrer Geschäftsmodelle hin zur Klimaneutralität effektiv zu unterstützen.
- Niedersachsen zum Solarland fortentwickeln, um mehr Photovoltaik- und Solarthermieanlagen in die Fläche zu bringen.
- gemeinsam mit den kommunalen Verbänden eine Klimaanpassungsstrategie entwickeln.
- durch Impulse in der Material- und Werkstoffforschung sowie in der Mobilitäts- und Fahrzeugforschung neue Transferpotentiale für eine ressourcenschonendere Mobilität und Produktion zu identifizieren und zu nutzen.
- verpflichtende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Bau von Radwegen und von Anlagen zur Produktion und Weiterleitung von erneuerbaren Energien abschaffen.

Gerade bei der **Sanierung öffentlicher Gebäude** erwarten die Menschen in Niedersachsen, dass Land und Kommunen entsprechend klimabewusst agieren und die neuesten Standards berücksichtigen. *Deshalb werden wir:*

- eine umfassende klimagerechte und wirtschaftliche Sanierung der Landesliegenschaften durchführen. Wir werden mit den Landesliegenschaften Vorreiter in der Klimaneutralität sein und dabei innovative Energiekonzepte umsetzen. Die Verwaltungsgebäude in Niedersachsen, bei denen es wirtschaftlich und technisch möglich ist, werden bei anstehenden Renovierungen und Sanierungen mit Photovoltaikanlagen, einer Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Mikroklimas und E-Ladesäulen ausgerüstet.
- die Kommunen in Niedersachsen beim Einstieg in das kommunale Energiemanagement (Energetische Stadtsanierung) unterstützen. Wir werden den Zuschuss des Landes für das Förderprogramm verdoppeln.

Um den Klimaschutz in unserem Land effizient voranzutreiben, bedarf es neben der finanziellen Unterstützung und Förderung durch das Land einer guten **Vernetzung und Beratung** der betreffenden Akteure. *Daher werden wir:*

- Unternehmen beim Einsatz von Green-IT beratend zur Seite stehen. Gerade die Digitalisierung kann Ressourcen schonen und Energie sparen – beispielsweise durch digitale Videokonferenzen statt Dienstreisen.
- beim Prozess notwendiger Dekarbonisierung Wirtschaft und Wissenschaft miteinander vernetzen. Diese Innovationscluster steigern die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.
- dafür sorgen, dass Teile der Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikatehandel an Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sowie an Landwirtinnen und Landwirte abgegeben werden, damit diese es in klimafreundliche Projekte reinvestieren können.
- in mehreren branchenorientierten Dekarbonisierungs-Clustern in Niedersachsen engagierte Akteure wie Universitäten, Forschungsinstitute, Landespolitik, Wirtschaftsverbände und Unternehmen miteinander verbinden. So profitieren alle von engem Austausch, innovativen Prozessveränderungen, nachhaltigen Produktionsverfahren und optimierten Wertschöpfungsketten.

Die jüngsten Starkregenereignisse wie im Juli 2021 im Ahrtal zeigen uns, welche Auswirkungen Hochwasser auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und auf das gesellschaftliche Leben ganzer Regionen haben kann. Niedersachsen ist mit seinen Küsten und landwirtschaftlichen Nutzflächen vom Klimawandel besonders betroffen. Rund 14 Prozent der Landesfläche sind sturmflutgefährdete Gebiete. Daher müssen **präventive Maßnahmen** und die **Klimafolgenanpassung** oberste Priorität haben. *Deshalb werden wir:*

- die Verbesserung des Hochwasserschutzes durch den Erlass eines eigenen Planungsbeschleunigungsgesetzes vorantreiben und die Mittel für den Hochwasserschutz erhöhen.
- in Zusammenarbeit mit den Deich-, Wasser- und Bodenverbänden ein integriertes Küstenschutzmanagement auf den Weg bringen. Hier werden auf Grundlage von ökologischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situationen im Küstenbereich Handlungsempfehlungen vorgebracht.
- zukünftig die Schutzfunktion der niedersächsischen Nordseeinseln für das Festland in die mittelfristige Finanzplanung aufnehmen.
- den Küstenschutz zusammen mit allen Deichverbänden entsprechend verstärken. Steigende Meeresspiegel und Unwetterkatastrophen bedingen einen stärkeren Schutz der Küsten.
- die Investitionen in den Hochwasserschutz im Binnenland nachhaltig erhöhen.
- die Eingriffsregelung bei Deicherhaltung und Deichbau bezüglich der naturschutzfachlichen Kompensation neu bewerten und diesen Maßnahmen einen Sonderstatus einräumen, der sie aufgrund der Relevanz des Bevölkerungsschutzes von der Kompensationspflicht befreit.
- vermehrt Flächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz durch Etablierung von Anreizsystemen für Landwirtinnen und Landwirte sowie Flächeneigentümerinnen und -eigentümer gewinnen. Durch gezielte Planung von Überschwemmungsgebieten können wir auftretende Hochwasser abmildern und einen bedeutenden Beitrag zum Bevölkerungsschutz leisten.

- die Vernetzung der Deutschen Allianz für Meeresforschung (DAM), des Forschungsverbunds „Gute Küste“ und des Instituts für historische Küstenforschung ausbauen und weitere Akteure hinzuziehen, um Herausforderungen des Küstenschutzes künftig noch effektiver zu begegnen.

Neue Wege in der Energieversorgung

Die Ereignisse rund um den Krieg in der Ukraine haben uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, bei der Energieerzeugung und dem Import von Energie unabhängiger zu werden. Steigende Energiepreise für Erdgas, Strom, Benzin und Diesel treffen Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher gleichermaßen. Für die Menschen im Flächenland Niedersachsen, insbesondere für diejenigen, die tagtäglich auf ihr Auto angewiesen sind, bedeuten die aktuellen Preisentwicklungen eine massive zusätzliche Belastung. Das Bemühen um mehr Nachhaltigkeit einerseits und das Ziel bezahlbarer Energie zu sozial akzeptablen Preisen andererseits müssen wir klug miteinander in Einklang bringen. **Wir werden nicht zulassen, dass Energiekosten zur neuen sozialen Frage werden**, die zu gesellschaftlicher Spaltung und Entfremdung führt.

Unser Ziel ist eine **verlässliche, sichere, diversifizierte und bezahlbare Energieversorgung** für Niedersachsen. Unser Land bringt dafür alle notwendigen Voraussetzungen mit. Niedersachsen bietet einerseits vielfältige Möglichkeiten, erneuerbare Energien in großem Umfang selbst zu erzeugen. Andererseits ist unsere vielfältige Hafeninfrastruktur mit guter Anbindung an das Hinterland ein großer Standortvorteil bei der Energieversorgung durch unsere internationalen Partner. Diese Infrastruktur wollen wir ausbauen, damit verschiedene Energieträger in großem Umfang aus der ganzen Welt angeliefert, verarbeitet, veredelt und verteilt werden können.

Mit einer ehrgeizigen energiepolitischen Agenda wollen wir diese Potenziale unseres Bundeslandes heben und Niedersachsen zum **Energieland Nummer eins** in Deutschland machen. Die Abhängigkeit bei unserer Gasversorgung von einigen wenigen Staaten, vor allem von Russland, müssen wir so schnell wie möglich reduzieren. Unser Ziel ist es, **bis Ende 2023 völlig unabhängig von russischem Erdgas, russischem Erdöl und russischer Kohle** zu werden. Wir müssen die infrastrukturellen und logistischen Voraussetzungen schaffen, um Erdgas mittelfristig zu substituieren und durch grüne Energieträger wie etwa **ökologisch nachhaltig erzeugten, grünen Wasserstoff H₂** zu ersetzen. *Wir werden:*

- gemeinsam mit dem Bund umfangreiche Investitionen in die geeigneten niedersächsischen Häfen Wilhelmshaven und Stade tätigen und sie für die Aufnahme von Liquid Natural Gas (LNG) und auch Biogas deutlich ertüchtigen.
- uns dafür einsetzen, dass die LNG-Terminals möglichst schnell errichtet werden und die schnellstmögliche Umsetzung somit erreicht wird.
- die konventionellen Explorationsmöglichkeiten von Erdgas in Niedersachsen erweitern und neue Fördergenehmigungen erteilen; die sensiblen Bereiche des niedersächsischen Wattenmeers sowie die niedersächsischen Wasserschutzgebiete bleiben davon weiterhin ausgenommen. Lokal gefördertes Erdgas nach deutschen

Standards weist einen geringeren CO₂-Fußabdruck auf als Gas, das über weite Distanzen angeliefert werden muss.

- alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um bestehende Gasspeicher, wenn es im Interesse der Versorgungssicherheit geboten ist, in Niedersachsen wieder in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen.
- Cluster für Speichertechnologien aufsetzen. „Power to Gas“ sowie weitere neue Technologien schaffen Möglichkeiten längerfristiger Speicherung von überschüssiger Energie. Gemeinsam mit unseren Nachbarländern im Norden und Westen werden wir dafür Technologien und Kompetenzen entwickeln. Hierfür werden wir einen gemeinsamen Forschungscluster aufbauen. Zur Bündelung von Synergieeffekten werden wir Unternehmenspartnerschaften unterstützen.
- die Erzeugung von grünem Wasserstoff H₂ schnell und exponentiell vorantreiben. Grüner Wasserstoff – erzeugt insbesondere durch Offshore-Windkraft aber auch Onshore-Windkraft sowie Sonnenenergie an unseren Küsten – ist eines der vielversprechendsten Energieprojekte des Landes. Deswegen werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes Niedersachsen finanziell systematisch, zielgerichtet und konsequent in die Umsetzung bringen.
- einen besonderen Schwerpunkt auf die Technologie „Power to Liquid“ legen – hier kann erneuerbare Energie in flüssige Kraftstoffe überführt werden.
- die Förderung für aus Biomasse erzeugtes Gas stärker in den Blick nehmen. Es gibt ein großes, noch nicht erschlossenes Potenzial an Alternativen zu nachwachsenden Rohstoffen (insbesondere Gülle, Stroh, Grünlandaufwuchs). Bei entsprechenden Anreizen im EEG und flankierenden Änderungen im Genehmigungsrecht werden diese Potenziale gehoben.

Für eine erfolgreiche Energiewende ist ein breiter Mix zur Energieerzeugung notwendig. Unser Fokus liegt hierbei auf den erneuerbaren Energien wie Windkraft – offshore und onshore –, Photovoltaik und Erdwärme. Gegenwärtig scheitert der **Ausbau der erneuerbaren Energien** weniger an mangelnden Investitionsmitteln oder schlechter Wirtschaftlichkeit. Häufig sind es genehmigungsrechtliche Auflagen und langwierige Planungsprozesse, die den Ausbau behindern. *Wir werden daher:*

- zur Beschleunigung der Planungen und Genehmigungen auf Landesebene eine zentrale Stelle aufbauen, die die Behörden vor Ort unterstützt, die Genehmigung überregionaler Projekte übernimmt und die Umsetzung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien priorisiert, beschleunigt und überwacht.
- die Genehmigungsaufgaben für Windkraft, Photovoltaik und Erdwärme in der Zuständigkeit des Landes senken.
- die Genehmigungsverfahren konsequent digitalisieren und klare und einheitliche Vorgaben für den Umgang mit artenschutzrechtlichen Regelungen festlegen.
- einen Niedersächsischen Strom- und Gaspreisbonus für die hier erzeugte Energie durch unterschiedliche Energieproduktionen etablieren.
- eine Änderung der bundesgesetzlichen Vorschriften für den reibungslosen Umbau der Energienetze initiieren und dadurch den Aus- und Umbau von Strom-, Gas- und

Wasserstoff- und Wärmenetzen beschleunigen und bürokratische Hemmnisse abbauen.

- gegenüber dem Bund fordern, neue Beteiligungsformen bei Energieprojekten auf eine rechtlich solide Grundlage zu stellen, sodass es für möglichst viele Menschen niederschwellig möglich wird, sich an Energieprojekten zu beteiligen und von deren Erträgen zu profitieren.

Aus niedersächsischer Perspektive spielt die **Windkraft** eine entscheidende Rolle für die Energiegewinnung. Wir werden Windkraftanlagen an geeigneten Standorten massiv ausbauen. Um die Belastung für die Wohnbevölkerung dabei zu begrenzen, werden wir feste Abstandsregelungen zu Siedlungsstrukturen fortentwickeln, nach dem Grundsatz „weg von der Wohnbebauung, rein in den Naturraum“. Wir bekennen uns zu den nationalen, europäischen und internationalen Klimazielen. Als wichtiger Beitrag dazu müssen wir die Leistung der Windenergieanlagen in Niedersachsen in den nächsten Jahren verdoppeln. *Wir werden daher:*

- den Ausbau von Offshore- und Onshore-Energieanlagen weiter vorantreiben. Bei der Offshore-Windkraft wollen wir eine verbindliche Planung mit rascher Umsetzung für den beschleunigten Ausbau von Windparks vor der niedersächsischen Nordseeküste.
- erweiterte Optionen beim Repowering nutzen, um die flächenschonende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu erhöhen.
- den Ausbau der Windkraft im Wald stärken. Ausgeschlossen werden sollen dabei Waldflächen mit festgelegten Schutzgebietskulissen (wie z. B. Nationalparke, Naturschutz-, Vogelschutz-, Natura2000-Gebiete, Biosphärenreservate u. a.). Gerade weniger wertvolle Waldflächen, die durch Stürme und Schädlinge geschwächt sind, eignen sich dafür. Erträge hieraus werden an anderer Stelle zur Wiederaufforstung genutzt werden.
- über den Bundesrat eine Öffnung des Bundesnaturschutzgesetzes anstreben, damit zukünftig Klimaschutzmaßnahmen wie der Bau von Windrädern im Naturraum nicht mehr durch einen absoluten Artenschutz verhindert werden.
- Zudem Windräder mit einer Höhe zwischen 15 und 50 Metern Gesamthöhe dem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren unterwerfen.
- die Planungshoheit der Kommunen stärken. Gleichzeitig sehen wir sehr große Teile der Landesfläche als potenzielle Windkraftflächen vor. Flächenziele und Erwirtschaftungsziele sind gleichermaßen zu betrachten. Das Land soll hierbei den Kommunen mit fachlicher Begleitung und Rechtsaufsicht beiseite stehen.
- die Kommunen stärker an den Windkrafterträgen beteiligen.
- Windkraftanlagen entlang bereits vorhandener Infrastruktur bauen. So könnten Windkraftanlagen entlang von Bahnstrecken oder Autobahnen errichtet werden. Industriegebiete oder Unternehmensgelände bieten ebenfalls gute Möglichkeiten, um den Ausbau zu beschleunigen.
- die Inanspruchnahme von Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Bau von Windkraftanlagen mit Rücksicht auf die Landwirtschaft verringern. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden daher zukünftig nur noch finanziell abgegolten.

Neben der Windkraft ist die **Photovoltaik** eine Schlüsseltechnologie für eine gelingende Energiewende. Bislang wurden die Möglichkeiten, mit Photovoltaik Energie zu erzeugen, nicht ausgeschöpft. Auch hier muss es eine ehrgeizige Ausbau-Offensive geben. *Wir werden daher:*

- in Zusammenarbeit mit dem Bund die Förderprogramme für den Ausbau der Photovoltaik auf privaten Gebäuden und Gewerbeimmobilien effektiver, weniger bürokratisch und für die Bauherren wirtschaftlicher gestalten.
- die raumordnerische Freiheit sowohl für das Land als auch für die kommunale Ebene für Photovoltaikflächen sinnvoll ausweiten. Die Belange der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit verdienen dabei eine besondere Berücksichtigung. Es gilt in jedem Fall, eine Flächenkonkurrenz zu vermeiden, um den Faktor Boden für unsere Landwirtinnen und Landwirte nicht weiter zu verteuern.
- den Bau von Photovoltaikfreiflächenanlagen an großen Infrastrukturtrassen wie Autobahnen oder Bahnstrecken durch eine „Task Force Solarkraft“ bei der Planung und Umsetzung unterstützen.

Biogas und Wasserkraft sind stetige Energien, die wichtiger Rückhalt des Energiesystems der Zukunft sind. Niedersachsen ist führendes Biogasland mit zukunftsfähig aufgestellten Anlagen, die flexibel Wind- und Sonnenenergie ergänzen können. *Daher werden wir:*

- Mist, Gülle, landwirtschaftliche Reststoffe mit vielfältiger Anbaubiomasse für die Energieerzeugung nutzen und werden die entsprechenden regulatorischen Voraussetzungen in Landesverordnungen schaffen, sowie notwendige Änderungen auf Bundesebene anregen.
- Gassammelleitungen forcieren, sowohl baurechtlich als auch durch entsprechende Förderrichtlinien, um heimisches Biogas im Gasnetz zu sammeln.
- beim Redispatch unterstützen, dass Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen nachrangig geschaltet werden, damit regionale Wärmenetze immer bedient werden können.
- vorhandene Potenziale erhalten.
- neue Techniken fördern und umsetzen wie beim Forschungskraftwerk Bannetze im Landkreis Celle.
- Weitere Potenziale von Wasserkraft nach wissenschaftlichen Studien der TU Braunschweig prüfen und gegebenenfalls heben.

Niedersachsen bietet aufgrund seiner geologischen Gegebenheiten vielfältige Möglichkeiten, um **Geothermie** zur Wärmegewinnung anzuwenden. Wir werden auch diese Form der Erzeugung erneuerbarer Energien stärker in den Fokus rücken. *Daher werden wir:*

- gezielte Förderprogramme für die Erkundung für geothermische Projekte in Niedersachsen auflegen.
- Pilot- und Demonstrationsvorhaben mit den Energieversorgern und der Wohnungswirtschaft auflegen.

Für die Zukunft ist es essenziell, dass regenerative Energiequellen effizienter genutzt werden. Strom aus den Leistungsspitzen der Wind- und Sonnenenergie muss in wind- und

sonnenarmen Zeiten zur Verfügung gestellt werden können. Hierzu braucht es geeignete **Speicherlösungen**. *Wir werden daher:*

- Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, Biogas als Speichertechnologie zu nutzen.
- zentrale wie auch dezentrale Modellprojekte zur effizienten Energiespeicherung fördern. Für eine sichere Speicherung setzen wir auf ein Gesamtkonzept unterschiedlicher Speichertechnologien mit je spezifischen Stärken und Nutzungsarten. Wir sind offen für neue, innovative Formen der Energiespeicherung und unterstützen die dazugehörige Forschung und Entwicklung.
- private Haushalte bei der Anschaffung von Speicherlösungen finanziell unterstützen.
- die Energiespeicherung im Harz vorantreiben. Dort haben wir gute Möglichkeiten, mithilfe von Talsperren Energie zu speichern.
- zusätzlich Forschungsaktivitäten in den Bereichen Energiespeicherung und Batterie-recycling fördern, um die Versorgungssicherheit zu stärken.

Ein wichtiger Baustein unserer Energiepolitik ist die **Energieeffizienz**. Sowohl die Speicherung und Verwendung von Energie als auch die Transportprozesse müssen effizienter werden. Hier sind wir schon sehr weit gekommen, gleichwohl gibt es weitere Einsparmöglichkeiten, die wir flächendeckend einführen wollen. *Wir werden daher:*

- eine Energieeffizienzstrategie für alle Verbrauchssektoren aufstellen – unter Einbezug der Industrie, des Handwerks, der öffentlichen Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger.
- intelligente Heizungssteuerungen fördern, da mit diesen zügig bis zu 30 Prozent des Energieverbrauchs im privaten Bereich eingespart werden können.
- Smart Grids für eine intelligente Steuerung und Nutzung erneuerbarer Energien etablieren. Mit Smart Grids werden wir sowohl die Stromeinspeisung als auch die Nachfrage verbessern.
- die Energieberatung vor Ort weiter fördern und ausbauen. Eine individuelle Energieberatung soll helfen, die für jedes Gebäude richtige Lösung zu finden. Ein enger Austausch von Energieberatung und kommunaler Wärmeplanung trägt dazu bei, verlässliche und planungssichere Investitionsentscheidungen zu treffen und die Versorgung durch erneuerbare Energien und die energetische Ertüchtigung der Gebäude sinnvoll aufeinander abzustimmen. Mit gezielter Aufklärung werden wir die Vorteile einer klimafreundlichen Wärmeversorgung herausstellen und über Fördermöglichkeiten informieren.

Die Energiewende fängt zu Hause an. Die dezentrale **Energieerzeugung vor Ort** ist unerlässlich für eine effiziente und nachhaltige Energiepolitik. Kommunale Energieversorger und Dienstleister sind hier besonders gefordert und verdienen unsere besondere Unterstützung. *Wir werden daher:*

- die Rahmenbedingungen für die kommunalen Energieversorger verbessern, indem wir sie darin unterstützen, durch die Modernisierung der Netze, die Integration der

erneuerbaren Energien und den Ausbau der dezentralen Erzeugung die Versorgung zu sichern.

- dezentrale Betreiberstrukturen und Investitionsmodelle mit Unterstützung der NBank etablieren.
- lokale und regionale Initiativen zur Umsetzung der Energiewende unterstützen und fördern. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.
- den Ausbau von Wärmenetzen mit hohen Anteilen regenerativer Energien unterstützen und bei der Energieversorgung nicht mehr nur das einzelne Gebäude in den Blick nehmen, sondern das gesamte Quartier. Bei der Planung von neuen Wohnquartieren soll es Standard werden, Quartierslösungen bei der Energieversorgung vorzusehen.
- den Kommunen bei der Entwicklung lokaler Wärme- und Kältenetze für eine technologieoffene und passgenaue Strategie bei der klimaneutralen Wärmeversorgung zur Seite stehen. Dabei werden wir die vorhandenen Gasnetze ausdrücklich für den Transport und die Speicherung von grünem Wasserstoff H₂ um- und ausbauen.
- eine kommunale Wärmeleitplanung einführen, um die Wärmenutzung besser zu vernetzen.

Niedersachsen hat über mehrere Jahrzehnte hinweg besondere Belastungen wegen der Kernenergieerzeugung getragen. Vom Bund erwarten wir eine Sicherung des maroden Bergwerks Asse II. Die versprochene Rückholung der atomaren Abfälle muss jetzt zügig eingeleitet werden. Für die generationenübergreifende Aufgabe der Endlagersuche brauchen wir zudem eine dauerhaft sichere Lösung. Wir setzen uns für eine Reduzierung von Transporten atomarer Gebinde ein.

5 WOHNEN UND BAUEN, LANDESENTWICKLUNG UND MODERNE INFRASTRUKTUR IM EINKLANG

Wohnen und Bauen

Niedersachsen ist Heimat für rund acht Millionen Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten. Egal ob in den urbanen Regionen oder im ländlichen Raum, jede Ortschaft und jeder Stadtteil hat etwas zu bieten. Dabei ist aber gerade in den großen Städten und ihrem Umland **bezahlbarer Wohnraum** knapp geworden. Immer mehr Niedersachsen müssen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben. Die Mieten steigen deutlich an, ebenso die Nebenkosten. Die Preise für **Bauland** und Baumaterialien haben vielerorts Rekordniveau erreicht. Sich den Wunsch nach einem Eigenheim zu erfüllen, ist für viele Menschen immer schwieriger zu erreichen. Hinzu kommt die große Aufgabe, den Bereich Wohnen und Bauen **klimaneutral** zu gestalten. Wie wir in Zukunft wohnen und bauen, hat wesentlichen Einfluss darauf, ob wir es schaffen, die langfristigen Klimaziele zu erreichen. Die Menschen sollen überall in Niedersachsen bezahlbaren Wohnraum finden.

Wie Menschen wohnen wollen, ist höchst unterschiedlich. Viele zieht es in die Städte, weil dort die meisten Arbeitsplätze, Bildungseinrichtungen und vielfältige kulturelle Angebote sind. Immer mehr junge Familien entdecken aber auch die Vorzüge des ländlichen Raums

mit seinem intakten sozialen Gefüge, mit seiner Nähe zur Natur und seinen niedrigeren Wohnkosten. Der Bedarf an größerem Wohnraum könnte zunehmen, weil das familiäre Leben wieder stärker innerhalb der eigenen vier Wände stattfindet und das Homeoffice die räumliche Nähe zum Arbeitsplatz unwichtiger gemacht hat. Demgegenüber steht eine älter werdende Gesellschaft mit dem Wunsch nach mehr barrierefreien, kleinen Wohnungen und neuen Formen des Zusammenlebens. Aber auch junge Menschen suchen nach eigenem Wohnraum oder möchten in Wohngemeinschaften leben. Für die Landespolitik heißt das: Wir brauchen mehr **bedarfsgerechten Wohnraum**. Das ist die große Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die Antworten, die wir darauf geben, haben entscheidenden Einfluss auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Niedersachsen ist ein klassisches „Eigenheim-Land“. 58 Prozent aller Wohnungen befinden sich in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Das **eigene Haus** ist nach wie vor das Ziel zahlreicher Menschen, vor allem von jungen Familien. Es ist unser großes Ziel: **Wir bringen die jungen Familien in ihr Wohneigentum**. *Daher werden wir:*

- mit einem niedersächsischen Baukindergeld Familien dabei unterstützen, frühzeitig den Traum vom eigenen Heim zu realisieren. Pro Kind, das im Haushalt gemeldet ist und das zum Zeitpunkt der Antragsstellung das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, erhalten die Familien 12.000 Euro für den Erwerb oder den Bau eines Hauses bzw. einer Wohnung.
- die Grunderwerbssteuer für das erste selbst genutzte Wohneigentum abschaffen.
- im Rahmen der Forschungsförderung „Einfach Bauen“ gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften aus den Haushaltsmitteln des Landes Bauprojekte finanzieren und Modellprojekte aufsetzen, wie mit nachhaltigen Baumaterialien wie zum Beispiel heimischem Holz trotzdem günstig Eigentumsimmobilien geschaffen werden können.
- vom Bund fordern, dass die Zinsen für die Finanzierung von Wohneigentum – wie es auch im gewerblichen Bereich der Fall ist – für zehn Jahre steuerlich absetzbar sind.
- neue Modelle der Eigentumsbildung unterstützen. Dazu gehören beispielsweise das Modell des Mietkaufs oder genossenschaftliche Lösungen. Sie sollen in die Eigentumsförderung des Landes einbezogen werden.

Niedersachsen benötigt mehr **Bauaktivität**. Gegen hohe Miet- und Kaufpreise hilft langfristig nur die Ausweitung des Angebots an Wohnungen und Eigenheimen. Wir lehnen überzogene Instrumente wie beispielsweise einen Mietendeckel ab. Der beste Mieterschutz ist ausreichend vorhandener Wohnraum. Dabei wollen wir in Zusammenarbeit gerade mit den örtlichen Baugenossenschaften, den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, den Kommunen sowie mit den privaten Investoren und Wohnungsbaugesellschaften eine Bauoffensive starten. Eine niedersächsische Landeswohnungsbaugesellschaft wird es mit uns nicht geben, da mehr Bürokratie und komplizierte Behördenstrukturen nicht mehr Wohnungen schaffen. Im Rahmen unserer umfassenden **Wohnungsbaustrategie** werden wir daher:

- die NBank finanziell in die Lage versetzen, ein umfassendes Kreditprogramm aufzulegen, um den Wohnungsbau in Niedersachsen massiv finanziell zu unterstützen.

- die vorhandenen **kommunalen Bau- und Siedlungsgesellschaften** sowie Genossenschaften unterstützen, bei der Gründung neuer helfen und deren Bauaktivitäten sowie jene von privaten Investoren und Wohnungsbaugesellschaften über die NBank massiv fördern.
- uns dafür einsetzen, dass öffentliche und private Wohnungsbaugesellschaften günstig an Grundstücke gelangen, zum Beispiel durch neue Formen und Kombinationen aus Erbbaurecht und Konzeptvergabe. Dadurch können Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten auf die Nutzung des Grundstücks und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum behalten.
- den Erwerb von Genossenschaftsanteilen bei Wohnungsbaugesellschaften fördern.
- uns dafür einsetzen, die steuerliche Abschreibung für Investitionen in den Wohnungsbau zu verbessern.
- den Bau von attraktivem Wohnraum durch den Rückbau von sanierungsbedürftigen Wohnblöcken durch die Kommunen unter Inanspruchnahme der Wohnbauförderung unterstützen.
- in Zusammenarbeit mit dem Bund Anreizsysteme schaffen, um ungenutzte private Wohnflächen und Immobilien dem freien Wohnungsmarkt zuzuführen.
- den Um- und Neubau von barrierefreien Wohnungen explizit vorantreiben und fördern. Dabei wollen wir die Umnutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden zur Schaffung von Wohnraum deutlich vereinfachen.

Um bauen zu können, bedarf es aber auch ausreichender Flächen. In vielen Kommunen ist Bauland knapp. Deshalb ist es von großer Bedeutung, **Bauland** zu bevorraten und den Bestand besser zu nutzen, um mehr Wohnraum zu schaffen. *Wir werden daher:*

- das Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes konsequent umsetzen. Dabei werden wir die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und bei der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützen. Die Bodenbevorratung werden wir fördern sowie Vorkaufsrechte stärken. Zu diesem Zweck werden wir zudem Landesliegenschaften, die für eine Bebauung geeignet sind, verbilligt an die Kommunen zur Baulandentwicklung abgeben.
- die Anforderungen für die Flächenkompensation so ändern, dass mehr Bauland zur Verfügung steht.

Um eine höhere Bauaktivität auf versiegelten Flächen zu ermöglichen, brauchen wir in vielen Teilen des Landes neue Ansätze im **Umgang mit Brachflächen und Bestandsimmobilien**, um die Bauaktivität zu steigern. *Daher werden wir:*

- neue Regeln für die Bestandsentwicklung in Form eines niedersächsischen Umbaurechts etablieren. Für Umbauten in den Innenstädten und Ortskernen und bei der Bebauung von Baulücken werden wir mehr Freistellungen zum Beispiel von Denkmalschutzregeln und Stellplatzvorgaben vorsehen.
- konsequent gegen Leerstand und Zweckentfremdung vorgehen. Nicht bewohnte Wohnungen müssen wir schneller modernisieren und sanieren. Brachliegende

Gewerbeflächen, alte Industrieanlagen, Kasernen in Innenstädten bieten oft Optionen, sie in Wohnraum zu verwandeln und somit auch die Innenstadt nach Geschäftsschluss zu beleben.

- die Aufstockung von Gebäuden und den Ausbau von oberen Dachgeschossen rechtlich vereinfachen und ebenfalls finanziell fördern.

Das niedrige Zinsniveau auf den Finanzmärkten hat dazu beigetragen, dass die öffentliche Förderung des **sozialen Wohnungsbaus** nicht in dem Maße angenommen wurde, wie wir das erhofft hatten. Nach wie vor fallen viele öffentlich geförderte Wohnungen aus der Bindung, weil die Fristen ablaufen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen in unserem Land konnte dies nicht durch neue geförderte Wohnungen kompensiert werden. *Daher werden wir:*

- mithilfe von Wohnungsbaugenossenschaften, kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Investoren preisgünstigen und sozialen Wohnungsbau ausbauen und diesen Ausbau finanziell fördern.
- die Kommunen dabei unterstützen, eine festgelegte Quote für den sozialen Wohnungsbau festzulegen. Dabei trägt die Durchmischung von Quartieren zur sozialen Stabilität bei.
- die Förderbedingungen vor allem mit Blick auf die Zuschussfinanzierung und die Tilgungsbedingungen verbessern.
- uns gegen ein Wiederaufleben der schon einmal gescheiterten Gemeinnützigkeit aussprechen.

Schnelleres, einfacheres und effizienteres Bauen ist nur möglich, wenn wir unsere **Bauverwaltung grundlegend digitaler** gestalten. Abläufe und Prozesse in den kommunalen Bauverwaltungen werden mithilfe der Digitalisierung weitestgehend vereinfacht. Auch Planungs- und Genehmigungsverfahren von Bauvorhaben sollen durch den Abbau von Umsetzungshemmnissen beschleunigt werden. *Wir werden daher:*

- das digitale Bauamt flächendeckend einführen. Dem Beispiel des Landkreises Osnabrück folgend, wollen wir die Bauaufsicht im ganzen Land digitaler gestalten: Der digitale Bauantrag, die digitale Baugenehmigung sowie der elektronische Zugriff auf den Bearbeitungsstand wird das Baugenehmigungsverfahren transparenter gestalten, vereinheitlichen und vor allem beschleunigen.
- die Kommunen beim Aufbau eines digitalen Baulückenkatasters begleiten, mit dem Informationen und Potenziale von nicht genutzten Flächen und Baulücken gebündelt und ausgewiesen werden.
- Building Information Modeling (BIM) als Arbeitsmethode für die vernetzte Planung, den Bau und die Bewirtschaftung von Gebäuden und anderen Bauwerken mithilfe einer Software als Standard etablieren. Dabei werden alle relevanten Bauwerksdaten digital modelliert, kombiniert und erfasst.
- eine optimierte Verfahrensweise der am Genehmigungsverfahren beteiligten Stellen.

- eine Vereinheitlichung der einzureichenden Unterlagen, um Nachforderungen zu vermeiden.
- vereinfachte Verfahrensabläufe im Bereich der Brandschutzprüfung durch einheitliche Standards zu ermöglichen.
- eine Verpflichtung der Baugenehmigungsbehörden zur Durchführung von Antragskonferenzen bei großen Bauvorhaben einführen.
- eine frühzeitige Einbeziehung von prüfenden Planern ermöglichen (z.B. Prüfstatiker).
- einheitliche Verfahrensbestimmungen in der Vergabeordnung für Planungsleistungen (§50 UVgO).

Knappe und teurer werdende Rohstoffe erschweren es zusätzlich, neuen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir müssen **nachhaltiger und innovativer** denken und auch bauen, um dem Rohstoffmangel entgegenzuwirken. Gleichzeitig dürfen sich bezahlbarer Wohnraum und Klimaeffizienz nicht ausschließen. Der Schlüssel zum Erfolg ist, bei der Primärenergie von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzustellen. Wir werden dafür sorgen, dass insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen nicht von diesen Kosten überfordert werden. Am Ende werden die Kosten für Energie für alle günstiger. *Wir werden daher:*

- durch die Fortschreibung unserer Regionalplanung den Abbau von Kies, Sand und Gips in Niedersachsen bedarfsgerecht gestalten.
- durch innovatives Bauen mit nachhaltigen Baumaterialien, die ressourcenschonend produziert und vor allem wiederverwendet werden können, Rohstoffe einsparen.

Verkehr

Mobilität muss für alle sicher, sauber, zuverlässig und bezahlbar sein, für die Menschen in der Stadt wie auf dem Land. Mobilität ermöglicht soziale Teilhabe **für alle. Viele von uns sind beruflich auf eine verlässliche und barrierefreie Verkehrsinfrastruktur angewiesen.**

Niedersachsen ist eine der zentralen Drehscheiben des Warenverkehrs in Europa. **Ob auf der Schiene, auf dem Wasser, auf der Straße oder in der Luft**, die Ansprüche an unsere Verkehrsinfrastruktur sind vielfältig. Um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes stetig zu verbessern, muss auch die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und an die sich permanent verändernden Bedingungen angepasst werden. Darin liegt in dieser Zeit des Umbruchs eine besondere Chance für unser Land.

Unterschiedliche geografische Verhältnisse prägen unser Bundesland. Gerade diese unterschiedlichen Verhältnisse sind eine große Herausforderung für die Planung der niedersächsischen Infrastruktur und für die intelligente Leitung der Verkehre. Die Analyse, Planung und Umsetzung von Verkehrskonzepten und neuen Infrastrukturprogrammen „in einer Hand und aus einer Hand“ ist eines unserer zentralen Anliegen, um den aktuellen und den zukünftigen Ansprüchen an die niedersächsische Verkehrs- und digitale Infrastruktur gerecht zu werden. Wir wollen, dass die Menschen und Waren in Niedersachsen schnell und sicher von einem Ort zum anderen kommen. Wir benötigen **beschleunigte Genehmigungsverfahren**, um schnell und effizient reagieren zu können, und eine verbesserte Strategie,

um Personal für die vielfältigen Planungs- und Bauaufgaben zu gewinnen und zu halten. *Aus diesem Grund werden wir:*

- die Planungskapazitäten ausbauen und das Personal durch gesonderte Zulagen stärken und motivieren.
- wieder in die Ausbildung von Planungs- und Bauingenieuren einsteigen und die Ausbildungs- und Hochschulkapazitäten in diesem Bereich in Niedersachsen ausbauen und stärken.
- eine frühzeitige, dafür aber konzentrierte und zusammengefasste Bürgerbeteiligung in allen Verfahrens- und Planungsschritten festschreiben.
- Erörterungstermine durch planungsbegleitende Moderationsverfahren ersetzen.
- ein vereinfachtes Planungsverfahren für sanierungsbedürftige Brücken einführen.
- ein Maßnahmengesetz auf Landesebene entwerfen, in dem wichtige Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen in planungs- und genehmigungsrechtlicher Hinsicht beschleunigt werden.

Das Verkehrsaufkommen von PKW und LKW auf deutschen Straßen steigt stetig an. Das spiegelt sich auch im niedersächsischen **Straßenverkehr** wider. Wir haben in Niedersachsen viele hochkarätige **Verkehrsprojekte**, die wir als CDU in der vergangenen Legislaturperiode angestoßen und vorangetrieben haben. Daran gilt es in den kommenden Jahren anzuschließen, damit die Menschen in Niedersachsen schnell von A nach B kommen. Denn die Lebensqualität der Menschen hängt auch in entscheidendem Maße von ihrer Mobilität und Erreichbarkeit ab. Mit der **Bundesautobahn 20** plant der Bund den Bau einer der wichtigsten Ost-West-Verbindungen im Norden Deutschlands. Deshalb liegt uns auch eine zügige Abwicklung und Umsetzung der **Bundesautobahn 39** am Herzen. Wir unterstützen darüber hinaus die schnelle Abwicklung und Umsetzung der Lückenschließungen auf den Strecken der **A 26** und **A 33**. Gleichzeitig treiben wir den Ausbau der **Bundesautobahnen A 1, A 2, A 7** und der **E 233** voran. Zudem bilden die über 8.000 Kilometer Landesstraßen neben den Bundesstraßen die Lebensadern Niedersachsens. In den vergangenen Jahren haben wir die Landesmittel für den Erhalt und die Sanierung unserer Straßen aufgestockt. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. *Wir werden:*

- den Ausbau von Bundesfernstraßen weiter vorantreiben und bereits bestehende Projekte vorzugsweise bei Ortsdurchfahrten beschleunigen, um so den Verkehrsdruck in den Innenstädten zu verringern.
- die für den Ausbau und die Sanierung der Landesstraßen zur Verfügung stehenden Landesmittel weiter aufstocken. Einen Teil der Investitionen werden wir auf ein spezielles Ortsdurchfahrten-Programm konzentrieren.
- den Neubau von notwendigen Landesstraßen wieder ins Förderprogramm des Landes aufnehmen.
- Landesstraßen erhalten und deren Ausbau weiter vorantreiben. Wir konzentrieren unsere Investitionen hierbei auf ein spezielles Ortsdurchfahrten-Programm.
- die Parkmöglichkeiten für LKW in Zusammenarbeit mit dem Bund an den Bundesfernstraßen erhöhen.

- die digitale Verkehrssteuerung ausbauen.
- das intelligente Baustellenmanagement landesweit weiter ausbauen und Nacht- und 24/7-Baustellen weiter dort einrichten, wo es effizient und sinnvoll ist.
- weitere Verkehrskoordinatoren als Ansprechpartner für das regionale Baustellen- und Staumanagement etablieren.

Täglich nutzen Tausende Bürgerinnen und Bürger die Angebote des **Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie des Schienen-Personennahverkehrs (SPNV)**, um zügig, zuverlässig und sicher an ihre Arbeitsplätze und an die Orte ihres täglichen Bedarfs zu gelangen. *Wir werden daher:*

- Bahnhöfe und Bushaltestellen barrierefrei ausgestalten.
- barrierefreie Informationsdienstleistungen etablieren.
- den Ausbau des ÖPNV und des SPNV weiter vorantreiben und die Angebote weiter ausbauen und bereits bestehende Förderprogramme optimaler aufeinander abstimmen, um bessere und klimaneutrale Verbindungen im ländlichen Raum effizienter und gewinnbringender miteinander zu verknüpfen.
- einen verbundübergreifenden elektronischen Tarif für Bus und Bahn einführen, bei dem die Fahrt per App gebucht und per Kilometer abgerechnet wird.
- eine verbund- und landkreisübergreifende Fahrplangestaltung, damit ein besserer Anschluss des ÖPNV über Landkreisgrenzen hinweg Realität wird.
- zusätzliche Anreize für die kommunalen Aufgabenträger setzen, um das Schüler- und Azubiticket in Niedersachsen fest zu implementieren sowie auszubauen. Damit wollen wir junge Menschen langfristig entlasten und die Attraktivität von SPNV und ÖPNV stärken. Unser Ziel ist ein unbürokratisch und digital erhältliches Ticket für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende, welches landesweit die Nutzung aller Busse, Straßenbahnen und Regionalzüge ermöglicht und nicht mehr als 365€ pro Jahr kostet.
- ehemalige Bahnstrecken reaktivieren, um das Angebot des SPNV zu erweitern. Ländliche Regionen werden wir dabei besonders in den Fokus nehmen. An Orten, an denen dies nicht möglich ist, werden wir die Angebote des straßengebundenen ÖPNV verstärkt ausbauen.
- uns für eine Umsetzung des Streckenausbaus im Abschnitt Hamburg-Hannover im Sinne des Erweiterten Alpha-E einsetzen, Hemmnisse eines bestandsnahen Ausbaus identifizieren und ihre Beseitigung fordern, insbesondere wenn diese eine Nutzung durch den Güterverkehr ausschließen würden.
- zukünftige Projekte zum Aus- und Neubau des Schienennetzes eng begleiten und auf ein transparentes und dialogorientiertes Verfahren mit allen Betroffenen hinwirken.
- die Anhebung des Anteils an Elektrobussen und hybrid betriebenen Bussen im ÖPNV insbesondere in Großstädten vorantreiben.

Die Digitalisierung hält im privaten wie im wirtschaftlichen Leben immer mehr Einzug. Dies ist auch in der Verkehrs- und Infrastrukturplanung der Fall. Carsharing, Ruftaxis und Anrufbusse sind dabei nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Portfolio von Alternativen, die sich zur

herkömmlichen Nutzung des eigenen Autos anbieten. Mit **smarten Verkehrskonzepten** sowie der Förderung alternativer Antriebe und zukunftsweisender Batterietechnologien wollen wir mehr nachhaltige Mobilität für Niedersachsen schaffen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, fördern wir ausdrücklich junge und aufstrebende Start-ups, innovative Unternehmen und Menschen mit kreativen Ideen dabei, ihre Vision nachhaltiger Mobilität in unserem Bundesland umzusetzen. *Wir werden daher:*

- Carsharing- und Ridesharing-Dienste gezielt fördern, um gerade im ländlichen Raum Alternativen zum eigenen Auto voranzutreiben.
- den Einsatz von Sammeltaxis und Bürgerbussen finanziell unterstützen und fördern, damit die Mobilität vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen gestärkt wird.
- die Förderung weiterer Testregionen für den On-Demand-Shuttleservice im ländlichen Raum nach dem Vorbild des elbMobils vorantreiben.
- Pilot- und Forschungsvorhaben zum autonomen Fahren mit dem PKW unterstützen und ausweiten.

E-Mobilität, synthetische Kraftstoffe und Brennstoffzellen sind wichtige Bausteine der Mobilität der Zukunft. Wir werden sie technologieoffen fördern. Ob im Wasserstoffbus, im E-Auto oder auf dem E-Bike: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen die vielfältigen Angebote der Mobilität. Um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, *werden wir:*

- Förderprogramme für E-Ladesäulen entwickeln und kommunale Unternehmen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur unterstützen.
- Elektro- und Wasserstoffantriebe im öffentlichen Nahverkehr verstärkt unterstützen und die Förderung durch die Landesverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) ausbauen.
- uns für den landesweiten Einsatz von Zügen mit Wasserstoffantrieb einsetzen, wenn die betreffende Bahnstrecke nicht elektrifiziert ist oder wird.
- eine Initiative zur nächtlichen Nutzung der Ladeinfrastruktur auf Kundenparkplätzen und kommunalen Liegenschaften für Anwohner starten.
- die Ladeinfrastruktur auf Park&Ride-Parkplätzen für PKW verbessern sowie Lademöglichkeiten für E-Fahrräder schaffen.
- die E-Bike-Infrastruktur ausbauen. Dies betrifft vor allem den Ausbau von sicheren Radwegen und der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum wie auch in den Metropolregionen. Da ihre Nutzung zunimmt werden wir breitere Radwege ermöglichen.
- vergleichbare Bezahlmöglichkeiten und einheitliche Stromtarife bei allen E-Ladesäulen fördern.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger entdecken den klimafreundlichen **Radverkehr** als alternative Mobilitätsform. Über alle Altersklassen hinweg hat das Fahrrad als Mittel zur Bewegung im Sport oder im Alltag durch die Elektrifizierung neuen Schwung erhalten. Die Einführung von E-Bikes und Innovationen in der Mobilität führen dazu, dass der Radverkehr immer mehr an Beliebtheit gewinnt. *Daher werden wir:*

- das Radwege-Landesprogramm für den Erhalt, die Sanierung und den Neubau von Radwegen fortführen, weiterentwickeln und finanziell aufstocken.
- den Ausbau des Radwegenetzes durch die Schaffung weiterer Stellen für Belange des Radverkehrs innerhalb der neuen Organisationsform für Klima, Verkehr und Landesentwicklung beschleunigen.
- die Möglichkeiten der Fahrradmitnahmen im ÖPNV und SPNV verbessern, damit das Rad für mehr Menschen zu einem alltäglichen Verkehrsmittel wird und sich noch besser mit anderen kombinieren lässt.
- ein flächendeckendes Radverkehrsnetz im ländlichen Raum sowie in den Städten über die kommunalen Grenzen hinweg konzipieren und dessen Umsetzung fördern.
- das sichere Abstellen von Fahrrädern an Bahnhöfen und Bushaltestellen fördern.
- Einen mit den Städten und Gemeinden abgestimmten Radverkehrswegeplan erstellen, der sowohl den touristischen, den Alltags-, den Berufs- und den Schülerverkehr sowie die verkehrlichen Bedürfnisse berücksichtigt.

Nicht nur unter umweltpolitischen Aspekten, sondern insbesondere im Hinblick auf die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen ist der **Verkehrslärm** mittlerweile zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem geworden. Laut Angaben der WHO ist Lärm nach Luftverschmutzung das Umweltproblem mit der zweithöchsten Krankheitslast. *Daher werden wir:*

- uns der Tragweite des Problems angemessen um den Aufbau eines Kompetenzbereichs „Lärmschutz“ auf Landesebene bemühen.
- uns in Zusammenarbeit mit dem Bund für mehr Lärmschutzmaßnahmen an Bahnschienen und Hauptverkehrsstraßen einsetzen und den Bau finanziell unterstützen.
- uns dafür einsetzen, dass lärmsteigernde Veränderungen an Fahrzeugen mit wirksamen Bußgeldern belegt und diese Fahrzeuge bei illegalen Veränderungen konsequent stillgelegt werden.
- ein effektives und praxisnahes Prüfverfahren für Verkehrskontrollen auf Lärm einführen.
- uns dafür einsetzen, dass in der Straßenverkehrsordnung (StVO) der „zulässige Lärm“ klarer definiert wird.
- künstliche Fehlzündungen oder jede Art von geräuschverstärkenden Sounddesigns stärker reduzieren.
- einfache und transparente Zulassungsverfahren für Fahrzeuge einführen, die einen gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwert von 78 dB(A) im Realbetrieb sicherstellen.
- einfacher als bisher Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen an Strecken mit überdurchschnittlicher Fahrzeuglärmbelastung treffen sowie die Durchführung von Pilotprojekten unterstützen.
- den Beurteilungszeitraum bei der Lärmberechnung für saisonal überproportional lärmbelastete Strecken anpassen.

Die Menschen in unserem Bundesland werden immer mobiler. Das zusätzliche Angebot neuer Fortbewegungsmittel (E-Bike, Scooter etc.) hat diesen Trend nochmals verstärkt.

Gleichzeitig steigen damit die Anforderungen an die allgemeine **Verkehrssicherheit** im öffentlichen Straßenverkehr. *Aus diesem Grund werden wir:*

- die Sanierung, den Ausbau und die Instandhaltung der Straßeninfrastruktur weiter vorantreiben und dabei vor allem die Landesstraßen berücksichtigen.
- den Bau von Rad- und Fußwegen auch an Kreis- und Gemeindestraßen weiter angemessen finanziell fördern.
- Modellprojekte Tempo 30 hinsichtlich Kosten und Sicherheitsgewinn evaluieren und dort, wo sie sinnvoll sind, ermöglichen.
- Innovationen im Bereich der Geschwindigkeits- und Abstandskontrolle in Modellprojekten auf Alltagstauglichkeit testen und so langfristig die Verkehrssicherheit erhöhen.
- im Bund darauf hinwirken, die Abschaltung der Notbrems- und Spurhaltesysteme bei LKW zu verhindern.

Digitale Infrastruktur

Eine schnelle Internetverbindung und die damit verbundene **digitale Infrastruktur** ist im wirtschaftlichen Bereich ebenso wie im privaten Leben ein wichtiger Faktor und gehört zur Daseinsvorsorge in unserem Land. Auch hier haben wir seit 2017 viel erreicht: Mit dem Masterplan Digitalisierung wurde eine beispiellose Ausbauoffensive in die digitale Infrastruktur eingeleitet. Ziel ist und bleibt eine vollständige Versorgung aller Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen bis 2025. Anfang 2022 sind bereits 87 Prozent der Maßnahmen aus dem Masterplan umgesetzt worden. *Daher werden wir:*

- nach dem Erfolg des Masterplans Digitalisierung den Ausbau der digitalen Infrastruktur fortsetzen. Gegenüber dem Bund werden wir uns dafür einsetzen, Investitionshindernisse für den Breitbandausbau im ländlichen Bereich zu reduzieren und den flächendeckenden 5G-Ausbau in ganz Deutschland zu forcieren.
- die Kommunen weiterhin finanziell beim Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie der Beseitigung weißer und grauer Flecken unterstützen und eine Finanzierungsquote von 25 Prozent im Landeshaushalt absichern.
- Niedersachsens Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit durch den zügigen Ausbau des Glasfaser- und Highspeednetzes stärken.
- das Markterkundungsverfahren weiterentwickeln, um so eine höhere Verbindlichkeit der Ausbauzusagen der Industrie zu erreichen.
- vom Bund fordern, dass die Telekommunikationsunternehmen die Auflagen aus Frequenzversteigerungen einhalten. Außerdem soll das Telekommunikationsgesetz zu einem robusten Anspruchsrahmen werden, damit leitungsgebundene und mobile Infrastruktur zusammengedacht werden.
- Förderungen darauf ausrichten, das Breitbandkompetenzzentrum in Osterholz-Scharmbeck weiter vorzuhalten, um den Gebietskörperschaften eine sachkundige und leistungsstarke Beratung zu gewährleisten.
- den Mobilfunkausbau beschleunigen, indem wir eine Anhebung der genehmigungsfreien Höhen für Mobilfunkmasten im Innen- und Außenbereich und eine

dreimonatige Genehmigungsfiktion, wie es sie bereits in der Musterbauordnung für den Wohnungsbau gibt, umsetzen.

- ein Kompetenzzentrum für Smart-City und Smart-Region-Konzepte aufbauen, um die Kommunen dabei zu unterstützen.
- die Genehmigungsfreiheit für Mobilfunkmasten nach erteilter Typengenehmigung einführen.

6 DIGITALER STAAT UND SOLIDE FINANZEN

Ein handlungsfähiger Staat auf der digitalen Höhe der Zeit

Die Defizite staatlichen Handelns und die Schwerfälligkeit von Verwaltungsprozessen in Deutschland sind uns deutlich vor Augen geführt worden. Wir sind gefordert, selbst verschuldete Blockaden zu lösen und Barrieren zügig und konsequent abzubauen. Unsere Leitlinie sind die berechtigten Erwartungen der Menschen und der Unternehmen in Niedersachsen an die öffentliche Verwaltung. Und diese sind klar und eindeutig: **Verwaltung muss einfach und kompetent sein, dazu sicher und verlässlich.** Und sie muss schnell entscheiden. Digitalisierung bietet den Rahmen für eine moderne Verwaltung.

Die digitale Verwaltung ermöglicht dabei Serviceleistungen aus einer Hand, sowohl zeit- als auch ortsunabhängig. Dabei bündeln und beschleunigen wir Verfahren und schaffen mehr Rechtssicherheit – kurzum: Wir schaffen viel mehr **Bürgerfreundlichkeit.**

Dieses Ziel wollen wir mit einer konsequenten Digitalisierung der gesamten öffentlichen Verwaltung Niedersachsens erreichen. Dazu müssen Prozesse neu gedacht und Strukturen infrage gestellt werden. Dabei sehen wir auch die Kommunen als digitale Treiber und Innovatoren.

Dabei ist für uns klar: Die Digitalisierung der Landesverwaltung – von den Ministerien bis zu den nachgeordneten Behörden, Einrichtungen und Schulen – scheitert nicht mehr an leistungsfähigem Internet. Hier haben wir gemeinsam mit den Kommunen allein beim geförderten Ausbau in den letzten fünf Jahren große Fortschritte erzielt. Es geht nun vielmehr um die Strukturen, in denen gehandelt wird.

Eines der wesentlichen Hindernisse bei der Digitalisierung – auch der niedersächsischen Verwaltung - ist das **Ressortprinzip.** Damit eine der wichtigsten Querschnittsaufgaben gelingen kann, muss dieses Ressortprinzip aufgebrochen werden. Der Aufbau und die Pflege der einheitlichen IT-Infrastruktur für Land und Kommunen sowie die Aufgaben- und Strukturüberprüfung müssen deshalb an einer Stelle konzentriert werden. *Wir werden:*

- Ein für alle Aspekte der Digitalisierung verantwortliches Ministerium schaffen.
- die Digitalisierung in allen Ressorts der Landesregierung zügig und gut aufeinander abgestimmt vor- antreiben. Dazu werden wir in jedem Ressort die Einrichtung von miteinander vernetzten „Satelliten“ oder „Agenturen“ vornehmen, die unter der übergeordneten Koordinierung durch das Digitalisierungsministerium den strukturierten und ressortübergreifenden Austausch, die Öffnung ressortspezifischer

Wissensilos sowie die Entwicklung eines gemeinsamen landesweiten Strategie- und Zeitplans aller Ressort sicherstellen.

- für den Aufbau und die Umstellung der IT-Infrastruktur, verbunden mit dem weiteren Ausbau der Leitungsinfrastruktur in Niedersachsen ein neues Ministerium schaffen. Dieses Ressort soll die umfassende Zuständigkeit für die IT-Infrastruktur des Landes und der Kommunen erhalten und über Ressortgrenzen hinweg eine funktionale, sichere und zuverlässige IT-Infrastruktur für Kommunen und Land aufbauen.
- im Gegenzug das Ministerium für Europaangelegenheiten wieder abschaffen. Wir werden die Aufgaben für die Vertretung des Landes Niedersachsen in Berlin und Brüssel in der Staatskanzlei bündeln und die Förder- und Beratungsaufgaben auf die NBank übertragen.

Der Weg zur digitalen Verwaltung in Niedersachsen erfordert jetzt vor allem umfassende Anstrengungen, damit die Verwaltung und ihre Prozesse auf allen Ebenen des Staates digitalisiert werden können. Wir benötigen einen **schnellen und sicheren Datenaustausch** zwischen Bürger und Staat, den Behörden untereinander sowie effiziente Fachanwendungen. Ohne eine **Kooperation mit erfahrenen IT-Dienstleistern** für die öffentliche Verwaltung aber wird dies nicht möglich sein. Daher wollen wir auf marktreife und bevorzugt auf Open Source basierende IT-Produkte setzen, in enger Kooperation mit der Wirtschaft. Nicht jede Verwaltung muss ihre eigenen IT-Anwendungen entwickeln. *Deshalb werden wir:*

- zeitnah ein einheitliches, übersichtliches und barrierefreies Online-Portal einführen, über das Bürger und Unternehmen alle Verwaltungsdienstleistungen zu jeder Zeit benutzerfreundlich abwickeln können.
- auf digitale Prozesse und Automatisierung setzen, um eine hohe Servicequalität und eine schnelle Bearbeitung zu gewährleisten. Mittel- bis langfristig werden hierdurch Kosteneinsparungen erzielt und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Niedersachsen gestärkt.
- ein Servicecenter einrichten, das Bürger und Unternehmen per Telefon, Video-Call oder Chat bei der Inanspruchnahme der digitalen Services unterstützt. Daneben muss der Gang ins Bürgerbüro weiterhin wie gewohnt möglich sein.
- uns dafür einsetzen, dass staatliche Institutionen im Rahmen ihrer Verwaltungstätigkeit zum „serviceorientierten Dienstleister“ für Bürger und Unternehmen werden. Die Verwaltung soll aufgrund moderner Verwaltungsorganisation proaktiv tätig werden können. Beispielsweise sollen Bürger rechtzeitig vor Ablauf ihres Personalausweises auf den bevorstehenden Ablauf hingewiesen werden und nach Upload eines aktuellen Fotos einen neuen Ausweis zugeschickt bekommen.
- das Prinzip „Buy before make“ einführen. Das bedeutet: weniger in eigener Regie programmieren, sondern mehr Anwendung am Markt einkaufen. Datenschutzrechtliche Hürden werden wir durch zielgenaue Datenschutzkonzepte beheben.
- zusammen mit verschiedenen kommunalen und anderen IT-Dienstleistern in Niedersachsen die IT-Infrastruktur des Landes sowie der Kommunen in eine gemeinsame IT-Cloud-Struktur migrieren. Mittelfristig soll es in keiner Landesbehörde und -

einrichtung sowie den meisten Kommunen eigene Server geben, die gewartet werden müssen.

- ermöglichen, dass unterschiedliche Anbieter – der Landes-IT als auch externe Anbieter – auf unterschiedlichen Fachanwendungen auf diese einheitlichen und integrierten Plattformen zugreifen können. Die Daten- und Programmhoheit verbleibt dabei bei der verantwortlichen Stelle.
- Innovation Hubs zur Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungs- und IT-Projekten für alle Verwaltungsbereiche einrichten und mit eigenen kreativen Kräften und durch Kooperationen mit Fachleuten aus der IT-Branche besetzen.
- das Tariftreue- sowie Vergabegesetz in Hinblick auf die externe Vergabe von IT-Dienstleistungen anpassen.

Für eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung müssen wir die **digitale Kompetenz in der Landesverwaltung** stärken. Der Wettbewerb um IT-Fachkräfte ist hart und wird noch härter werden. *Deshalb werden wir:*

- eine eigene Laufbahnverordnung für IT-Spezialisten und -Techniker im niedersächsischen Beamtenrecht verankern, um für Fachkräfte attraktiver zu werden.
- Aufstiegsmöglichkeiten für Fachleute innerhalb der Landesverwaltung schaffen, die unabhängig von Führungsverantwortung sind.
- eine IT-Fachkräfte-Initiative für die Landes- und Kommunalverwaltung starten und neue Stellen aufbauen.
- Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter digital fortbilden, um Digitalkompetenz innerhalb der Verwaltung zu vertiefen.
- die Anzahl der Ausbildungsplätze sowie dualen Studienplätzen mit IT-Bezug weiter ausbauen, um ausreichend IT-Fachkräfte auszubilden.
- Flexibilität und Homeoffice konsequent nutzen, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben.

Eine **enge Verzahnung mit den Kommunen** ist die Voraussetzung für eine funktionierende digitale öffentliche Verwaltung. Daher werden wir die Kommunen bei diesem Prozess eng begleiten und finanziell fördern, *wir werden:*

- die Kommunen bei der Migration ihrer Daten in die gemeinsame niedersächsische Plattform und der Umstellung ihrer IT fördern, um sie von den Kosten der Umstellung zu entlasten.
- im Land Kompetenzen aufbauen, um den Grundsatz „Buy before make“ konsequent umzusetzen und ein zuverlässiges Controlling zu gewährleisten.
- den Kommunen über die gemeinsame Plattform eine landesweite einheitliche App, die „Niedersachsen App“, mit kostenlosen Anwendungen zur Verfügung stellen, die die wesentlichen Funktionen einer digitalen Verwaltung abdecken, z.B. für den digitalen Bürgerservice.
- nachgeordneten Behörden und Einrichtungen der Kommunen und des Landes Klarheit darüber geben, welche Anwendungen sie nutzen und auf welche Daten sie zugreifen können.

- klare Standards und Schnittstellen für die anzuschaffenden Anwendungen gesetzlich festlegen und eine entsprechende Liste von Anwendungen erstellen, die in der integrierten IT-Landschaft eingesetzt werden dürfen.
- Entscheidungen zur Nutzung von Anwendungen beschleunigen.

Die moderne digitale Verwaltung muss insgesamt deutlich anders aufgestellt sein als bisher. Deshalb braucht es eine ehrliche **Aufgabenkritik zwischen Land und Kommunen** auf der einen Seite und andererseits **klare politische Vorgaben für die „Niedersächsische Verwaltung 2030“**. Wir werden deshalb in der Landesverwaltung die zentralen Handlungsfelder und Zukunftsaufgaben identifizieren und neu definieren, verbunden mit einer umfassenden Aufgaben- und Strukturkritik. Dabei geht es darum, die Landesverwaltung strukturell so aufzustellen, dass sie trotz des altersbedingten Ausscheidens von fast 30 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten zehn Jahren in Zeiten eines umfassenden Fachkräftemangels handlungsfähig bleibt. *Deshalb werden wir:*

- eine klare Zielorganisation für eine moderne „Niedersächsische Verwaltung 2030“ erarbeiten.
- freiwerdende Personalressourcen für Zukunftsaufgaben insbesondere im Bereich Digitalisierung und Klimaschutz einsetzen.
- zur Erfüllung von Zukunftsaufgaben die Trennung zwischen Sach- und Personalmitteln durchbrechen.
- in allen Verwaltungsstellen des Landes ein Entscheidungsmanagement implementieren, das von Anfang an den Fokus auf eine sorgfältige, verlässliche und schnelle Entscheidung legt.
- einen Projektmanagement-Pool mit hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen. Aus diesem heraus sollen wichtige Prozesse und große Genehmigungsverfahren gesteuert werden.
- eine umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel durchführen, überflüssige Aufgaben abzuschaffen und die Erledigung notwendiger Aufgaben zu optimieren. Das staatliche Baumanagement soll zukünftig stärker die Bauherrenfunktion übernehmen und die Planungsarbeiten vorzugsweise an Private vergeben.

Für nachhaltige Finanzen

Innerhalb weniger Jahre haben sich die Bedingungen der Finanzpolitik stark verändert. Die innereuropäische Wirtschaft und der Arbeitsmarkt wurden in der Corona-Pandemie mit nie dagewesenen Unterstützungsprogrammen stabilisiert. Die Schuldenbremse hat die Handlungsfähigkeit des Landes in der Corona-Krise sichergestellt. Für uns steht daher fest, dass eine **krisenfeste Politik nur mit soliden Finanzen** möglich ist. Wir stehen für eine verlässliche, geradlinige und solide Fiskalpolitik. Ein großer Erfolg ist uns in dieser Legislaturperiode gelungen, indem wir erstmals Schulden abgebaut haben. Diesen Weg werden wir konsequent fortführen.

Wir tun dies auch, weil wir als politisch Handelnde eine tiefe Verantwortung empfinden – vor Ihnen, den **Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern**, aber auch vor den nachfolgenden

Generationen. Wir fühlen uns zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern verpflichtet, ebenso wie wir unseren Kindern und Enkeln keine drückende Schuldenlast, sondern eine zukunfts feste Basis hinterlassen möchten.

Und es ist uns wichtig, dass die Menschen in Niedersachsen ihre Steuerangelegenheiten mit möglichst geringem Aufwand erledigen können. Ein gutes Beispiel dafür ist die 2021 beschlossene Grundsteuerreform, die eine gerechte Besteuerung der Grundstücke zum Ziel hat. Diese Steuererklärung ist lediglich einmal abzugeben und kann einfach über das bestehende Onlineportal eingereicht werden. Die Steuerverwaltung ist für uns gerade auch Bürgerservice.

Die Inflation entwickelt sich derzeit zu einer ernstesten Herausforderung. Eines der langfristig wirksamsten Mittel gegen diese Entwicklung ist eine nachhaltige Fiskalpolitik. Um die Staatsverschuldung also nachhaltig zu begrenzen und sie kontinuierlich abbauen zu können, halten wir an dem Instrument der **Schuldenbremse** fest. Seit 2011 wurde sie vom Bund und von den Ländern umgesetzt. Seither ist sie zu einem Gütesiegel insbesondere christdemokratischer Politik geworden. Für die CDU in Niedersachsen hat eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik hohe Priorität. Denn nur eine solide Finanzpolitik ist die Grundlage für Investitionen in die Zukunft und den Gestaltungsspielraum kommender Generationen. Strenge Fiskalregeln helfen, die Lasten für diese künftigen Generationen zu begrenzen und ihre Interessen zu schützen. Wir werden weiterhin die Schuldenbremse in unserer Verfassung respektieren und keine Schulden zulasten kommender Generationen aufnehmen. *Daher werden wir:*

- einen Inflationsschutz durch eine solide Finanzpolitik gewährleisten und damit alle unsere Vorhaben vor dem Hintergrund sich verändernder Einnahmeentwicklungen immer wieder neu priorisieren.
- einen Konsolidierungskurs des Haushaltes verfolgen, alle Ausgaben des Landes mit Blick auf die demografische Entwicklung der Mitarbeiterstruktur sowie die Möglichkeiten der Verwaltungsdigitalisierung fortlaufend überprüfen und durch gezielte Strukturreformen neue Handlungsspielräume erarbeiten.
- den Fokus unserer Haushaltspolitik auf die Steigerung der Investitionen legen.

Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern muss reformiert werden. Mithilfe einer neuerlichen **Föderalismuskommission** muss die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern modernisiert werden. Zentrale Ziele sind schnellere und effizientere Entscheidungen und eine effektive Struktur der politischen Verantwortlichkeiten auf Bundes- und Landesebene. *Daher werden wir:*

- für eine Finanzsymmetrie zwischen Bund und Ländern sorgen, die die Länder an den dynamischen indirekten Steuern beteiligt. Die vom Länderfinanzausgleich unabhängige Erweiterung der Steuerautonomie für die Länder mit Zu- und Abschlagsmöglichkeiten auf Steuersätze ist ein geeignetes Instrument, um den Wettbewerb zwischen den Ländern zu fördern.
- die Handlungsfähigkeit der Kommunen finanziell und administrativ erhalten. Das Konnexitätsprinzip vollumfänglich durchsetzen. Durch Rechtsansprüche

(beispielsweise auf Kita-Platz und Grundschul-Ganztagsangebot) und Leistungsgesetze sowie eine Vielzahl an komplexen Förderprogrammen werden die Spielräume der Kommunen und die Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltungen immer weiter eingeschränkt. Die Förderprogramme für die Kommunen müssen daher wieder einfacher, übersichtlicher und anwendbarer werden. Gute Beispiele sind hierbei die Förderprogramme KIP1 und KIP2. Die Vergabeverfahren müssen dauerhaft vereinfacht werden.

Die **Beamtinnen und Beamten sowie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes** erbringen mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Ihre Arbeit muss wertgeschätzt werden und weiterhin attraktiv bleiben. Leistungsfähigkeit erfordert eine effektive Verwaltung. Dazu benötigen wir einen motivierten, bürgerfreundlichen und gut ausgebildeten öffentlichen Dienst. Nur eine leistungsfähige Verwaltung garantiert, dass der Staat seine Aufgaben zuverlässig wahrnehmen kann. Das Land muss dafür sorgen, als Arbeitgeber weiterhin attraktiv zu bleiben, um das Leistungsspektrum zu gewährleisten. *Daher werden wir:*

- die Beamtinnen und Beamten angemessen besolden. Eine Nähe zur staatlichen Grundsicherung in den unteren Besoldungsgruppen ist inakzeptabel und soll künftig vermieden werden. Erforderliche Anpassungen von Besoldung und Versorgung müssen in Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, dabei sind die Gesamtergebnisse der Tarifabschlüsse der Länder ein zu berücksichtigender Faktor.
- die Zuschläge für Beamtinnen und Beamten weiter erhöhen, die ihre Arbeit zu ungünstigen Zeiten tätigen oder besonders belastende Tätigkeiten ausüben.
- für neu eingestellte niedersächsische Landesbeamte eine Beamtenversorgungskasse für Bezüge und Versorgung unter dem Dach des Niedersächsischen Landesamtes einrichten. Für diese neuen Beamtinnen und Beamten schaffen wir eine kapitalgedeckte Altersvorsorge, die nicht mehr dem Zugriff des Landesgesetzgebers unterliegt. Hierfür werden in einer Pensionskasse aufwachsend Rücklagen gebildet.
- das Angebot von Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ausbauen.
- die Möglichkeit des Fahrrad-Leasings für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes einführen. zur Steigerung der Attraktivität des Dienstverhältnisses sowie zur Gesundheitsförderung uns für ein Dienstrad-Leasing sowie die Teilnahme an Fitnessprogrammen (beispielsweise Hansefit) für alle Landesbediensteten einsetzen und dazu, soweit erforderlich, die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Durch die Möglichkeiten der Digitalisierung wird der Datenaustausch immer einfacher und schneller. Diese Chancen einer engen Vernetzung müssen wir in unserer **Finanzverwaltung** nutzen, um diese zukunftssicher und bürgerfreundlich zu gestalten. Den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen muss es möglich sein, sich einfach und zeitnah mit den Finanzverwaltungen austauschen zu können. Dabei müssen Hemmnisse abgebaut und Anwendungen so an die Anforderungen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler angepasst sein, dass sie einfach und handhabbar sind. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu einer **modernen und zukunftsfähigen Finanzverwaltung**. *Daher werden wir:*

- die Geldwäsche und großangelegte, organisierte Steuerkriminalität konsequent bekämpfen. Dies dient auch dem Schutz der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dazu etablieren wir den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Big-Data-Technologie in der Arbeit der Steuerfahndung. Entsprechende Projekte werden wir aufsetzen und fördern.
- eine zielgenaue bürokratiearme Betriebsprüfung und Steuerfahndung etablieren.
- die Digitalisierung in der Finanzverwaltung konsequent vorantreiben. Mit dem Portal „Mein ELSTER“ ist die Steuerverwaltung im öffentlichen Bereich schon heute führend. Im weiteren Verlauf werden die Bearbeitungen von Steuerfällen auf eine papierlose Bearbeitung umgestellt. Wir werden sowohl die schon erreichten Digitalisierungseffekte der letzten Jahre als auch die zu erwartenden weiteren Effekte der Digitalisierung ermitteln. Diese werden wir für eine zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Steuerverwaltung in Niedersachsen nutzen.
- die steuerlichen Betriebsprüfungen in Niedersachsen noch zügiger, qualitativ besser und mit verbesserter digitaler Unterstützung gestalten.
- die norddeutsche Zusammenarbeit im Steuerbereich stärken. Mit dem gemeinsamen Dienstleister Dataport steht den norddeutschen Steuerverwaltungen ein kompetenter, professioneller Partner zur Seite. Mit Unterstützung dieses Partners, mit der im Norden im Aufbau begriffenen länderübergreifenden Verfahrensbetreuung und mit einem verstärkten Einsatz von Open-Source-Produkten sorgen wir dafür, dass die Effizienz und die digitale Souveränität der niedersächsischen Steuerverwaltung uneingeschränkt gesichert bleiben.
- den automatisierten Informationsaustausch unter den Finanzämtern sowie zwischen den Finanzämtern und Behörden der Leistungsverwaltung sowie eine Überprüfung und Reduzierung der Aufgaben des Landesamtes für Steuern vorantreiben.

Aufgaben des Landes können durch eigene Behörden wie auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen erfüllt werden. **Beteiligungen von Privaten** bieten oftmals die Chance, die Effizienz zu steigern. *Deshalb werden wir:*

- die NBank als Partner des Mittelstandes weiter profitabel führen und ihre Ertragskraft stärken. Ihr Geschäftsmodell richtet sich auf Finanzierungen, die lokal nicht regelmäßig angeboten werden und die das Angebot der Sparkassen, der Genossenschaftsbanken und der Privatbanken sinnvoll ergänzen.
- die Hinzuziehung Privater bei staatlichen Beteiligungen ermöglichen. Private Initiativen sollen gestärkt werden. Die Führung, Kontrolle und Steuerung der Beteiligungen ist für die Verwaltungen und die Mandatsträger eine große Herausforderung, für die es klarer Regeln bedarf.
- Finanzierungsmöglichkeiten in den Regionen erhalten und Sparkassen und Volksbanken weiter stabil aufstellen.
- eine Initiative zur Stärkung des Finanz- und Börsenplatzes Niedersachsen anstoßen.
- uns gegenüber der Europäischen Union dafür einsetzen, die Vorschläge für die Errichtung einer Europäischen Einlagensicherung, auch in Form einer Rückversicherung, nicht weiter zu verfolgen. Denn die Vergemeinschaftung von Bankrisiken

durch eine gemeinsame europäische Einlagensicherung schafft kein Vertrauen in die Sicherheit der Spareinlagen in Europa und trägt nicht zur Stabilität der Banken bei. Zu verfolgen sind Vorschläge zu einer differenzierten Regulierungstiefe, die sich an der Größe und Bedeutung der einzelnen Institute misst.

Starke Kommunen

Die kommunale Ebene ist den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Nirgendwo sonst wird Politik konkreter und so sehr von Menschen für die Menschen gestaltet wie hier. Die Angelegenheiten, die vor Ort entschieden werden, gehen jeden unmittelbar an: von den Krippen, Kindergärten und Schulen bis hin zur Abfallentsorgung, dem Brandschutz und der Wirtschaftsförderung. Viele Entwicklungen der überörtlichen Politik haben direkte Auswirkungen bis hinein in den eigenen Stadtteil, bis hinein in das eigene direkte Wohnumfeld. Es sind schließlich die Kommunen, die vor Ort umsetzen, was in Europa, im Bund und in den Ländern entschieden wird.

Das **kommunale Ehrenamt** spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Denn ohne die Ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wäre die umfassende Arbeit unserer kommunalen Gebietskörperschaften nicht denkbar. Umso schlimmer ist es, dass kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger immer wieder Hass und Angriffen ausgesetzt sind. Im Jahr 2019 gab es auf diesen Personenkreis 180 Angriffe und Straftaten. Sie und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung verdienen für ihre Arbeit für der Gemeinwesen unser aller Respekt, Anerkennung und staatlichen Schutz. Wir müssen die Arbeit der kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger noch mehr schützen und erleichtern. *Deshalb werden wir:*

- die Anlaufstellen zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsträgern ausbauen. Die bereits im Landeskriminalamt Niedersachsen etablierte Betroffenenberatung ist eine effektive Anlaufstelle für diejenigen, die bereits Gewalt erfahren haben. Hier werden wir die Angebote erweitern und Straftaten im Netz gegen Mandatsträger konsequent bekämpfen. Straftäter machen sich das Internet zunutze, indem sie vermehrt auch in den sozialen Netzwerken Amts- und Mandatsträger angreifen. „Zentralstellen zur Bekämpfung von Hasskriminalität“ wie das Beispiel der Staatsanwaltschaft Göttingen sind effektive Mittel, um dagegen vorzugehen. Diese Anlaufstellen werden wir auf die Landkreise und kreisfreien Städte ausweiten.
- die Prävention und Beratung verstärken. Pilotprojekte zum Schutz der Amtsträger im Außendienst werden wir ausweiten.

Die **Leistungsfähigkeit unserer Kommunen** ist uns ein besonderes und wichtiges Anliegen. Unser Ziel sind lebenswerte und lebensfähige, vitale und familienfreundliche Orte. Ohne eine verlässliche und langfristige **Finanzausstattung** können die Kommunen ihrer Arbeit nicht nachkommen. Alle unsere Kommunen sollen unbürokratisch und einfach in den Genuss von Fördermitteln kommen. Wir streben gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen an. Dabei werden wir den Kommunen wieder mehr Freiraum einräumen, die Förderprogramme des Landes auf das Notwendige zurückfahren und die Finanzmittel über

Bedarfszuweisungen oder zweckgebunden als Zuweisungen an die Kommunen geben. *Deshalb werden wir:*

- den Kommunen mehr eigene finanzielle Spielräume geben, um die Vielzahl der Aufgaben für die Menschen vor Ort umsetzen zu können. Sie tätigen etwa zwei Drittel aller Investitionen der öffentlichen Hand in Niedersachsen. Damit sie auch weiterhin selbstständig investieren können, brauchen sie finanzielle Mittel. Dafür werden wir mehr zweckgebundene Mittel pauschal sowie Bedarfszuweisungen an die Kommunen weitergeben und die regionalisierten Teilbudgets wieder einführen.
- für bedeutende Vorhaben ein Maßnahmen- und Fördergesetz einführen, das die Förderung per Gesetz regelt und einfache sowie unbürokratische Mittelzuwendungen und Verwendungsnachweise regelt und durch die konsequente Nutzung von Genehmigungsfiktionen und digitaler Beteiligung Verwaltungsabläufe strafft.
- die finanziellen Mittel des Bundes in voller Höhe an die Kommunen weiterleiten, die Konnexität konsequent und ohne Umgehungen zu beachten und gegenüber dem Bund und der EU fordern, wenige Vorgaben bei der Förderung zu machen und den Kommunen mehr Freiraum einzuräumen.
- ein Kompetenzzentrum für Fördermitteleinwerbung bei der NBank etablieren und die Beratungsstruktur der NBank wesentlich stärken und ausbauen. Die NBank soll in Zukunft für alle Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder gegenüber den Kommunen zuständig sein. Die Beratung soll so aus einer Hand und Zuständigkeit erfolgen.
- die Förderprogramme für die Dorferneuerung und die Städtebaupolitik weiterführen und stärken und so aufeinander abstimmen, dass sie unbürokratisch und niedrigschwellig auf allen Ebenen wirken können – vom Dorf bis zur Großstadt.
- das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ aufstocken und für eine Verlängerung der Regionalbudgets plädieren.

Kommunen als Selbstverwaltungsorgane verfügen eigenständig über ihre Haushalte und Haushaltsansätze. Hierbei werden auch **Altschulden** aus den vergangenen Haushaltsjahren aufgeführt und in der Regel durch die Altschuldenregel abgebaut. Wir halten an der Schuldenbremse und an der Altschuldenregelung fest. *Aus diesem Grund werden wir:*

- eine Zukunftspartnerschaft mit den Kommunen umsetzen. Land und Kommunen müssen gemeinsam und einheitlich finanzielle Beiträge leisten, um die finanziell schwächeren Kommunen zu unterstützen.
- zusammen mit den Kommunen Lösungen für die Altschuldenproblematik entwerfen.

Ohne gut ausgebildetes Personal und ein starkes **kommunales Ehrenamt** in den Gremien funktioniert keine kommunale Verwaltung. Wir unterstützen die Kommunen dabei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Verwaltung zu gewinnen und die kommunalen Ehrenamtler bei der Ausübung ihrer Mandate zu stärken. *Deshalb werden wir:*

- die Kommunen bei der Gewinnung von Personal unterstützen und als Land die Ausbildung von Verwaltungspersonal weiter intensivieren und ausbauen.

- die Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten auf acht Jahre verlängern. Die Kommunen und ihre Verwaltungen brauchen Kontinuität an ihrer Spitze.
- die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Hybridformen bei Sitzungen kommunaler Gremien ausweiten.
- im Bund fordern, die Steuer- und Sozialabgabefreiheit auf Aufwandsentschädigungen von Ratsfrauen und Ratsherren auszuweiten.

7 SICHERES NIEDERSACHSEN

Durchsetzungsstarke Justiz

Die CDU in Niedersachsen ist die Partei für ein sicheres Leben in unserem Land. Oberstes Ziel für uns ist, die individuelle Entfaltungsfreiheit und die gleichzeitige Wahrung der Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Wir setzen uns ein für eine wehrhafte Demokratie. Starke Sicherheitsbehörden sind der Garant dafür, dieses Ziel zu erreichen.

Unser Rechtssystem und die damit verbundenen demokratischen Grundwerte sind das Fundament unseres Zusammenlebens: Die offene Gesellschaft verdankt ihre Liberalität gerade dem Rechtsstaat. Eine unabhängige Justiz garantiert unsere persönliche Sicherheit, allgemeine Gerechtigkeit und Schutz vor Willkür.

Die Justiz in unserem Land ist großen Belastungen ausgesetzt – und der Rechtsstaat wie die Menschen in Niedersachsen sehen sich neuen Bedrohungen gegenüber. Ein Beispiel dafür ist die wachsende **organisierte Kriminalität** und deren Ausprägungsform, die sogenannte Clankriminalität, die nicht nur hohe finanzielle Schäden verursacht. Sie gefährdet inzwischen sogar unsere Demokratie, weil sie für eine massive Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger sorgt und deren Vertrauen in das Justizsystem und den Rechtsstaat infrage stellt. Vertrauen aber ist eine entscheidende Ressource gesellschaftlicher Stabilität. Die Erosion dieses Vertrauens müssen wir aufhalten. Kriminalität gedeiht überall dort, wo ihr Freiräume gelassen werden. Um die Räume für jede Form organisierter Kriminalität enger zu machen, *werden wir*:

- Clankriminalität und andere organisierte Kriminalität mit einer konsequenten sowie zwischen Justiz und Polizei koordinierten Null-Toleranz-Politik bekämpfen. Dazu gehört die Durchführung regelmäßiger koordinierter Kontrollen durch Staatsanwaltschaft, Steuerfahndung, Polizei und Gewerbeaufsichtsämter, wie beispielsweise erfolgreich im „Räderwerk“ im Heidekreis etabliert. Ordnungswidrigkeiten werden wir konsequent ahnden mit einer „Politik der tausend Nadelstiche“. Die Rahmenkonzeption Clankriminalität werden wir in diesem Sinne ergänzen.
- im ganzen Land Sicherheitspartnerschaften gegen organisierte Kriminalität nach dem Modellprojekt Sicherheitspartnerschaften der Staatsanwaltschaft Osnabrück etablieren, in dem Sozial- und Ausländerbehörden, Polizei, Staatsanwaltschaft und Kommunen unter Führung der Staatsanwaltschaften gegen die örtliche Clankriminalität vorgehen.

- nicht nur die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensabschöpfung konsequent nutzen, sondern darüber hinaus eine neue „Spezialeinheit Vermögensabschöpfung“ etablieren, sie personell adäquat ausstatten und als Unterstützung den örtlichen Staatsanwaltschaften zur Seite stellen.
- die gesetzlichen Grundlagen des Landes zum Datenschutz, zum Polizeirecht usw. dahingehend anpassen, dass ein umfassender Datenaustausch zwischen den Behörden gewährleistet ist.
- ein Aussteigerprogramm, insbesondere zur Clankriminalität, aufsetzen, in dem durch behördliche Zusammenarbeit den Betroffenen ein Ausweg aus kriminellen Strukturen aufgezeigt wird. Organisierte Kriminalität und Clankriminalität stören den sozialen Frieden unserer Gesellschaft massiv.
- im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen stärken und Europol konsequent nutzen, insbesondere im Bereich des Datenaustausches. Das gilt für die Nutzung der Datenabfrage, aber ebenso für den eigenen Beitrag zu den Datenbanken.
- Verkehrs- und Telekommunikationsdaten konsequent nutzen.

Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften sind als Herzstücke unserer Justiz die Garanten für unsere Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden. Wir stehen für eine bürgernahe Justiz. Die Amtsgerichte im Flächenland Niedersachsen sind nicht nur wichtige Arbeitgeber, sie ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern vor allem einen wohnortnahen Zugang zum Recht. Für diese bewährte Struktur stehen wir. Bei der effizienten Strafverfolgung stehen wir unserem Justizpersonal zur Seite. Um die Kriminalität in unserem Land erfolgreich zu bekämpfen, brauchen wir einen permanenten und koordinierten **Verfolgungsdruck**. *Deshalb werden wir:*

- das Erfolgsmodell des beschleunigten Strafverfahrens weiter ausbauen. Es gibt viele einfach gelagerte Sachverhalte und klare Beweislagen, die bei den Amtsgerichten in einem „beschleunigten Verfahren“ erledigt werden. Dabei entfällt eine Frist vor der Verfahrenseröffnung und die oder der Beschuldigte muss nicht zwingend schriftlich geladen werden, wenn sie oder er erscheint. Die Staatsanwaltschaft kann mündlich anklagen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Verfahren vermehrt zur Anwendung kommt.
- den Warnschussarrest stärker nutzen. Wenn eine Jugendstrafe von bis zu zwei Jahren ansonsten zur Bewährung ausgesetzt wird, kann ein bis zu vier Wochen langer Jugendarrest verhängt werden, um den Straftäterinnen und Straftätern die harte Konsequenz des Rechtsstaates vor Augen zu führen. Darüber hinaus ermöglicht das Jugendstrafrecht einen Arrest von bis zu vier Wochen auch unabhängig von einer Bewährungsstrafe. So wollen wir kriminelle Karrieren im Keim ersticken.
- die bestehenden fünf Standorte „Häuser des Jugendrechts“ weiter unterstützen und finanzieren sowie weitere Standorte in Niedersachsen einrichten mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung.
- Angriffe auf Einsatzkräfte und kommunale Mandatsträger konsequent strafrechtlich verfolgen lassen.

- politisch motivierte Straftaten von Extremisten jeglicher Art mit aller Härte verfolgen. Die Finanzierung von Moscheevereinen durch extremistische Organisationen werden wir konsequent unterbinden.
- mit der Stärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet und der Einführung von sogenannten Onlineermittlern den Straftätern im Netz unmissverständlich deutlich machen, dass wir Hass und Hetze konsequent verfolgen.
- die staatsanwaltliche Zentralstelle zur Bekämpfung von Kinderpornografie weiter personell und technisch stärken, damit die Täter konsequent verfolgt werden. Wer sich an den Schwächsten unserer Gesellschaft, unseren Kindern, vergreift, der muss die volle Repression unseres Rechtsstaates zu spüren bekommen.
- uns dafür einsetzen, dass eine Regelung geschaffen wird, dass Opfer von Sexualstraftaten nur einmal zu dem Erlebten vernommen werden müssen.
- die Initiative Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen ausbauen und weiterentwickeln. Dabei werden wir die gewonnenen Erkenntnisse der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Einbruchskriminalität berücksichtigen und diese ebenfalls stärken. Sicherheit fängt vor der eigenen Haustür an.
- zum Schutz der älteren Generation bei den Staatsanwaltschaften Sondereinheiten für speziell gelagerte Verbrechen einrichten, wie z. B. kriminelle Trickbetrügereien. Unseren Seniorinnen und Senioren haben wir viel zu verdanken – sie haben dieses Land aufgebaut und die Grundlagen unseres Wohlstandes gelegt. Umso verwerflicher ist es, wenn Seniorinnen und Senioren Opfer von kriminellen Trickbetrügerinnen werden.

Für die entschiedene Bekämpfung von Kriminalität und sonstigen Straftaten ist ausreichendes und gut ausgebildetes Personal unabdingbar. Wir werden die Justiz in Niedersachsen weiter entlasten und für eine weitere **personelle Stärkung** sorgen. Die Justizbehörden müssen in der Lage sein, auf sich permanent verändernde Gefahrenpotenziale schnell und konsequent reagieren zu können. Zudem werden wir auf schnell zu erreichende Justizbehörden gerade in der Fläche Niedersachsens hinwirken und uns für den Erhalt der bestehenden Gerichtsstandorte einsetzen. Für eine noch bessere personelle Ausstattung der Justizbehörden *werden wir:*

- den Staatsanwaltschaften und Gerichten die erforderliche Personalausstattung gewähren, um das fehlende Personal an Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu besetzen. Effektiver Rechtsschutz setzt voraus, dass Urteile in einem zeitlich vertretbaren Rahmen abgesetzt werden können. Wir werden auch Bagatelldelicten effektiv verfolgen.
- die Zulage für Bedienstete des Justizvollzugs mit der des Polizeivollzugs gleichstellen.
- den Personalaufbau im Justizvollzug und bei Wachtmeisterinnen und Wachtmeistern weiter vorantreiben.
- die Besoldung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie den übrigen Beschäftigungsgruppen in der Justiz und im Justizvollzug

anpassen, um im Wettbewerb der Fachkräfte in der Justiz und im Justizvollzug gut aufgestellt zu sein.

- die Nachwuchskampagne „Stark für die Gerechtigkeit“ der niedersächsischen Justiz auch auf die Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten ausweiten.
- für den Erhalt der bestehenden Gerichtsorte eintreten.
- die Freistellung und arbeitszeitliche Berücksichtigung bei flexiblem Arbeiten auf die gesamte Zeit der ehrenamtlichen Tätigkeit von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern einführen.

Entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der Justiz ist die **Sicherheit in unseren Gerichtsgebäuden**. Hier haben wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Verbesserungen erreichen können, zur Sicherheit aller in niedersächsischen Gerichtssälen. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. *Daher werden wir:*

- die Sicherheit in der niedersächsischen Justiz in der Breite weiter verbessern. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen für unsere Bürgerinnen und Bürger jederzeit sichere Räume sein. Zudem setzen wir uns für eine tägliche, flächendeckende und durchgehende Eingangskontrolle an Gerichten und bei Bedarf auch an Staatsanwaltschaften ein.
- die Arbeitsbedingungen der Justiz leistungsfähiger gestalten. Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sollen in besonders belastenden Situationen und Rechtsgebieten systematisch unterstützt werden.
- in Zusammenarbeit mit dem Bund das Hochsicherheitsjustizgebäude am Standort Celle bauen.

Resozialisierung ist eine zentrale Aufgabe der niedersächsischen Justizvollzugsanstalten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den **Haftanstalten** sind jene Kräfte, die sich täglich mit straffälligen Personen auseinandersetzen und diese perspektivisch wieder an ein normales gesellschaftliches Leben gewöhnen sollen. *Deshalb werden wir:*

- eine ausreichende Anzahl von Haftplätzen in den JVAs sicherstellen und, wenn notwendig, eine neue hochmoderne und den höchsten Sicherheitsstandards entsprechende Justizvollzugsanstalt errichten.
- die Präventionsarbeit und Deradikalisierungsprogramme in den Justizvollzugsanstalten weiter ausbauen.
- verstärkt die Arbeit der freiwilligen Straffälligenhilfe unterstützen.
- die Wirksamkeit der in den letzten Jahren erweiterten kostenintensiven Maßnahmen zur Resozialisierung anhand einer länderübergreifenden Analyse der Rückfallquoten analysieren und das Justizvollzugsgesetz danach entsprechend anpassen.

Um diesen neuen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, muss eine effektive Justiz auch eine **digitale Justiz** sein. Verwaltungsabläufe gilt es weiter zu optimieren. Dazu müssen wir den Justizbehörden neue und digitale Instrumente an die Hand geben. *Daher werden wir:*

- die E-Akte in der Justiz weiter vorantreiben, damit sie wie vorgesehen verbindlich bis 2026 eingeführt wird. Arbeitsabläufe können so effektiver und einfacher gestaltet werden. Zudem können alle relevanten Personen auf einen Arbeitsprozess zugreifen.
- zur E-Akte eine Leistungsbilanz auf der Grundlage der bereits erfolgten Umsetzung am Arbeitsgericht Oldenburg und am Sozialgericht Stade erheben.
- erhebliche finanzielle Ressourcen bereitstellen, um im Zusammenspiel mit dem Digitalpakt für die Justiz die geeigneten Hardware- und Softwarekomponenten anzuschaffen.
- die technischen Möglichkeiten für den Einsatz von Telemedizin in den Justizvollzugsanstalten schaffen und die entsprechende digitale Verbindungsstärke für deren Betrieb sicherstellen. Ärztinnen und Ärzte bekommen damit die Möglichkeit, die medizinische Versorgung im Strafvollzug aufrechtzuerhalten, ohne dabei vor Ort sein zu müssen.
- Künstliche Intelligenz in der Justiz verantwortungsvoll einsetzen.
- die Videoüberwachung in Justizvollzugsanstalten und Gerichtsgebäuden ausbauen und den Einsatz intelligenter Videoüberwachung verstärken, um die Sicherheit für die Beschäftigten zu erhöhen.
- eine rechtsgebietsübergreifende, flächendeckende Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs anstoßen.
- im Studium der Rechtswissenschaften und im Studium an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege die digitalen Kompetenzen der Studentinnen und Studenten stärken und auch die notwendigen Voraussetzungen für die digitale Arbeit lehren.
- ein digitales Serviceangebot schaffen, über das Registerauszüge und elektronische Erbscheine angefordert werden.

Für eine leistungsfähige Polizei und Ordnungsbehörden

Unsere **Polizistinnen und Polizisten** stellen sich in ihrer täglichen Arbeit den Gefahren der Gewalt und Kriminalität entgegen und schützen unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir werden noch stärker als bisher die Lebenswelt unserer Polizistinnen und Polizisten in den Blick nehmen. Die CDU hat dafür gesorgt, dass mehr Polizistinnen und Polizisten als jemals zuvor in Niedersachsen ihren Dienst verrichten – der noch von der rot-grünen Landesregierung geplante Abbau von 600 Stellen wurde verhindert. Durch diese **personelle Verstärkung** muss insbesondere die **Polizeipräsenz in der Fläche** verbessert werden. Davon ist bisher noch zu wenig zu spüren. Diesen Zustand werden wir ändern, indem wir die Organisation zukunftsfähig aufstellen, die zahlreichen Arbeitskreise auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und die Stäbe verschlanken. Polizistinnen und Polizisten sollen wieder ihren originären Aufgaben - der Kriminalitätsbekämpfung und Einsatzbewältigung - nachgehen, dabei aber so flexibel aufgestellt sein, dass sie schnell auf neue Kriminalitätsphänomene und Einsatzentwicklungen reagieren können.

Eine angemessene Ausstattung ist neben einer personellen Verstärkung ebenso unabdingbar. Darauf werden wir in der nächsten Legislaturperiode einen unserer Schwerpunkte setzen. **Bessere Arbeitsbedingungen und höchstmöglicher Schutz** der Polizistinnen und

Polizisten ist unser Ziel. Wer der Gesellschaft Schutz gibt, muss auch selbst wirksamen Schutz erwarten können. *Deshalb werden wir:*

- die datenschutzrechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Polizeikräfte über das Tablet verlässliche Informationen über die im Einsatz zu erwartende Lage erhalten.
- den Einsatz von Bodycams weiter ausweiten und auch deren Einsatz in Wohnungen rechtlich ermöglichen.
- Dashcams in allen Fahrzeugen des Einsatz- und Streifendienstes installieren.
- eine alternative, gesundheitlich unbedenkliche Tragweise der Dienstwaffe einführen (z. B. in einem Oberschenkelholster).
- soziale Programme wie psychologische Betreuung in den regionalen Betreuungszentren und die erleichterte Teilnahme an Kuren ausbauen.
- das Angebot des Logistik Zentrums Niedersachsen auf die Bedarfe für die persönliche Ausstattung der Polizeikräfte ausrichten, die Lieferzeiten deutlich reduzieren und zu marktgerechten Preisen anbieten.
- das seit vielen Jahren nicht erhöhte Bekleidungsbudget der Polizistinnen und Polizisten erhöhen.
- Spuckattacken strafrechtlich wie Körperverletzung und Widerstand behandeln.
- uns auf die Beschaffung neuer sondergeschützter Fahrzeuge, insbesondere für terroristische Lagen, die an zentralen Orten in Niedersachsen stationiert werden und jeden Einsatzort innerhalb einer Stunde erreichen können, fokussieren.

Einer Misstrauenskultur gegenüber der Polizei treten wir entgegen. Die Polizei verdient und genießt unseren Rückhalt und unsere Wertschätzung. Nicht nur mit Worten, sondern vor allem mit Taten. *Deshalb werden wir:*

- mit einem Attraktivitätsprogramm substanziell die Arbeitsbedingungen verbessern, indem wir den Beförderungsstau innerhalb der Polizei sukzessive abbauen. Hierfür werden wir in Abstimmung mit den Personalräten und den Gewerkschaften ein verbindliches Stellenhebungsprogramm für fünf Jahre vereinbaren, mit dem Ziel, die Wartezeit für das erste Beförderungsamts grundsätzlich auf acht Jahre zu verkürzen.
- die Polizeizulage auf 200 Euro erhöhen und dynamisch an die Preisentwicklung anpassen.
- die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten sowie der Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten im Schichtdienst durch die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) stärker honorieren.
- die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage nach dem Vorbild des Bundes und anderer Bundesländer auch für Niedersachsen einführen.
- Erschwerniszulagen für besonders belastende Arbeitsbereiche einführen, z. B. für Tatortgruppen oder Auswertung von Bildmaterial bei Kindesmissbrauch.
- die Einstellung von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern durch das Vorziehen des Einstellungstermins auf den 1. September und die Schaffung eines zweiten Einstellungstermins am 1. März attraktiver gestalten.

- die Anzahl der verfügbaren Studienplätze an der Polizeiakademie auf mindestens 1.600 festzulegen, dass es erlaubt, alle zukünftigen Abgänge durch die Neuausbildung von Polizistinnen und Polizisten zu ersetzen und damit den Personalstand zu erhalten.
- durch Kampagnenarbeit Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern die Möglichkeit bieten, in den Polizeidienst einzusteigen.
- die Beschwerdestelle Polizei in ihrer bisherigen Form abschaffen und sie zu einer Beschwerdestelle für die ganze Landesverwaltung umwandeln, bei der auch die anonyme Schilderung von Sachverhalten möglich ist.

Zu besseren Arbeitsbedingungen gehören moderne Arbeitsplätze. Viele Dienststellen und Ausbildungsorte der Polizei müssen an den aktuellen Standard angepasst werden. Dazu zählt auch eine leistungsstarke digitale Infrastruktur für alle **Liegenschaften**. Zudem wollen wir unsere Polizei mit einer starken Präsenz in der Fläche halten. *Daher werden wir:*

- eine Investitionsoffensive für die bauliche und infrastrukturelle Ertüchtigung der Liegenschaften des Landes aufsetzen, um den vorhandenen Sanierungsstau aufzulösen.
- Polizeidienststellen mit erhöhtem Sanierungsbedarf kernsanieren oder bei Wirtschaftlichkeit neu bauen, damit unsere Beamtinnen und Beamten bestmöglich ihren Dienst verrichten können. Hierbei werden wir stärker auf Öffentlich-Private Partnerschaften beim Ausbau setzen.
- ein neues Instrument nutzen, um nach dem Motto „Günstiger, schneller, besser“ Neubauten errichten zu können. Hierfür werden wir, nach entsprechender Ausschreibung mit einem Architekturbüro, Standard-Dienststellen entwerfen und auf deren Grundlage bedarfsorientiert Liegenschaften in Form der Modulbauweise planen und errichten.
- auch die polizeilichen Lehr- und Lernstätten unseres Landes gezielt sanieren, damit der Lehrbetrieb unter optimalen Bedingungen stattfinden kann.
- Polizeistationen und Kommissariate in der Fläche erhalten.

Die **Polizei muss digitaler werden** – in ihrer Ausstattung wie auch ihren Arbeitsmethoden. Das Internet spielt bei vielen Straftaten eine stetig wachsende Rolle. Täterinnen und Täter nähern sich ihren Opfern unbemerkt, erschleichen sich deren Vertrauen und nutzen es in verschiedenster Weise aus. *Deshalb werden wir:*

- eine klare Regelung für einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Bundesländern schaffen. Datenschutz darf hier kein Hindernis sein.
- die gesetzlichen Grundlagen schaffen für einen dauerhaften elektronischen Austausch zwischen dem polizeilichen Staatsschutz, Landeskriminalamt, Verfassungsschutz, polizeilichem Einsatzdienst und kommunalen Ausländer- und Ordnungsbehörden sowie für automatisierte Softwareanwendungen zur strukturierten und umfassenden Datenanalyse.
- in die IT-Infrastruktur der Polizei investieren und die Datenverarbeitung mittelfristig in Form einer Cloudlösung durch einen IT-Dienstleister ausführen lassen, der alle

Sicherheitsanforderungen erfüllt und bei dem alle Anwendungen zentral und integriert laufen.

- eine Laufbahn für spezialisierte Kräfte, insbesondere IT-Kräfte einführen, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe besser konkurrieren zu können.
- Cybercops in der digitalen Welt ohne besonderen Anlass „Streife gehen“ lassen, Straftaten möglichst zu verhindern und den Bürgerinnen und Bürgern auch für einfache Fragen bezüglich Cybersicherheit zur Verfügung zu stehen.
- Software, die nützliche Anwendungen für die Polizeiarbeit bietet, stärker von zertifizierten Unternehmen einkaufen und weniger selbst programmieren. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Lösungen, die Künstliche Intelligenz und große Datenmengen nutzen.
- auf intelligente Videoüberwachung setzen und dafür Modellprojekte initiieren, insbesondere in Fußballstadien zur Verhinderung von Ausschreitungen.
- die sogenannte E-Akte innerhalb der Polizei mit Nachdruck vorantreiben.
- die rechtlichen Grundlagen schaffen, dass die Polizistinnen und Polizisten ihre Handys im Einsatz benutzen dürfen und einen entsprechenden Versicherungsschutz dafür erhalten.

Die **Polizeistruktur** werden wir den neuen Herausforderungen anpassen. Zunehmende Straftaten im Internet, Cyberangriffe, aber auch wachsende Clankriminalität und vor allem zunehmender Missbrauch von Kindern machen es notwendig, stärker auf spezialisierte Einheiten zu setzen, die noch enger mit den spezialisierten Abteilungen der Staatsanwaltschaften zusammenarbeiten sollen. Dabei streben wir nicht nur eine fachliche, sondern auch eine räumliche Zusammenlegung der für die Bekämpfung der Cyberkriminalität zuständigen Abteilungen der Staatsanwaltschaften und der Polizei in einem Gebäude an. Zusätzliches IT-Fachpersonal soll Polizei und Staatsanwaltschaft gemeinsam zur Verfügung stehen. Dazu werden wir die Polizeidirektionen auf die Kernkompetenzen konzentrieren, Stäbe reduzieren, Sondereinheiten zur Bekämpfung der digitalen Kriminalität schaffen und eine Zusammenarbeit mit zertifizierten IT-Betrieben vereinbaren. Zudem wollen wir eine starke und vor allem sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche und werden ihre Organisation auch mit dieser Zielsetzung optimieren. *Wir werden:*

- Stabsmodelle in der Landespolizei optimieren.
- die Verteilung der Stellen für Vollzugsbeamtinnen und -beamte im Hinblick auf ihre Präsenz in der Fläche optimieren.
- den Tarifbeschäftigtenbereich stärken, um Vollzugsbeamtinnen und -beamte zu entlasten.
- Reaktions- und Interventionszeiten durch eine flexiblere Organisationsform verkürzen.
- den polizeipsychologischen Dienst stärken, um unsere Beamtinnen und Beamten in schwierigen beruflichen Situationen professionell zu unterstützen.
- versuchsartig pädagogische Fachkräfte in den Städten mit hoher Kinder- und Jugendkriminalität in die Arbeit der Polizeiteams einbinden.

- spezialisierte und gut ausgerüstete Fachkräfte weiter aufbauen und fördern sowie eine sechste Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) aufbauen.

Die **Kommunalen Ordnungsbehörden** nehmen eine wichtige Rolle in unserem Sicherheitsgefüge ein. Bereits seit Jahren trägt der Einsatz von kommunalen Ordnungspersonal dazu bei, dass sich die Menschen in Niedersachsen in ihren Kommunen und Städten sicher fühlen. Ob im öffentlichen Personennahverkehr oder auf den niedersächsischen Straßen – die Ordnungsbehörden leisten in Zusammenarbeit mit den Beamtinnen und Beamten der Polizei herausragende Arbeit. Mit der Reform des niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes haben wir die Kompetenzen der Ordnungsbehörden gestärkt. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zukunftsweisend verbessern. *Deswegen werden wir:*

- die Kommunen bei ihrem Ausbau der Videoüberwachung unterstützen und die einschlägigen Rechtsgrundlagen weiter schärfen.
- jegliche Art des Drogenhandels insbesondere an öffentlichen Plätzen, Schulen, Kindergärten und Sporthallen strikt unterbinden und die Verantwortlichen konsequent bestrafen.
- die kommunalen Ordnungskräfte an den Funk der Behörden anschließen, um die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Ordnungsdiensten zu verbessern.

Cyberabwehr

Die Digitalisierung bietet viele Chancen – leider auch für Kriminelle. Kriminalität verlagert sich zunehmend ins Digitale. Doch weder in der analogen noch in der digitalen Welt dürfen wir rechtsfreie Räume zulassen. Die Strafverfolgungsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, auf diese neuen Herausforderungen adäquat reagieren zu können und Straftaten im digitalen Raum ebenso zu verfolgen und zu ahnden wie in der realen Welt. Deshalb müssen die **Cybersicherheit** und die **Cyberabwehr** höchste Priorität haben: Die Daten unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Behörden und Unternehmen gilt es ebenso zu schützen wie die kritische Infrastruktur. Dabei kommt es darauf an, dass wir Strukturen schaffen, die schnell und zielgenau handeln, die notwendige Analysekapazität besitzen und die eng mit der freien Wirtschaft und den Behörden für Cybersicherheit auf Bundesebene vernetzt sind.

Durch den Ukraine-Krieg und angesichts eines mit hochgerüsteten Hackereinheiten immer aggressiver agierenden Russlands sind wir hier besonderen Bedrohungen ausgesetzt. Es geht darum, mögliche Cyberangriffe auf staatliche Strukturen und Unternehmen präventiv zu verhindern. Dazu wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur für die Cyberabwehr auf Landesebene überarbeiten und neu aufstellen. Es muss eine bessere Vernetzung zwischen allen Sicherheitsbehörden, den Unternehmen der kritischen Infrastruktur und den zuständigen Stellen für die Landes-IT sowie mit den entsprechenden Behörden des Bundes geben. *Deshalb werden wir:*

- ein Landesamt als Kompetenzzentrum zur Bekämpfung von Netz- und Cyberkriminalität einrichten und die Kompetenzen für den Schutz der IT-Netze im neuen

Landesamt zentralisieren. Dieses Landesamt wird als Partner des Bundesamtes für Informationstechnik des Bundes agieren.

- einen Cybersicherheitsrat auf Landesebene mit Vertretern aller Landessicherheitsbehörden und der Landes-IT sowie Vertretern der kritischen Infrastruktur gründen – für die fortlaufende und fachkundige Beratung der Landesregierung.
- ein umfassendes Konzept für den Schutz der digitalen Infrastruktur im Cybersicherheitsrat entwickeln.
- die Kompetenzen und rechtlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit mit dem Bund im Gesetz für die Digitalisierung der Verwaltung und Informationssicherheit ausweiten und stärken.
- unsere Sicherheitsarchitektur in der Landes-IT durch zusätzliche Sensoren und Anomalie-Erkennungssysteme ertüchtigen.
- das Landeskriminalamt zur zentralen Behörde für die Ermittlung und Bekämpfung von Straftaten im Internet ausbauen.
- Ermittlungsdienste durch qualifiziertes Fachpersonal ergänzen (z. B. IT-Expertinnen und -Experten für den Bereich Cybercrime).

Verfassungsschutz

Ein effektiver **Verfassungsschutz** ist ein weiterer wichtiger Grundpfeiler unserer Sicherheitsarchitektur in Niedersachsen. In der auslaufenden Legislaturperiode haben wir den Verfassungsschutz auf ein personelles Höchstniveau gebracht und auch die technische Ausstattung maßgeblich ausgebaut. **Dieses Niveau wollen wir halten und die Arbeit des Verfassungsschutzes stärken.** Dazu müssen wir die rechtlichen Grundlagen für die nachrichtendienstlichen Mittel im Verfassungsschutzgesetz weiter reformieren und die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der Polizei weiter vorantreiben. Jeglicher Form von Gewalt, Kriminalität und religiös oder politisch motiviertem Extremismus treten wir entschlossen entgegen.

In den vergangenen Jahren hat die Gefahr durch unterschiedlichste Formen des **Extremismus** stark zugenommen – durch links- und rechtsextremistische Aktivitäten sowie islamistische Strömungen ebenso wie durch die sogenannten Reichsbürger oder andere Verschwörungstheoretiker, die sich in den Echokammern sozialer Medien immer weiter radikalisieren und in Zukunft möglicherweise auch Gewalttaten verüben könnten. Was sie allesamt verbindet: **Sie gefährden unsere Sicherheit.** Viele geplante islamistische Terroranschläge konnten beispielsweise nur durch Hinweise befreundeter Partnerdienste vereitelt werden, weil dort verschlüsselte Kommunikation beobachtet und ausgewertet wurde – ein Beleg für die Notwendigkeit starker Sicherheitsbehörden auf der Höhe der Zeit und ihre Vernetzung untereinander.

Wir werden die Menschen in Niedersachsen vor Rechts- oder Linksextremismus ebenso schützen wie vor religiös motiviertem Extremismus. Dies ist nur mit einem starken Verfassungsschutz zu gewährleisten. *Daher werden wir:*

- das Verfassungsschutzgesetz grundlegend überarbeiten mit dem Ziel, den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden zu verbessern, überflüssige

- Datenschutzregelungen zu streichen und die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung zu erweitern (u. a. Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung).
- jeden Phänomenbereich in der Beobachtung des Verfassungsschutzes gleichberechtigt behandeln und insbesondere auch die Beobachtung des Linksextremismus auf das Niveau der anderen Phänomenbereiche heben.
 - das Informations- und Analysezentrum von Verfassungsschutz und Landeskriminalamt ausbauen.
 - die Sicherheitszulagen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes erhöhen und ruhegehaltstauglich machen.
 - ein Fortbildungskonzept für den Verfassungsschutz entwickeln, um besondere Kenntnisse zu erwerben und zu vertiefen.
 - es für alle Beschäftigten im Sicherheitsbereich der Verwaltung zur Regel machen, eine Sicherheitsabfrage beim Verfassungsschutz durchzuführen.
 - den Neubau des Gebäudes für den Verfassungsschutz vorantreiben und zügig vollenden.
 - uns für eine Verbunddatei zum gewaltorientierten Linksextremismus einsetzen.

Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz

Der **Katastrophenschutz** ist ein wesentlicher Bestandteil der **Sicherheitspolitik** in unserem Bundesland. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und die Vorsorge für den Krisenfall, aber auch ein entsprechendes Bewusstsein in der Bevölkerung sind elementar. **Katastrophenschutz** ist nicht denkbar ohne die Menschen, die sich haupt- und ehrenamtlich dafür einsetzen. Gerade in Zeiten von Starkregenereignissen und extremen Wetterphänomenen stehen unsere Katastrophenschützer vor einer großen Herausforderung und leisten oftmals unter Einsatz ihrer Gesundheit einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen. Daher müssen wir den Katastrophenschützern, den Hilfsorganisationen und dem Zivilschutz mehr Anerkennung zeigen und die Grundlagen ihrer Arbeit stärken. *Daher werden wir:*

- den Katastrophen- und Zivilschutz finanziell und materiell erheblich besser ausstatten. Bei der Förderung für die Beschaffung von Einsatzfahrzeugen streben wir eine dauerhafte Erhöhung an.
- Reservekapazitäten bei Technik und Ausrüstung aufbauen und dazu Zentrallager errichten, um eine bessere und schnellere Krisenbewältigung zu gewährleisten.
- Darauf hinwirken, dass die Katastrophenschutzbehörden und Polizeidirektionen dieselbe Software zur Erstellung ihrer Katastrophenschutzpläne verwenden.
- Landeseinheiten mit Spezialfahrzeugen und spezieller Ausrüstung für den Brand- und Katastrophenschutz aufbauen und vorhalten.
- regelmäßig Katastrophenschutzübungen durchführen und dies gesetzlich festschreiben.
- ein einheitliches Regelwerk für Fahrzeuge und Materialbeschaffung entwickeln und mit anderen Ländern abstimmen sowie Ausschreibungen bündeln, um die Anschaffungskosten deutlich zu reduzieren.

- das Sirennetzwerk in Niedersachsen reaktivieren, damit bei Gefahr die Bevölkerung umgehend und wirkungsvoll gewarnt werden kann.
- das Cell-Broadcasting einrichten, sodass im Fall einer Gefahr auch über Mobiltelefone Nachrichten an möglichst viele Bürgerinnen und Bürger gesendet werden.
- den Schutz der kritischen Infrastruktur deutlich verbessern, indem entsprechende Unternehmen und Organisationen verpflichtet werden, sich gezielt auf Katastrophenszenarien vorzubereiten und Notfallpläne insbesondere bei Cyberangriffen zu entwickeln. Ein entsprechendes Kontrollsystem wird eingerichtet.
- vor dem Hintergrund der vom Bund geplanten Notfallversorgung in integrierten Notfallzentren für die Kassenärztlichen Vereinigungen die gesetzliche Grundlage schaffen, die ambulante Notfallversorgung dort selbst sicherzustellen oder diese Verantwortung in Absprache mit dem Land ganz oder teilweise auf die Betreiber zu übertragen. Die Übertragung der Verantwortung auf die Hilfsorganisationen soll die reibungslose Vernetzung der Rettungsleitstellen mit den Leitstellen der Kassenärztlichen Vereinigungen und standardisierten Einschätzungssystemen fördern.
- die Freistellungsansprüche und den Bildungsurlaub im Dialog mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bedarfsgerecht erweitern und für die im Katastrophen- und Zivilschutz tätigen Ehrenamtlichen ausweiten.

Ein leistungsstarker und zukunftsfester **Brandschutz** ist ein unverzichtbarer Stützpfeiler in unserem Gemeinwesen und für unsere Sicherheit. Unsere **Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren** in den Gemeinden und Städten knüpfen ein engmaschiges Netz, das weltweit seinesgleichen sucht: Dabei riskieren sie unter schweren und oft gefährlichen Bedingungen ihre Gesundheit und ihr eigenes Leben. So wie die niedersächsischen Feuerwehren unsere Bevölkerung schützen, müssen auch die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner bestmöglich geschützt werden. Dies muss durch fortlaufende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, aber auch durch die Anschaffung neuer Ausrüstung gewährleistet werden. Unser Respekt für diese für die Gemeinschaft wichtige Leistung muss sich in unseren Maßnahmen für die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner widerspiegeln. *Deswegen werden wir:*

- das Brandschutzgesetz grundlegend reformieren und dabei die Grundlagen für das ehrenamtliche Engagement deutlich verbessern – zum Beispiel durch die Ausweitung der Freistellungsansprüche für die Jugendfeuerwehr und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger.
- eine verlässliche Finanzierungsperspektive für die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) am Technik- und Trainingszentrum Celle-Scheuen und Loy in Rastede geben und die Bauvorhaben auf dem Gelände des Technik- und Trainingszentrums Celle-Scheuen konsequent vorantreiben. Die Finanzierung werden wir im Rahmen eines Investitionsbudgets sicherstellen, um die notwendigen Gebäude und Übungsstätten schnellstmöglich fertigstellen zu können.
- im Zuge des Ausbaus der Kapazitäten am NLBK das Schulungsangebot ausweiten und dafür auch die notwendigen Ausbilderstellen im Haushalt absichern.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- die Finanzierung der Feuerwehren auf eine zukunfts feste und breite Grundlage stellen und uns dafür einsetzen, den Landesanteil zu verstetigen und im Rahmen der Haushaltslage zu erhöhen.
- die Arbeit unserer Freiwilligen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner attraktiver gestalten, indem wir eine niedersächsische Feuerwehrrente einführen. Das Land Niedersachsen wird dafür bis zum 31.12.2025 einen rechtlichen und finanziellen Rahmen schaffen.
- die Entwicklung eines Bausatzsystems des Landes für Neubauten von Feuerwehrhäusern, auf das die Kommunen zugreifen können vorantrieben, um die Kosten zu senken und Verfahren zu beschleunigen.
- die Arbeit unserer freiwilligen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner stärker honorieren, indem wir beispielsweise eine landesweite Ausgabe eines Feuerwehrdienstausweises einführen. Dabei soll jede Kommune selbst entscheiden, in welchem Umfang dieser Ausweis zur Vergünstigung bei der Nutzung gemeindlich betriebener Einrichtungen berechtigt.
- in einem Pilotprojekt Ehrenamtslotsen im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr erproben.
- uns konsequent gegen die Gewalt gegen Feuerwehrkräfte im Einsatz stellen. Zu diesem Zweck werden wir ein landesweites Meldesystem einrichten, damit den Feuerwehrkräften konkret geholfen werden kann, sollte es während eines Einsatzes zu Übergriffen kommen.
- ehrenamtlichen Kräften bei den Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten und den Hilfsorganisationen einen optimalen Kranken- und Unfallschutz zur Verfügung stellen und sie bei der Freistellung unterstützen.
- Kommunen mit einem Förderprogramm für den Neu- und Ausbau sowie der Sanierung von Gerätehäusern unterstützen.

Die **Bundeswehr** muss nicht nur einen effektiven Beitrag zur Abschreckungsfähigkeit gegenüber russischen Machtambitionen leisten, sie ist auch ein entscheidender Akteur im Katastrophenschutz. Außerdem ist sie ein wichtiger ziviler Arbeitgeber. Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verdienen mehr gesellschaftliche Anerkennung als bisher. *Daher werden wir:*

- die Bundeswehr als einen wichtigen Akteur in Niedersachsen noch effektiver unterstützen.
- die gemeinsame Sicherheitsarchitektur von Polizei, Sicherheitsbehörden und Bundeswehr im Katastrophenschutz konsequent verbessern. Über die Amts- und Katastrophenhilfe sollen, unter Leitung der Polizei, gemeinsame Einsätze im Innern verstärkt geübt werden.
- das staatliche Baumanagement zu zügigem Handeln bei Liegenschaften der Bundeswehr anweisen.
- gegenüber dem Bund fordern, alle niedersächsischen Standorte der Bundeswehr zu erhalten.

- den Belangen der Bundeswehr mehr Raum geben, indem wir öffentliche Gelöbnisse fördern und so die Bundeswehr stärker in der Mitte der Gesellschaft verankern.

Ausländerbehörden

Zahlreiche Krisen haben in den vergangenen Jahren zu vielfältigen Flüchtlingsströmen geführt: Weltweit sind 82 Millionen Menschen auf der Flucht. Wir bekennen uns zu unserer humanitären und christlichen Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen, Geflüchteten Schutz zu gewähren und für sie eine neue Bleibe zu schaffen. Auf der anderen Seite gilt es, Menschen ohne Bleibeperspektive durch unsere Ausländerbehörden rückzuführen. Unser Recht müssen wir in allen Bereichen durchsetzen – unabhängig von individueller Herkunft. Dies gelingt allerdings nur mit einem funktionierenden Rückkehrmanagement. Effektiven Rückführungen von Ausländern aus der Strafhaft beispielsweise stehen bislang behördliche Mehrfachzuständigkeiten im Wege, die, verbunden mit mangelnder Expertise, teils sogar zur Verhinderung von Abschiebungen führen. *Deshalb werden wir:*

- die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen stärken und als zentrale Behörde für die Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern etablieren, um so die kommunalen Ausländerbehörden zu entlasten. In einem Modellprojekt soll zunächst die Rückführung von straffälligen oder mitwirkungsunwilligen ausreisepflichtigen Ausländern auf die Landesaufnahmebehörde übertragen werden.
- eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden treffen, in der wir ausreichend Stellen für die qualifizierte Sachbearbeitung bei der Landesaufnahmebehörde sicherstellen.
- eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwaltschaften und den Ausländerbehörden gewährleisten. Ausweisung, Beschaffung von Passersatzpapieren, Vorbereitung und Durchführung der Abschiebung sollen in einer Hand liegen.
- die Auslesung von Daten von mobilen Geräten zu einer Standardprozedur machen, um Informationen zu Identität und Herkunft gewinnen zu können.
- Asylverfahren schnell und effektiv gestalten und die Einrichtung von Clearingstellen vorantreiben.
- die Residenzpflicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen einführen und die Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Kommunen nur bei positiver Bleibeperspektive unterstützen.

Prävention und Opferschutz

Im Hinblick auf extremistische Tendenzen kommt gerade der Prävention eine entscheidende Rolle zu. Deshalb haben wir der **Prävention** in der zu Ende gehenden Legislatur eine herausragende Stellung im Justizministerium eingeräumt. Die Justizministerin hat dort eine Referatsgruppe „Prävention“ eingerichtet. Diesen Bereich wollen wir weiter stärken.

Unsere Sicherheit in Niedersachsen wird wesentlich durch unsere Sicherheitsbehörden gewährleistet. Sie wollen wir stärken und ausbauen, sodass sie im Laufe der nächsten fünf Jahre noch schlagkräftiger werden. Opfer von Straftaten sind und waren einer großen seelischen und körperlichen Belastung ausgesetzt. Deshalb muss diesen Menschen mit großer

Aufmerksamkeit und Einfühlungsvermögen begegnet werden. **Opferschutz** zählt mehr als Täterschutz. Für einen verbesserten Opferschutz *werden wir*:

- eine intensivere Betreuung aller Menschen gewährleisten, die Opfer einer Straftat geworden sind.
- die Zusammenarbeit mit nicht staatlichen Organisationen wie dem Weißen Ring intensivieren.
- spezialisierte Beratungsstellen für Betroffene extremistischer Gewalt verstetigen und ausbauen.
- das bewährte Netzwerk „ProBeweis“, welches Hilfe und Unterstützung für Frauen und Männer bei häuslicher Gewalt und/oder sexualisierter Gewalt bietet, fördern und ausbauen sowie uns für eine verlässliche bundeseinheitliche Regelung zur Leistungsfähigkeit und Qualitätssicherung von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Frauenberatungsstellen einsetzen. Eine entsprechende Finanzierung ist sicherzustellen.
- für Opfer einer Sexualstraftat einen rechtlichen Pflichtbeistand stellen.
- uns für die Videoaufzeichnung bei Erstvernehmungen von Opfern von Sexualstraftaten einsetzen.
- die Mittel für Betreuungsvereine weiter erhöhen.
- das Gewaltschutzgesetz um das Schutzgut der sexuellen Selbstbestimmung erweitern.
- Missbrauchsprävention insbesondere im Zusammenhang mit Kindern in Einrichtungen wie beispielsweise Sportvereinen stärken.
- uns im Bund dafür einsetzen, den Schutz von Zeugenadressen in der Strafprozessordnung zu stärken. Wir werden den Persönlichkeitsschutz des Verletzten wahren und eine angstfreie Aussagesituation ermöglichen.
- den Opfern schneller zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche nach einer Straftat verhelfen.

Vorsorgemaßnahmen für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zu treffen ist eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft und unseres Staates. Für eine verstärkte **Prävention** *werden wir*:

- Extremismus jeglicher Art durch szenetypische Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen für das Justizpersonal entschieden entgegnetreten. Zur Bekämpfung des Extremismus müssen örtliche Dienststellen die Möglichkeit erhalten, auf szenekundige Beamte zurückzugreifen.
- das Netz von Präventionsräten und den Landespräventionsrat gezielt weiterentwickeln und ganzheitliche Präventionsarbeit gegen alle Formen von Extremismus anbieten.
- das Kompetenzforum Kommunen bei der Präventionsarbeit finanziell unterstützen und die bisherige Kompetenzstelle für Islamismus-Prävention Niedersachsen (KIP NI) zu einem wirkungsvollen Instrument ertüchtigen.

- Sicherheitspartnerschaften vor Ort zur Prävention und Deradikalisierung schaffen, mit Blick auf Rechtsextremismus, aber auch Linksextremismus, Antisemitismus und Islamismus.
- insbesondere das Thema Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker in den Mittelpunkt der Präventionsarbeit stellen.

1989 erhoben sich die Menschen in der DDR und brachten das SED-Regime in einer friedlichen Revolution zu Fall. Mit ihrem mutigen Handeln machten sie die deutsche Wiedervereinigung erst möglich. Viele **Opfer des SED-Unrechts** aber leiden noch immer unter den Folgen von Unterdrückung und Gewalt, Haft und Flucht. *Wir werden:*

- unseren Beitrag für die Bewältigung dieses Leids leisten und die Anstrengungen des Landes steigern.
- dieses Unrecht in all seinen Formen auch in Niedersachsen weiter aufarbeiten lassen. Dazu gehören auch mögliche Verbindungen von niedersächsischen Landtagsabgeordneten zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR.
- wissenschaftliche Beiträge zur Erforschung der DDR-Geschichte fördern.

8 SOZIALES NIEDERSACHSEN – GESUNDHEIT UND PFLEGE

Gesundheit als höchstes Gut

Unsere Gesundheit ist unser höchstes Gut und Grundvoraussetzung für ein aktives Leben. Jede und jeder von uns ist für das eigene Wohlergehen bis zu einem gewissen Grad selbst verantwortlich, muss sich aber im Krankheitsfall auf modernste medizinische Versorgung verlassen können. Das Gesundheitssystem ist ein zentrales Feld, bei dem die Menschen in Niedersachsen zu Recht hohe Erwartungen an die Politik haben. Dieser Verantwortung gilt es gerecht zu werden: Wir streben auch für die Zukunft eine **flächendeckende Versorgung mit Fach- und Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern** in den ländlichen Räumen wie auch in den Oberzentren unseres Landes an. Alle Menschen in Niedersachsen sollen sich auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung in ihrer Nähe verlassen können. In vielen niedersächsischen Regionen Niedersachsens wird es zunehmend schwieriger, dieses Ziel zu erreichen – da Ärztinnen und Ärzte fehlen. Hier sind uns in den letzten Jahren bereits große Erfolge mit zusätzlich rund 190 Medizinstudienplätzen an den drei Universitäten in Niedersachsen gelungen. Doch wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen. *Aus diesem Grund werden wir:*

- Die Studienkapazitäten in den medizinischen Studiengängen weiter ausbauen. Hierzu wollen wir bis zu 200 zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin, 50 zusätzlich Studienplätze in der Zahnmedizin und 20 zusätzliche Studienplätze in der Pharmazie schaffen.
- den Vorrang der Selbstverwaltung forcieren, da Vertragsärztinnen und Vertragsärzte sowie Krankenkassen am besten wissen, was für die Versorgung von Patientinnen und Patienten notwendig ist.

- medizinische Hochschulen und Fakultäten dabei unterstützen, die für die Ausweitung der allgemeinmedizinischen und berufspraktischen Ausbildungsteile notwendigen Lehrpraxen zu gewinnen. Wir werden zu Kooperationen der Hochschulen mit Lehrkrankenhäusern beitragen.
- den Zugang zum Medizinstudium aus einer Kombination aus Numerus clausus, Vorerfahrungen und Medizintest einführen.
- eine gleichmäßigere und ausgewogenere Verteilung der ärztlichen Versorgung in Niedersachsen herstellen. Dafür in Frage kommen verbindliche Vorgaben zum Aufkauf von Arztsitzen sowie die Vermeidung von Nachbesetzungen in überversorgten Gebieten.
- in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Anreizsysteme schaffen, um junge Ärztinnen und Ärzte zu einer Niederlassung in unterversorgten Bereichen zu bewegen.
- eine Initiative zur Wertschätzung der Selbstständigkeit starten, um auch so die Niederlassungsbereitschaft von Ärztinnen und Ärzten zu erhöhen.
- uns weiter dafür einsetzen, ausländische Berufsqualifikationen in Niedersachsen unter Beibehaltung hoher fachlicher und sprachlicher Anforderungen zügig anzuerkennen.
- die Rahmenbedingungen für eine hausärztliche Tätigkeit verbessern, indem wir die Vergütungszuschläge/Honoraranpassungen durch Neubewertung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) anpassen.
- das System der örtlichen ärztlichen Assistenzkräfte wie Versorgungsassistentinnen und –assistenten in den Hausarztpraxen (VERAH) unterstützen und dieses in Zusammenarbeit mit den Ärzten weiter auszubauen. Im Zusammenspiel mit telemedizinischen Angeboten kann dieses System einen wichtigen Beitrag für eine flächendeckende medizinische Versorgung in Niedersachsen leisten.

Ebenso ist eine gute **stationäre Versorgung** der Menschen in Niedersachsen eine wichtige Säule unserer Gesundheitsversorgung, die es zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen gilt. Zentrale Anlaufstellen des Gesundheitssystems für die Patientinnen und Patienten in Niedersachsen sind die Krankenhäuser. Ob in Notfällen oder bei der Regelversorgung – sie stehen als gesundheitliche Kompetenzzentren im Mittelpunkt der Versorgung. Vor allem gewährleisten sie die stationäre Versorgung bei schwerwiegenden Erkrankungen oder Verletzungen, die eine sofortige Behandlung durch spezifische medizinische Technik und durch medizinisches Fachpersonal erfordern. Die hohe Versorgungsqualität unserer Kliniken steht für uns dabei an erster Stelle. *Deshalb werden wir:*

- in unsere Krankenhausstruktur weiter investieren, um durch die Einführung von Versorgungsstufen die Versorgungsqualität weiter zu steigern und eine verlässliche Grundversorgung flächendeckend zu gewährleisten.
- die notwendigen Investitionsmittel für den strukturellen Umbau der niedersächsischen Krankenhäuser zügig auf 8 Prozent der Gesamterlöse der stationären Leistung erhöhen.

- die Bauprojekte an der Medizinischen Hochschule Hannover sowie der Universitätsmedizin Göttingen schnellstmöglich umsetzen. Die ab dem Jahr 2024 vorgesehene Zuführung von jährlich 100 Millionen Euro an das Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen im Bereich der Hochschulen in staatlicher Trägerschaft soll hierzu beitragen. Den Bau des Forschungs- und Bürogebäudes einschließlich der Nassanatomie an der European Medical School in Oldenburg wollen wir bis 2026 abschließen, um den geplanten Aufwuchs der Studienplätze auf 200 am dritten vollwertigen niedersächsischen Ausbildungsstandort der Humanmedizin vorerst abschließen zu können.
- bei der Bauplanung von Krankenhäusern pandemische Lagen bedenken.
- Notfallkonzepte zum gestuften Hochfahren stationärer Reserveeinrichtungen erarbeiten.
- uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um mit allen Leistungsträgern des Gesundheitswesens ein Investitionsprogramm für die Hygiene in den Einrichtungen, vor allem in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, aufzulegen, dass dazu beiträgt die Hygienestandards anzuheben und umzusetzen.
- die Entbürokratisierung vorantreiben. Insbesondere das häufig besonders stark geforderte Pflegepersonal hat zu hohe zeitliche Aufwendungen für Dokumentationsaufgaben. Diese Zeit sollte für die Versorgung von Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen.
- bei der Umsetzung der Handlungsempfehlung der Enquetekommission zur ärztlichen Versorgung in Niedersachsen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Universitätskliniken und Maximalversorger sowie notwendige Fallzahlen in hoch spezialisierten Disziplinen berücksichtigen.
- die Behandlung schwerer Erkrankungen an großen Zentren der Schwerpunkt- und Maximalversorgung konzentrieren, um ein höchstmögliches Maß an Qualität zu garantieren.
- die Kliniken der Rehabilitationsmedizin nachhaltig stärken und dabei Bedarfe in den Bereichen ME/CFS und Long Covid angemessen berücksichtigen.
- uns für eine Reform des Vergütungssystems einsetzen. Vorhaltekosten sollen unabhängig von der Anzahl der behandelten Fälle vergütet werden.

Durch die systematische Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgungsstrukturen wollen wir das bürgernahe, leistungsfähige und dezentrale niedersächsische Gesundheitswesen für alle Menschen weiter verbessern. Für uns als CDU in Niedersachsen ist es dabei besonders wichtig, die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu betrachten, da vor allem in Notfällen ein schnelles und professionelles Handeln aller Akteure von besonderer Wichtigkeit ist. *Deshalb werden wir:*

- sicherstellen, dass eine gute Notfall-, Grund- und Regelversorgung innerhalb von 30 Minuten erreichbar ist.
- ein Förderprogramm für Gesundheits- und Versorgungszentren im ländlichen Raum aufsetzen.

- die Betreuungssituation und -angebote für Kinder mit Behinderung schnellstmöglich verbessern.
- Gemeindenotfallsanitäterinnen und -sanitäter als Rettungsmittel im niedersächsischen Rettungsdienstgesetz verankern und flächendeckend etablieren. Damit stärken wir die Notfallversorgung vor allem im ländlichen Raum.
- In Katastrophenfällen eine Entgeltfortzahlung für alle Einsatzkräfte schaffen und diese im Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz verankern.
- die Kompetenzen von Notfallsanitäterinnen und -sanitätern und Pflegekräften ausweiten, damit sie auch den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst übernehmen.
- das System der Rettungsleitstellen in Niedersachsen neu konzeptionieren und landesweit einheitliche Standards einrichten. Hierbei werden wir eine eigene Laufbahn für Leitstellenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter schaffen.
- die Apotheke vor Ort als einen Lotsen im Gesundheitswesen etablieren, um als niedrigschwellige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger fachlich und empathisch zu beraten.
- uns für eine weitere Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes einsetzen und bei den verantwortlichen Akteuren für konkrete Personalaufwuchs-Konzepte und für Verbesserung sorgen.
- die Menschen in Niedersachsen zur Teilnahme an Reanimations- und Erste-Hilfe-Kursen aufrufen, für mehr direkte Hilfe in Notfallsituationen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass ab der 9. Klasse einmal jährlich Wiederbelebung-Unterricht an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen eingeführt wird.
- zusätzliche Rettungshubschrauber in Dienst stellen, um Veränderungen der Krankenhausstruktur Rechnung zu tragen.
- die Studienplätze für das Berufsbild des Physician Assistant (PA) zur Verbesserung der medizinischen Versorgung ausbauen.
- die Hospiz- und Palliativmedizin weiter finanziell fördern und ausbauen.

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens bietet uns zahlreiche Chancen. Für viele Patientinnen und Patienten kann die Digitalisierung dazu beitragen, die Versorgungsqualität insgesamt deutlich zu verbessern. Durch neue technische Voraussetzungen können Informationen schneller und über weite Distanzen zwischen den Versorgungssektoren und den medizinischen Professionen ausgetauscht werden, um schnell und adäquat zu helfen. Dieses Prinzip greift die **Telemedizin** auf. Durch den Einsatz audiovisueller Kommunikationstechnologien werden, trotz räumlicher Trennung, Diagnostik, Konsultation und medizinische Unterstützung in Notfällen durchgeführt. Die **digitale Gesundheitsversorgung** und die damit verbundene Telemedizin werden einen großen Nutzen für den ländlichen Raum entfalten. *Deshalb werden wir:*

- mit allen Akteuren – Krankenkassen, Politik und Leistungserbringer – ein umfassendes Konzept der digitalen Gesundheitsversorgung für Niedersachsen erarbeiten und umsetzen.

- telemedizinische Fernbehandlungen anwenden und fördern und dafür flächendeckend mobile und telemedizinische Versorgungssysteme nach den Vorbildern der Pilotprojekte TELEARZT-Pflegeprojekt in Gifhorn oder Telemedizin im Bereitschaftsdienst Delmenhorst im ländlichen Raum einführen.
- die digitale Patientenakte, das eRezept und deren flächendeckende Einführung unterstützen.
- den Bekanntheitsgrad der Telemedizin als Maßnahme der digitalen Gesundheitsversorgung in Niedersachsen stärken.
- Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich digital abbilden, um für viele Menschen in Niedersachsen eine Teilnahme an gesundheitlichen Vorbeugemaßnahmen zu schaffen.
- die finanziellen Bedarfe der Krankenhäuser stärker berücksichtigen, um den Anforderungen der digitalen und personalisierten Medizin gerecht zu werden.
- das Krankenhauszukunftsgesetz anpassen, damit die Förderung für die digitale Ausstattung der Krankenhäuser ausreicht, um die Leistungsfähigkeit zu gewährleisten.
- die flächendeckende Digitalisierung der Arztpraxen und Gesundheitszentren fördern und fortlaufende Schulungen für Ärztinnen und Ärzte innerhalb des Bereichs der Telemedizin anbieten.
- an Großkliniken telemedizinische Zentralen ausbauen.
- die Software IVENA um ein Modul zur direkten Weiterleitung der Notfalldaten aus dem Rettungswagen an das Krankenhaus erweitern.

Psychische Gesundheit und damit auch psychische Erkrankungen spielen eine immer wichtigere Rolle in der vernetzten Gesellschaft. Auch ungewisse und neuartige Erfahrungen von Verwundbarkeiten moderner Gesellschaften wie in der Corona-Pandemie werden nicht ohne Folgen für die psychosoziale Gesundheit der Menschen bleiben. *Deshalb werden wir:*

- in Zusammenarbeit mit der Gesetzlichen Krankenversicherung ambulante psychosoziale Angebote im Rahmen der Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft und der Landesverwaltung ausbauen und fördern.
- dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur Verfügung stehen werden.
- den Ausbau des Modellprojekts „Gemeindenahe Psychiatrische Zentren“ flächendeckend vorantreiben.
- die Nutzung der Telemedizin in der Psychotherapie in Niedersachsen evaluieren und bei Bedarf so ausbauen, dass alle Initiativen zur Verbesserung der Lage im Feld der „psychischen Gesundheit“ gestärkt werden.
- die Angebote zur Stärkung der mentalen Gesundheit bei Kindern und jungen Menschen ausbauen.
- das Problem der Einsamkeit erforschen, um die psychische Gesundheit aller Betroffenen zu stärken.

Eine effektive und sichere **Versorgung mit Arzneimitteln** ist für unser Gesundheitssystem essenziell. Damit auch zukünftig eine sichere Versorgung gewährleistet wird, wollen wir die

Apotheken und Krankenhausapotheken bei den neuen Herausforderungen unterstützen. *Deshalb werden wir:*

- die wohnortnahe unabhängige Versorgung mit Arzneimitteln für die Menschen in Niedersachsen gewährleisten.
- die besondere Stellung und Bedeutung der Apotheken für die Arzneimittelversorgung in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.
- die Apotheken bei der Digitalisierung unterstützen, damit sie zu einem wichtigen Akteur in der digitalen Versorgungsstruktur werden.

Für viele werdende Mütter und Väter ist die Suche nach einer Hebamme schwierig. Dabei spielen Hebammen eine entscheidende Rolle bei der Geburtsvorbereitung und -nachsorge. Sie decken ein großes Aufgabenspektrum ab: Beratung, Betreuung und Beobachtung von Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt, während des Wochenbetts und während der Stillzeit. Mit zusätzlich 140 Studienplätzen an vier Standorten sind bereits Maßnahmen ergriffen worden. Es bedarf jedoch weiterer Unterstützung für eine flächendeckende **Hebammenversorgung**. *Deshalb werden wir:*

- eine Landesinitiative zum flächendeckenden Aufbau von Hebammenzentralen einführen.
- flächendeckend geburtshilfliche Abteilungen mit hauptamtlich angestellten Hebammen vorhalten. Hierzu müssen die Leistungen für physiologische Geburten im DRG-Vergütungssystem, dem Fallpauschalen-Katalog, verbessert werden.
- den Aufbau der akademischen Hebammenausbildung fortführen und bedarfsgerecht fortentwickeln.
- die Ausarbeitung landesweiter Kriterien für eine auskömmliche, qualitätsgesicherte Geburtshilfe vornehmen.
- eine Pilotierung innovativer Beratungs- und Versorgungskonzepte im ländlichen Raum umsetzen.
- die Versicherungsproblematik für Hebammen lösen und die Nutzung medizinischer Sensorik für die Vor- und Nachsorge werdender Mütter im ländlichen Raum erleichtern.

Jede Bürgerin und jeder Bürger ist individuell und somit auch ihre oder seine medizinischen Bedürfnisse. Hierbei sollte geschlechterspezifische Medizin mehr Aufmerksamkeit erhalten. *Deshalb werden wir:*

- gemeinsam mit den anderen Bundesländern und in der Gesundheitsministerkonferenz eine Initiative im Bundesrat anstoßen, welche sich für eine Verbesserung der geschlechterspezifischen Medizin einsetzt.
- die Forschung der geschlechtsspezifischen Medizin an Standorten in Niedersachsen fördern.
- eine vermehrte Aufklärung und Entstigmatisierung von geschlechtsspezifischen Krankheiten wie zum Beispiel Endometriose unterstützen.

Die flächendeckende Versorgung von **Zahnmedizinerinnen und Zahnmedizinern** ist für uns ein wichtiger Bestandteil einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung. Auch hier wollen wir die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen. *Deshalb werden wir:*

- im zahnärztlichen Bereich entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Normenkontrollrates die Selbstverwaltung stärken und die Bürokratie abbauen.
- die Zuständigkeit für Kontrollen nach dem Medizinproduktgesetz auf die Kammern übertragen.
- die Dokumentation bei Routineabläufen auf eine Negativdokumentation reduzieren.

Im Zuge des Masterplans Medizinstudium 2020 sowie weiterer umgesetzter, eingeleiteter und geplanter Reformen nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe verändern sich die Berufsbilder des Gesundheitswesens. Um verlässlich hochqualifizierten Nachwuchs in den ärztlichen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen gewinnen zu können, müssen diese Reformen zügig und vollständig umgesetzt werden. Dabei gilt es, die Bedarfe genau zu ermitteln und notwendige Priorisierungen vorzunehmen. *Deshalb werden wir:*

- die Novelle der Ärztlichen Approbationsordnung zügig zum Abschluss bringen und die Umsetzung an unseren medizinischen Fakultäten unterstützen. Unnötige Verzögerungen einschließlich der Berücksichtigung neuer Reformvorschläge sind nicht hinnehmbar und stoßen auf entschiedenen Widerstand der CDU.
- weiteren Reformen in den nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen nur zustimmen, wenn diese fachlich geboten und ihre faire Finanzierung zwischen Bund und Ländern zuverlässig vereinbart ist.

Gute Pflege

Eine qualitativ hochwertige und zugleich bezahlbare Pflege ist ein zentrales Thema für unsere Gesellschaft. Die pflegepolitischen Entscheidungen der kommenden Jahre werden mit darüber entscheiden, ob wir auch zukünftig menschenwürdig im Alter leben können. Viele Entscheidungen werden auf der bundespolitischen Ebene getroffen. Gleichwohl kann auch das Land Niedersachsen in eigener Zuständigkeit einen maßgeblichen Beitrag für eine gute Pflege leisten.

Gute Pflege hängt zuallererst von den Menschen ab, die sie ausüben. Die Pflegerinnen und Pfleger in Niedersachsen leisten schon heute sowohl ambulant als auch stationär in unseren vielen Alten- und Krankenpflegeeinrichtungen Herausragendes. Sie tun dies mit viel Leidenschaft, großem Engagement und einer bewundernswerten Hingabe. Angesichts dieser Leistungen verwundert es nicht, dass viele Pflegekräfte ihre Tätigkeit nicht als Beruf, sondern als Berufung beschreiben. Und wir alle können uns sehr glücklich schätzen, dass sie unser Pflegesystem buchstäblich mit Leben füllen. Uns ist bewusst, dass die Arbeitsbedingungen in der Pflege nicht immer zufriedenstellend sind und dass der individuelle Druck groß ist. Viele Pflegekräfte verlassen den Beruf nach durchschnittlich acht Jahren wieder. Die zentrale Frage ist, ob es uns gelingen wird, in Zukunft **ausreichend Personal** zu finden, das geeignet, motiviert und flexibel zugleich ist. Die Antwort darauf wird entscheidend davon mitbestimmt werden, welche Maßnahmen die Politik ergreift.

Für uns ergibt sich daraus die dringende Handlungsempfehlung, die **Arbeitsbedingungen in der Pflege** zu verbessern und die Menschen, die so viel für uns leisten, konkret zu entlasten. Nur so wird es in der Zukunft gelingen, das vorhandene Personal zu motivieren und zu halten, ausgestiegene Pflegekräfte zurückzugewinnen und genügend Nachwuchskräfte für den Pflegesektor zu gewinnen. *Wir werden:*

- zu Beginn der Legislaturperiode eine Initiative starten, in deren Rahmen wir Vorschläge vorlegen werden, Pflegekräften mehr Kompetenzen innerhalb des Tätigkeitsfeldes Pflege im Gesundheitswesen und in der Altenpflege zu übertragen.
- ein niedersächsisches Programm zur Gewinnung von Fachkräften auflegen, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren 5.000 zusätzliche Pflegekräfte für Niedersachsen gewinnen wollen.
- für eine sachgerechte finanzielle Ausstattung dieses Programms sorgen und damit die Ausbildung sowohl von Lehrpersonal für Pflegekräfte, das Pflegepersonal selbst und die Anwerbung und Gewinnung von ausländischen Pflegekräften fördern.
- einen niedersächsischen **Pflegebeauftragten** ins Leben rufen, der dieses Programm leitet und es maßgeblich vorantreibt.
- eine Initiative zur Rückgewinnung von Pflegekräften auflegen, die ihren Beruf aufgrund der Arbeitsbedingungen den Rücken gekehrt haben.

Die **Ausbildung in der Pflege** werden wir attraktiver gestalten, indem wir diesen Bereich reformieren und dualisieren sowie unsere Auszubildenden besser unterstützen. Zudem werden wir stärker für die Pflegeberufe werben. *Wir werden:*

- die einjährige Ausbildung zur Pflegehelferin bzw. zum Pflegehelfer in Niedersachsen wieder einführen und als einen niedrighschwelligem Einstieg in die Pflegeberufe ausgestalten. Die einjährige Ausbildung zur Pflegehelferin bzw. zum Pflegehelfer in Niedersachsen wieder einführen und als einen niedrighschwelligem Einstieg in die Pflegeberufe ausgestalten. Dabei geht es uns ausdrücklich nicht um eine Professionalisierung der Pflege, sondern darum, mehr Pflegekräfte für die unmittelbare Versorgung der Pflegebedürftigen zu gewinnen und sie gezielter für ihre Aufgaben zu qualifizieren. Dabei werden wir dafür sorgen, dass Pflegehelferinnen und -helfer jederzeit die Option erhalten, sich zu Pflegeassistentinnen und -assistenten oder zu Pflegefachkräften weiterzubilden.
- die Pflegehelferausbildung, Pflegeassistentenausbildung und die Pflegefachkraftausbildung im Modellversuch für Niedersachsen dualisieren. Dazu werden wir den Start für drei Jahre durch Landesmittel kofinanzieren und dafür sorgen, dass die dualisierte Ausbildung von den Kostenträgern anerkannt wird.
- die Schulgeldfreiheit in den Ausbildungsgängen der Heilerziehungspflege (HEP) sowie in allen Gesundheits- und Pflegeberufen vorantreiben und zügig umsetzen.
- Einführungs- und Auffrischungsseminare anbieten, bei denen vor allem Lehrkräfte über das Themenfeld „Pflege“ für die Berufsorientierung, die Agenturen für Arbeit und das Jobcenter über die Pflegeberufe informieren. Ebenso werden wir eine kommunale Offensive „Berufsbild Pflege“ durch Kampagnen in allen allgemeinbildenden Schulen etablieren, um junge Menschen über die Berufsgruppe zu informieren.

- die Ausbildung modernisieren, indem wir insbesondere an Berufsschulen mit einem Schwerpunkt „Pflege“ die Einrichtung von Skills-Labs fördern. Durch die praxisnahen Schulungseinrichtungen mit Simulationspatienten wird der Theorie-Praxis-Transfer erleichtert und auf Engpässe von Praktikumsplätzen im ländlichen Raum reagiert.
- mehr Weiterbildungen und berufsbegleitende Studiengänge für Pflegefachkräfte schaffen, um die Pflege konsequent qualitativ weiterzuentwickeln und den Pflegefachkräften damit attraktive Karriere- und Weiterentwicklungsperspektiven zu eröffnen.

Für eine verstärkte Ausbildung werden **mehr Lehrkräfte** in der Pflegeausbildung benötigt. *Deshalb werden wir:*

- den Einsatz von Lehrkräften aus der Praxis in Lehre und Ausbildung von Pflegeberufen vorantreiben und weiter ausbauen. Zu diesem Zweck schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen, um praxiserfahrene Expertinnen und Experten unbürokratisch als Lehrpersonen in die Lehre und Ausbildung von Pflegeberufen einzubinden.
- dem Personalmangel an Pflegeschulen entgegenwirken. Dazu werden wir die Studienplatzkapazitäten im pflegerischen Bereich an staatlichen Hochschulen erweitern und das Angebot an Masterstudiengängen in Vollzeit und berufsbegleitend ausbauen.
- die Neugründung von Pflegeschulen fördern und unbürokratisch zulassen.

Wir werden dem **Bedarf an Pflegepersonal** in Niedersachsen auch durch eine verstärkte Anwerbung von ausländischen Fachkräften und Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern Rechnung tragen. *Deswegen werden wir:*

- die Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse in der Pflege vereinfachen und über alle Bundesländer hinweg vereinheitlichen. Wer die jeweiligen Prüfungen besteht, soll in dem entsprechenden Bereich arbeiten dürfen.
- gewährleisten, dass Pflegehelferinnen und -helfer aus dem Ausland bereits mit dem Fremdsprachenniveau A2 als Hilfskräfte in Niedersachsen eingestellt werden. Sie sollen berufsbegleitend an einem Sprachkurs teilnehmen.
- eine erleichterte Visaerteilung für Drittstaatsangehörige, z. B. mit einer dreijährigen Berufserfahrung in der Pflege, einführen.
- den Quereinstieg in die Pflege erleichtern. Zur Bewältigung der aktuellen Lage schaffen wir eine zehnjährige Übergangsvorschrift, die für langjährig in der Pflege Beschäftigte eine Qualifizierungsmöglichkeit vorsieht, die Ausbildung auch ohne einen allgemeinbildenden Schulabschluss zu absolvieren.

Gute Pflege stellt stets den Menschen, der zu betreuen oder zu pflegen ist, in den Mittelpunkt. Sie sind diejenigen, denen gute Pflege dient. Deswegen steht für uns die Würde eines jeden Menschen und der Anspruch auf hochwertige Pflegeleistungen im Bedarfsfall an erster Stelle. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen und Anforderungen an Pflege. Deshalb ist es uns wichtig, dass pflegebedürftige Menschen länger in ihrem häuslichen Umfeld leben können oder ihnen andere Optionen offenstehen: Dazu gehört auch die teilstationäre Pflege mit ihren Mischformen aus stationär und ambulant. Aus diesem Grund werden

wir in Niedersachsen viele verschiedene Formen qualitativ hochwertiger Pflege anbieten. Wir stellen das Wohl der pflegebedürftigen Menschen in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen. Viele Ältere haben große Sorgen vor einer finanziellen Überforderung im Fall einer Pflegebedürftigkeit. *Deshalb werden wir:*

- als Wertschätzung und zur finanziellen Unterstützung ein Landespflegegeld initiieren und somit in Niedersachsen einen Pflegezuschuss gewähren, damit niemand im Pflegefall finanziell überfordert wird.
- auf Bundesebene die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung vorantreiben, die auch das Risiko von Armut durch Pflege beseitigt. Hierbei sollte auch eine private Pflegevorsorge eingebunden werden.
- die Investitionsförderung in Niedersachsen umstellen und auch die Förderung der stationären Pflege wieder berücksichtigen. Gerade die privaten Kosten für die stationäre Pflege sind oftmals von den Betroffenen nicht bezahlbar. Durch eine Investitionsförderung der stationären Pflege können diese Entgelte reduziert werden.
- gemeinsam mit dem Bund das Verfahren zur Bemessung des Personals neu ausrichten, um Pflegehelferinnen und Pflegehelfer sowie Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten besser zu berücksichtigen. Die starre Fachkraftquote lehnen wir ab. Sie muss sich am Pflegebedarf orientieren.
- den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen nach einer Pflege im häuslichen Umfeld respektieren und dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören die Umsetzung und Anerkennung telemedizinischer Verfahren und die Einführung von Gemeindefachkräften als niedrigschwellige Angebote. Die einzelnen Sektoren der Altenpflege werden insgesamt durchlässiger. Ambulante, teilstationäre und vollstationäre Versorgungsformen können zukünftig ohne große bürokratische Hürden mit einem gemeinsamen Personalkörper und unter einem Dach angeboten werden.
- Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige, zum Beispiel in der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege schaffen.
- die meist osteuropäischen Helferinnen in privaten Haushalten, die sich oftmals im rechtlichen Graubereich bewegen, vor Ausbeutung schützen.
- die rechtlichen Voraussetzungen für alternative, bessere und kostengünstige Wohnformen, z.B. „StAmbulant“, schaffen, um die ambulante und die stationäre Pflege besser miteinander zu verschränken.
- die Kurzzeitpflege gezielt unterstützen und fördern.
- die Einbindung von Nachbarschaftshilfe in die Pflege vor allem im ländlichen Raum unterstützen.
- die Einrichtung von „Pflege-WGs“ als Kombination aus älteren und jüngeren Bewohnern unterstützen.

Bürokratische Hürden und schwerfällige Abläufe in der Verwaltung führen nicht selten zu Verzögerungen bei der Einstellung, Aus- und Weiterbildung und bei der Suche nach externem Personal. Wir wollen **weniger Bürokratie** in der Pflege, um flexibel auf die sich permanent ändernden Gegebenheiten im Pflegesektor zu reagieren. *Deshalb werden wir:*

- eine Bündelung von Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden vornehmen. Die jeweiligen zugehörigen Prüfinstanzen sollen sich in Niedersachsen dabei abstimmen. Es bedarf eines einheitlichen Prüfkatalogs für alle Prüfbehörden.
- mit einem Niedersächsischen Gesetz für stationäre Wohnformen landesrechtliche Vorgaben für die Genehmigung von stationären Einrichtungen etablieren.
- eine Frist von drei Monaten zur Abwicklung von Schiedsstellenverfahren einführen.

Bei der Entbürokratisierung spielt auch eine stärkere **Digitalisierung der Pflege** eine wichtige Rolle. *Deshalb werden wir:*

- die Digitalisierung im Pflegebereich stärker vorantreiben, um Ablauf- und Arbeitsprozesse zu vereinfachen, zu beschleunigen und die Dokumentation zu erleichtern.
- Pflege-Hubs fördern, die in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Pflegeeinrichtungen und Skills-Labs an Berufsschulen Innovationen zur Umsetzung der Pflege 4.0 erarbeiten. Gleichzeitig stehen sie als digitale Servicestelle den örtlichen Pflegediensten zur Verfügung.
- bei der Digitalagentur Niedersachsen einen besonderen Schwerpunkt auf digitalisierte Strukturen der Pflege legen.
- den Aufbau eines Kompetenzzentrums Digitalisierung in der Sozialwirtschaft fördern.
- in den Curricula für die Ausbildung der Pflegekräfte die technischen und digitalen Kompetenzen stärken.
- die digitale Infrastruktur in der Pflege fördern. Infrastrukturelle Fördermaßnahmen sollen als Regelleistungen anerkannt werden.
- den Einsatz von intelligenter Steuerung des eigenen Hauses (Smart-Home-Technologien) fördern, damit Pflege länger zu Hause stattfinden kann.

Interessenvertretung im Pflegebereich ist wichtig, um Belange zu bündeln und geeint zu kommunizieren. Der Versuch, eine Pflegekammer im Konstrukt einer Zwangsmitgliedschaft der abhängig in der Pflege beschäftigten Menschen zu errichten, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir setzen bei der Interessenvertretung vielmehr auf Freiwilligkeit und werden die Pflegefachverbände künftig in politische Entscheidungen stärker einbinden. *Deshalb werden wir:*

- Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen in den Alten- und Krankenpflegeeinrichtungen stärken.
- die Expertise der niedersächsischen Pflegefach- und Wohlfahrtsverbände bei politischen Entscheidungen zum Thema Pflege nutzen und Imagekampagnen für Pflegeberufe starten. Das Ziel ist es, mehr junge Frauen und Männer für dieses wichtige Berufsfeld zu gewinnen.
- weitreichende Beteiligungs-, Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Pflegeberufe initiieren.
- die Initiative für einen „Tarifvertrag Pflege“ wieder aufgreifen und dessen Verwirklichung durch neue und zusätzliche Aktivitäten unterstützen.

9 NIEDERSACHSEN HÄLT ZUSAMMEN

Gleichstellung für ein starkes Niedersachsen

Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist unsere grundgesetzliche Verpflichtung. Vor dem Gesetz sind Frauen und Männer laut Grundgesetz gleich. Feste Rollenbilder und damit verbundene Nachteile bestehen aber für Frauen wie Männer fort und müssen abgebaut werden. Denn obwohl Frauen in der Breite der Gesellschaft inzwischen genauso gut ausgebildet sind wie Männer, sind sie beispielsweise sehr viel seltener als Männer in Führungspositionen vertreten, gründen seltener oder sind seltener in sogenannten MINT-Berufen vertreten. Gleichzeitig sind Männer in Pflege- und Erziehungsberufen unterrepräsentiert und stoßen auch mal auf Widerstände, wenn sie entgegen des klassischen Rollenmodells längere Elternzeit nehmen möchten. Die Gehaltslücke zwischen den Geschlechtern besteht fort. Wir wollen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen tatsächlich gelebt und durchgesetzt wird.

Wir werden Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass, Frauen und Männer die gleichen Chancen, Rechte und Möglichkeiten in allen Lebenslagen haben. Das darf nicht nur auf dem Papier gelten, sondern muss auch in der Praxis umgesetzt werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mag nur ein Punkt hinsichtlich der Gleichstellung sein, hat jedoch im negativen Fall gravierende Auswirkungen auf die Karrierechancen. *Deshalb werden wir:*

- durch die Ausweitung der frühkindlichen Bildung, mit zusätzlichen Plätzen und der Flexibilisierung der Betreuungszeiten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken.
- dafür sorgen, dass Frauen und Männer nach der Familiengründung durch Online-schulungsangebote und geregelte Homeofficeangebote wieder schneller zurück in den Job finden – gerade auch im ländlichen Raum.
- Frauenförderprogramme und Mentorinnen-Programme unterstützen und finanziell stärker fördern.

Wir möchten, dass Frauen ihre Kompetenzen und Fähigkeiten ebenso selbstverständlich wie bislang häufig Männer in **Aufsichtsräten, Gremien und Führungspositionen** einbringen können. Hier müssen und werden wir Chancen eröffnen. *Wir werden:*

- gemeinsam mit den niedersächsischen Unternehmen ein Bündnis gründen, das Frauen besonders in den MINT-Berufen stärkt und fördert.
- uns dafür engagieren, dass mehr Frauen Unternehmen gründen. Dafür werden wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft für eine Vernetzungsorganisation von Frauen einsetzen.
- dafür Sorge tragen, dass Männer und Frauen im Gleichgewicht in Aufsichtsräte, Gremien und Führungspositionen kommen. In der Landesverwaltung gehen wir mit gutem Beispiel voran.

Oft sind es gerade Frauen, die in den Familien die fordernde und zutiefst anerkennungswürdige Pflege von kranken Angehörigen übernehmen und dafür teils ihre berufliche Beschäftigung aufgeben. Dies führt wiederum häufig dazu, dass **Altersarmut unter Frauen** besonders ausgeprägt ist. Davor müssen wir sie schützen, indem wir sie bei diesen sozialen Aufgaben finanziell unterstützen. *Deshalb werden wir:*

- insbesondere für die Frauen, die sich lange Zeit um zu pflegende Angehörige gekümmert haben, die Anerkennung in der Rente verbessern.
- vor allem Müttern ohne Ausbildung oder einen Abschluss den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Berufswelt vereinfachen.
- Projekte etablieren, die sich mit der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Frauen beschäftigen.

Wir müssen Frauen und Kinder **vor jeglicher Gewalt schützen**. Dies ist uns ein besonderes Anliegen. *Wir werden:*

- die bessere Umsetzung der Istanbul-Konvention gewährleisten, um Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu beenden und die Täter strafrechtlich zu verfolgen.
- die finanziellen Mittel für die Unterbringung zu Schutzzwecken für Frauen und Männer ausweiten.
- geeignete Wohnangebote für Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ausbauen und eine länderübergreifende Unterbringung etablieren.
- die Landeskoordinierungsstelle der Frauenberatungsstellen erhalten und niedrigschwellige und leicht erreichbare und anonyme Beratungsangebote flächendeckend ausbauen.
- die interinstitutionelle Zusammenarbeit, z. B. Modellprojekte zu sogenannten Hochrisikofällen, auch durch Stellenanteile in unseren Polizeiinspektionen unterstützen, in denen Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft, freie Beratungsstellen und Kommunen vor Ort zusammenarbeiten. Hierdurch sollen Risiken eines Tötungsdeliktes im häuslichen Kontext frühzeitig identifiziert werden.
- Präventionsangebote wie das Projekt „Kein Täter werden“ an der Medizinischen Hochschule Hannover weiter unterstützen und weitere Projekte etablieren.
- für einen noch wirksameren Schutz von Prostituierten sorgen und dabei insbesondere Präventions- und Ausstiegsprogramme ausbauen.

Teilhabe und Solidarität in einer offenen Gesellschaft

Kein Lebensentwurf gleicht dem anderen. Das Leben in einer offenen Gesellschaft ist von Vielfalt geprägt. Die CDU in Niedersachsen schützt diese Vielfalt und schafft faire Rahmenbedingungen und sozialen Ausgleich. Die Menschen in Niedersachsen sollen sich auf **starke und belastbare soziale Netze** verlassen können. Wir streben ein Niedersachsen an, in dem sich die Menschen mit ihrem Gemeinwesen stark verbunden und von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gerecht behandelt fühlen. Dazu gehören ebenso die Akzeptanz und das Verständnis für Menschen mit anderen Wertvorstellungen.

Unser Ziel ist, dass Familien, Paare und Alleinstehende, Jüngere wie Ältere gerne in unserem Land leben und bereit sind, die Gemeinschaft mitzugestalten. Gleichzeitig ist es uns wichtig, Hilfsangebote für die Personen zu schaffen, die sich selbst nicht oder nur kaum helfen können. **Chancengerechtigkeit, gerechter Ausgleich sowie die Sicherung von Teilhabe** am politischen und sozialen Leben sind Aufgabe christdemokratischer Politik. Wir wollen ein soziales Niedersachsen, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, Religion, Ethnie, sexueller Orientierung, Herkunft oder Beeinträchtigung selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Für uns steht dabei der **Schutz von Minderheiten** an erster Stelle. In unserer diversen Gesellschaft ist die Aufmerksamkeit für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie Trans- und Intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) richtigerweise stark gewachsen. Weil sie in ihrem Alltag noch immer mit Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen konfrontiert sind, wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen die LSBTIQ-Gemeinschaft sicher und diskriminierungsfrei leben kann. *Daher werden wir:*

- Polizei und Staatsanwaltschaften für LSBTI-feindliche Gewalttaten sensibilisieren. Dazu gehört auch, dass ein vermeintlicher Opferschutz nicht zu Verschleierung der Motivlagen der Täter führt.
- die Arbeit der LSBTI-Ansprechpersonen bei der niedersächsischen Polizei sowie die Arbeit des Landespräventionsrates stärken und weiterentwickeln.
- im ländlichen Raum ein LSBTI-freundlicheres Umfeld schaffen. Durch die Einrichtung entsprechender Gruppen in Jugendzentren und Beratungsstellen in den Kreisstädten können alle Niedersachsen ins Gespräch kommen und gleichzeitig Vorbehalte abbauen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen.

Die **Inklusion** ist ein Menschenrecht und sollte heute längst selbstverständlich sein. Doch ist sie in vielen Bereichen noch nicht konsequent umgesetzt. Die Teilhabe von Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen in unserer Gesellschaft ist für uns eine vordringliche Aufgabe. *Deshalb werden wir:*

- mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft schaffen. Dazu gehören das selbstständige Wohnen, ein barrierefreier Zugang zu Kulturangeboten und natürlich die Teilhabe am Arbeitsleben.
- barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum für die unterschiedlichen Bedarfsgruppen wie Seniorinnen und Senioren mit Beeinträchtigungen oder Menschen mit schwerstmehrfachen Behinderungen schaffen. Dazu werden wir Förderprogramme auf den Weg bringen. Menschen mit herausforderndem Verhalten, die besondere Formen des Wohnens benötigen, unterstützen wir ebenfalls.
- uns für mehr Barrierefreiheit in Krankenhäusern, Arztpraxen, Therapieeinrichtungen und Apotheken einsetzen – für eine freie Wahl im Gesundheitswesen für alle.
- eine flächendeckende Versorgung für Menschen mit einer kognitiven oder psychiatrischen Behinderung durch den Ausbau der medizinischen Zentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung stärken.

- die Frühförderung durch einen flexiblen Einsatz von Fachkräften in den Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern.
- Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die über große Expertise in der beruflichen Bildung und in der Schaffung von geeigneten Arbeitsplätzen innerhalb und außerhalb von Werkstattstrukturen verfügen, stärker fördern.
- die Teilhabe von Menschen mit verschiedensten Unterstützungsbedarfen am Arbeitsleben deutlich stärken und insbesondere gemeinsam mit dem Bund den Übergang in den regulären Arbeitsmarkt weiter verbessern.
- Programme zur finanziellen Unterstützung der Kommunen und auch Investoren bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere auflegen, die das inklusive Zusammenleben in den Fokus nehmen.

Drogen- und Suchtpolitik ist ein Thema, das sich über viele Bereiche der Gesellschaft erstreckt. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich gemeinsam mit den Kommunen, mit Unternehmen, Sportvereinen und vielen anderen engagierten Menschen in der Suchtberatung und in den Hilfs- und Therapieeinrichtungen erfolgreich bewältigen lässt. Wir müssen dabei insbesondere jene Gruppen in unserer Gesellschaft in den Blick nehmen, die den Risiken von Drogen und Sucht ganz besonders ausgesetzt sind. Dazu gehören Menschen, die selbst unter einer Suchterkrankung im Elternhaus gelitten haben, Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose. Suchtverhalten geht häufig einher mit teils dramatischen persönlichen Schicksalen. Abhängigkeitserkrankungen sind schwere chronische Erkrankungen, die zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und vorzeitiger Sterblichkeit führen können. Wir wollen den betroffenen Menschen helfen und die **Suchthilfe** weiter ausbauen. *Daher werden wir:*

- uns gegen jegliche Legalisierung von Drogen außer zu medizinischen Zwecken wenden.
- Aufklärungskampagnen über die Gefahren des Alkohol-, Medien- und Spielkonsums sowie des Suchtmittel- und Drogenkonsums verstärkt auf den Weg bringen.
- einen besonderen Fokus auf die Prävention bei Kindern und Jugendlichen legen. Denn je früher es gelingt, Kinder und Jugendliche mit Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung zu erreichen, desto besser lässt sich ein problematisches Konsumverhalten verhindern.
- zusätzliche Mittel für die Prävention, Früherkennung, Frühintervention, Beratung, Begleitung, Behandlung und Selbsthilfe in der Suchthilfe einstellen.
- ambulante Angebote der Rehabilitation für Suchtkranke ausbauen.
- die Präventionsarbeit an Schulen ausbauen und früher als bisher in die Lehrpläne aller weiterführenden Schulen aufnehmen.

Nicht selten werden Menschen durch äußere Einflüsse wie wirtschaftliche Instabilität, Krankheit oder angespannte Familienverhältnisse aus der Bahn geworfen. So können sie, selbst wenn sie vorher in stabilen Verhältnissen waren, in **schwierige Lebenslagen** geraten. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung – psychische Beschwerden, Verschuldung und auch ganz konkret **Obdachlosigkeit** – verstärkt. Da braucht es das Hinschauen anstelle des Wegschauens. *Deshalb werden wir:*

- die Kommunen bei der Hilfe für Obdachlose unterstützen und eine enge Zusammenarbeit fördern.
- die Tafeln bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen noch stärker unterstützen.
- innovative Angebote gesundheitlicher Versorgung bei psychischen Erkrankungen sowie die Einrichtung von Hygiene-Centern und Krankenwohnungen fördern, in denen sich Obdachlose bei Krankheit erholen können.
- den Ausbau professioneller psychosozialer Beratungsstrukturen und die Schuldnerberatung insbesondere für Selbstständige und Familien, die im Kontext der Corona-Pandemie in finanzielle Schieflage geraten sind, unterstützen.
- ein Sonderprogramm zur Förderung ortsunabhängiger Sucht-, Schulden- und Wohnungsberatung auflegen.

Starke Integration für ein starkes Niedersachsen

Niedersachsen ist gelebte Vielfalt: Viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen bereichern Niedersachsen. Und zahlreiche von ihnen sind in den vergangenen Jahren nach Niedersachsen gekommen, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu suchen. Sie schätzen das, was nur eine starke demokratische Gesellschaft bieten kann: Sie eint der Wunsch nach einem Leben in Frieden und Unabhängigkeit. Sie möchten sich hier frei entfalten und sich auch einbringen in unser Gemeinwesen. Ohne Zuwanderinnen und Zuwanderer wäre Niedersachsen um vieles ärmer. Sie haben Großartiges für unser Land geleistet. Ihre Einsatzbereitschaft macht unsere Gesellschaft jeden Tag ein Stück besser. Wir werden weiter intensiv daran arbeiten, dass alle Menschen, die zu uns kommen, eine echte Chance auf Teilhabe und sozialem Aufstieg haben. Unabhängig von der Herkunft erwarten wir von allen in Deutschland lebenden Menschen, dass sie sich zu den Werten des Grundgesetzes bekennen. Denn uns ist der gesellschaftliche Zusammenhalt besonders wichtig – zwischen allen Menschen, die hier leben. *Deshalb werden wir:*

- gemeinsam mit den Kommunen einen Aktionsplan „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration“ erarbeiten.
- in einem Integrationsgesetz den Zugewanderten einen Anspruch auf Integrationsleistungen garantieren und gleichzeitig die Teilnahme verbindlich regeln.
- sämtliche Projekte zur Förderung der Integration erfassen, bündeln und an den Zielen des neuen Integrationsgesetzes ausrichten.
- für einen fairen Kostenausgleich für die Integrationsangebote der Kommunen sorgen.
- eine Kultur der Anerkennung und des gleichberechtigten Miteinanders schaffen.
- die Errichtung von regionalen Integrationszentren vorantreiben.
- die Integrationsfachdienste mit Schulen, Werkstätten, Unternehmen, Verwaltung und den Arbeitsagenturen besser vernetzen.
- Zugewanderte bei der Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme besonders unterstützen.
- das Bildungsangebot für Rechtskunde, zur heimischen Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erweitern bzw. neu auflegen und finanziell unterstützen.

- die Sprachförderung und -erziehung in Kindertagesstätten und Schulen verbessern und besondere Maßnahmen zur Sprachförderung für Zugewanderte in der Berufsbildung, Hochschulausbildung und Erwachsenenbildung anbieten.
- die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe in einen Integrationsbeirat umwandeln sowie Integrationsbeauftragte und Integrationsbeiräte auf der Ebene der Kommunen einrichten.
- das freiwillige und bürgerschaftliche Engagement von Zugewanderten in unserer Gesellschaft besonders fördern.
- Maßnahmen ergreifen, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Fragen der Integration weiter zu sensibilisieren.
- den Zugang von Personen mit Migrationshintergrund zu öffentlichen Ämtern und zum öffentlichen Dienst verbessern und fördern ohne eine feste Quotenregelung.
- mit einer individuellen Vereinbarung die einzelnen Integrations Schritte nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ festlegen und eine Verpflichtung zur Achtung der hiesigen Grundsätze des Zusammenlebens und das Abverlangen eigener Integrationsleistungen etablieren.
- die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und das Erlernen der deutschen Sprache als festen Bestandteil des Integrationsprozesses verankern.

Die dramatische Situation in der Ukraine zeigt, dass unser Bekenntnis zum Kriegsfolgen schicksal bitter nötig ist. Sehr viele Menschen aus der Ukraine sind zu uns geflohen, um in Deutschland Schutz vor einem grausamen Krieg zu suchen. Auf der anderen Seite werden Deutsche aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion teils in **moralische Mit haftung** für den gewaltsamen Angriff des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine genommen. Derartige Ausgrenzung und Diskriminierung der Russlanddeutschen in Niedersachsen **stellen wir uns offensiv entgegen. Wir werden:**

- die Erinnerungskultur aufrechterhalten und weiter stärken.
- die niedersächsische Beauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in ihrer Arbeit unterstützen.
- die Erforschung und den Erhalt des Kulturgutes der Heimatvertriebenen sicherstellen und auch finanziell fördern.
- das ehrenamtliche Engagement bei dem Erhalt von Heimatsammlungen und Heimatstuben unterstützen.
- Ausstattung und Einrichtung von Dokumentationsstätten wie Gnadenkirchen etc. verbessern.
- die Filmförderung und Förderung von Medienbildungsprojekten zum Thema der Heimatvertriebenen unterstützen.
- einen Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen in Niedersachsen einrichten.

Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Neben der Jugend und den Familien sind auch die **Seniorinnen und Senioren** für uns von besonderer Bedeutung. Zahlreiche Menschen in Niedersachsen suchen nach neuem

Ansporn, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit beendet haben. Viele konzentrieren sich dabei auf ihre Familien oder suchen eine neue Herausforderung. Wir wollen die älteren Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen und motivieren, sich gerade in dieser Lebensphase verstärkt einzubringen – denn ihre Erfahrung und ihr Wissen sind immer ein Gewinn.

Ob im **Ehrenamt** oder als **Mentor für Jüngere** im Berufsleben – in vielen Bereichen des Alltags werden Menschen gesucht, die bereit sind, anzupacken. Die Generation 60plus verfügt über einen wertvollen Erfahrungsschatz, von dem die nachfolgenden Generationen nur profitieren können. Zugleich verändern sich auch die Ansprüche an das Wohnen und Zusammenleben im Alter. Wir wollen, dass Menschen bis ins hohe Alter in Wohnquartieren selbstbestimmt leben können. *Daher werden wir:*

- altersgerechte und generationenübergreifende Wohnformen weiterentwickeln und etablieren.
- Mehrgenerationenhäuser fördern, um mehrere Generationen unter einem Dach zu vereinen.
- den barrierefreien und seniorengerechten Umbau älterer Häuser fördern.
- Unterstützungsangebote im ambulanten und stationären Bereich schaffen und fördern.
- die Höchstaltersgrenzen für bürgerschaftliches Engagement streichen.
- Seniorensprechstunden in Verwaltungen mit dem Schwerpunkt „Medizin“ einrichten.
- einen Aktionsplan gegen Einsamkeit entwickeln. Dieser soll Impulse für zivilgesellschaftliche Akteure, Institutionen, Unternehmen und für die öffentliche Verwaltung selbst geben, um Vereinsamung und Isolation zu begegnen.

Weiter springen mit Engagement im Ehrenamt

Eine zentrale Säule unserer Gesellschaft stellt das **Ehrenamt** dar. Das Engagement der Menschen in Niedersachsen ist ungebrochen und ihre Bereitschaft zu helfen ist unerschütterlich. Aber nicht nur in Ausnahmesituationen, sondern auch im Alltag sind die ehrenamtlich Tätigen von unschätzbarem Wert für unser Gemeinwesen. Sie sind da, wo Hilfe nötig ist. Sie investieren ihre freie Zeit, um andere Menschen – oft Fremde – zu unterstützen. Sie machen sich stark für ihre Nachbarn und sie füllen den Begriff „Bürgergesellschaft“ mit Leben. Das Ehrenamt in Niedersachsen kennt viele Formen, aber es hat noch mehr Gesichter.

Das Ehrenamt und die damit verbundenen gemeinnützigen Vereine und Verbände wollen wir daher besonders stärken und fördern, damit sie auch zukünftig so herausragende Arbeit für die Menschen in Niedersachsen leisten können.

Ehrenamt und den Beruf in Einklang zu bringen, stellt viele Menschen in Niedersachsen vor besondere Herausforderungen. Die oft fehlende Flexibilität und der mangelnde Freiraum im beruflichen Alltag führen bei vielen Menschen dazu, dass sie ein Ehrenamt gar nicht oder nur eingeschränkt ausüben können. Wir als CDU in Niedersachsen wollen das ehrenamtliche Engagement der Menschen stärken und dabei auf die Ergebnisse und Empfehlungen der Enquetekommission des Landtags aufbauen. *Deshalb werden wir:*

- Freiräume für bürgerschaftliches Engagement schaffen, damit insbesondere junge Menschen sich ehrenamtlich engagieren. Schule und Aktivitäten in Vereinen sollen nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern einander ergänzen.
- das Bildungsurlaubsgesetz evaluieren und nachfolgend Änderungen im Interesse des Ehrenamts vornehmen.
- Ehrenamtliche besser rechtlich absichern, um damit das Ehrenamt attraktiver zu gestalten. Deshalb soll ein Rahmenvertrag des Landes Niedersachsen mit einem Versicherer über eine Vermögenshaftpflicht, eine Rechtsschutzversicherung und Veranstalterhaftpflichtversicherung abgeschlossen werden, um unsere Ehrenamtlichen besser in ihrer freiwilligen und gemeinnützigen Arbeit zu schützen.
- veranlassen, dass Einträge in das Vereinsregister automatisch in das Transparenzregister übernommen werden, um den bürokratischen Aufwand für Ehrenamtliche zu senken.
- die aktive Hilfe beim Umgang mit den Herausforderungen der Datenschutzgrundverordnung für das Ehrenamt über die Landesdatenschutzbeauftragte ausbauen sowie dafür sorgen, dass es für Vereine zu Erleichterungen bei den datenschutzrechtlichen Anforderungen kommt.
- die Förderpraxis auch durch den Einsatz digitaler Instrumente unbürokratischer gestalten. Es geht darum, die Bearbeitung von Anträgen zu beschleunigen oder Zuwendungen bereits unter Vorbehalt zu gewähren.
- gegenüber dem Bund fordern, weitere steuerliche Vorteile für das Ehrenamt einzuführen.

Gerade Menschen in Niedersachsen, die das Erwerbsleben hinter sich haben und im Ruhestand sind, möchten sich in unterschiedlichster Art und Weise ehrenamtlich engagieren. **Ehrenamtsagenturen** sind bei der Vermittlung, der Verwaltung, dem Ausbau und der Weiterentwicklung von Ehrenamtlichen ein wichtiger Faktor. *Deshalb werden wir:*

- die Qualifizierungsangebote für das Ehrenamt in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Organisationen sowie der Erwachsenenbildung ausbauen. Steigende Ansprüche an das Ehrenamt brauchen regelmäßige, flächendeckende und kostengünstige Qualifizierungsangebote.
- flächendeckend Freiwilligenagenturen und Koordinierungsstellen in Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Vereinen und Organisationen einrichten. Es ist wichtig, dass Interessierte sowie Aktive im Ehrenamt einen Ansprechpartner haben. Nur so kann eine flächendeckende Beratung gewährleistet und die Zahl der im Ehrenamt Tätigen erhöht werden.
- auf dem Internetportal FreiwilligenServer kreative Ideen und Anregungen bündeln, wie die Voraussetzungen für das Ehrenamt verbessert werden können. Die eingegangenen Ideen werden in einem Pilotprojekt getestet, evaluiert und anschließend in die Praxis umgesetzt.

Wir werden die Menschen in Niedersachsen, die sich im Ehrenamt einbringen, gezielt unterstützen. Die vom Land Niedersachsen im Jahr 2007 eingeführte **Ehrenamtskarte** ist eine

gute Möglichkeit, Ehrenamtliche zu unterstützen. Wir als CDU in Niedersachsen wollen die Konzeption der Ehrenamtskarte weiterentwickeln. *Daher werden wir:*

- das Ehrenamt bei der Wartezeit auf einen Studienplatz anrechnen. Ehrenamtliches Engagement werden wir in Zukunft gestaffelt nach Dauer und Intensität bei der Wartezeit auf einen Studienplatz berücksichtigen. Sammeln die im Ehrenamt Engagierten in dieser Zeit fachliche Qualifikationen für ihr Studium, werden diese mit Leistungspunkten im Bachelorstudium anerkannt.
- die Möglichkeit zum Erwerb der Ehrenamtskarte an Schulen einführen.
- die Ehrenamtskarte und die Sport-Ehrenamtskarte zu einem flächendeckenden System vereinen. Alle ehrenamtlich Tätigen sollen die Vorteile nutzen können.
- bei der Ehrenamtskarte einen ÖPNV-Bonus in Niedersachsen einführen.

Sport in Niedersachsen

In Niedersachsen sind mehr als 2,5 Millionen Menschen in **Sportvereinen** aktiv. Ob im Ballsport, Schwimmen oder in anderen Sportarten, ob ältere oder junge Menschen in Niedersachsen – sie alle wollen am geselligen Vereinsleben teilnehmen. Das sportliche Miteinander hält Körper und Seele zusammen und fördert insbesondere durch die zahlreichen Vereine den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem leistet der Sport auch unschätzbare Jugendarbeit. Daher ist es uns wichtig, den Niedersachsen bestmögliche Bedingungen für gesunde Bewegung und ehrenamtliche Arbeit im Sport zu bieten. Wir gehen mit unserem Sportfördergesetz einen besonderen, aber sehr erfolgreichen Weg. Uns geht es um eine Sportförderung, die den Leistungssport und den Breitensport sowie dessen gemeinnützige Arbeit unterstützt und zukunftsfähig gestaltet. Um unsere Sportvereine und ihre Arbeit zu fördern, *werden wir:*

- eine bessere Rechts- und Planungssicherheit für die Sportförderung schaffen, indem wir den variablen Teil der Sportförderung aus der Glücksspielabgabe in enger Absprache mit dem LandesSportBund Niedersachsen mittelfristig verstetigen.
- das Sportstättenanierungsprogramm des Landes mit einem besonderen Schwerpunkt bei der Sanierung von Hallen- und Freibädern sowie Sporthallen und -plätzen – insbesondere die Umwandlung von Rasen- zu Kunstrasenplätzen und Ausbau der Flutlichtinfrastruktur - fortführen und verlängern sowie aufstocken. Investitionen in Sportstätten sind besonders nachhaltig, denn sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum energieeffizienten Gebäudeumbau und stärken gleichzeitig Vereine, Kommunen und die regionale Wirtschaft.
- die Mittelansätze der Sportförderung dynamisieren – mit dem Ziel der Steigerung um zwei Prozent. Denn die finanzielle Ausstattung für die Sportförderung muss an die Kostenentwicklungen dynamisch angepasst werden.
- Schwimmsport für Anfängerinnen und Anfänger besonders fördern, um das Ziel zu erreichen, dass jedes Kind die Gelegenheit erhält, Schwimmen zu erlernen. Denn: Sicher schwimmen können kann Leben retten.

Integration und Inklusion sind zentrale Aufgaben wie Maßstäbe unserer Gesellschaft. Gerade der Sport trägt maßgeblich dazu bei. *Aus diesem Grund werden wir:*

- inklusive Strukturen im Rahmen der Sportförderung stärken. Die Sportstättenförderung des Bundes, der Länder und der Kommunen muss sich an einer modernen Sportraumkonzeption orientieren. Sie muss eine sportfreundliche, bewegungsaktivierende und nachhaltige kommunale Sport- und Bewegungsinfrastruktur für alle Bevölkerungsgruppen gewährleisten.
- die Koordinierungsstellen Integration finanziell langfristig sichern und ausbauen, um nachhaltig die Integration in unsere Gesellschaft zu stärken.
- die Anreize zum Sport für Menschen mit Behinderung in Zusammenarbeit mit kommunalen Sozialdiensten und überregionalen Sportvereinen ausbauen.

Gerade in außergewöhnlichen Zeiten ist es wichtig, die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen durch Sport zu fördern und durch soziale Angebote das ehrenamtliche Engagement anzuregen. Die **Kinder- und Jugendarbeit** der niedersächsischen Vereine und Verbände haben eine wichtige Integrationsfunktion für Kinder und Jugendliche und stärken das soziale Miteinander. Daher ist für uns die Kinder- und Jugendarbeit unserer Vereine und Verbände von allerhöchster Bedeutung. *Daher werden wir:*

- den Kinder- und Jugendsport stärken. Sport und Bewegung bereits in den frühen Jahren fördert die kindliche Gesundheit.
- den Freiwilligendienst im Sport ausbauen und die Zuständigkeit in einem Ministerium bündeln. Dazu werden wir mit dem LandesSportBund Niedersachsen ein geeignetes Förderinstrument vereinbaren.
- das Zusammenspiel zwischen Schule und Sport fördern auch indem man die Vereine vor Ort in die Arbeit einbindet. In der Ganztagsbetreuung der Schulen wird das Sportangebot erhöht werden. Hierzu sollen vermehrt Arbeitskräfte im Rahmen ihres freiwilligen sozialen Jahres eingesetzt werden.

Wir möchten **Talente im Sport** besonders fördern. Daher wollen wir die Zusammenarbeit der Sportvereine untereinander verbessern, um somit den Leistungssport in Niedersachsen gezielt zu stärken. *Deshalb werden wir:*

- die Nachwuchsleistungssportförderung ausbauen – für mehr Spitzensportlerinnen und Spitzensportler aus Niedersachsen. Wir werden das Konzept der Eliteschulen, gemeinsam mit dem LandesSportBund, stärken und ausbauen. Zudem werden wir uns mit Unterstützung des LandesSportBundes für weitere Standorte einsetzen – zusätzlich zu den zwei bereits vorhandenen Einrichtungen. Auch werden wir die Rahmenbedingungen für duale Karrieren im Berufsleben verbessern.
- die Ausrichtung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen unterstützen. Wir werden die Wahrnehmung von Niedersachsen als Sportland stärken.
- mit dem LandesSportBund ein Konzept erstellen, um zusätzliche Trainer- und Sportlehrerstellen zu schaffen und diese stärker im Bereich des Leistungssports innerhalb der Verbände einsetzen zu können.

Viele Kinder und Jugendliche, aber auch zahlreiche Erwachsene nehmen an digitalen Wettkämpfen teil. Seit geraumer Zeit findet **E-Sport** national wie auch international immer mehr Anhänger. In hoch dotierten Wettkämpfen treten Mannschaften aus der ganzen Welt gegeneinander an und tragen ihre Turniere digital aus. Wir werden diesen beliebten Trend aufnehmen und für den Verbandssport öffnen. *Deshalb werden wir:*

- dafür sorgen, dass Sportvereine Computer- und Konsolenspiele mit Sportartenbezug rechtssicher anbieten.
- dafür sorgen, dass die Aufnahme einer entsprechenden Sparte keine negativen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit hat und der virtuell animierte Sport als gemeinnützig anerkannt wird.
- die Sportraumkonzeption auch an den Bedürfnissen virtuell gestützter Sportarten ausrichten.
- ein Programm auflegen, das virtuell gestützte und verbandlich anerkannte Sportarten stärker in den Fokus des Sports rücken soll und finanziell fördert.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Niedersachsen ist ein Land mit langer kirchlicher und religiöser Tradition. Der religiöse Glaube ist für viele Menschen in Niedersachsen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens, der sie durch das Leben begleitet und ihnen Halt gibt. Die Vielfalt von Religiosität, Kirchen und andere Gebetshäuser sind ein wichtiger Teil der niedersächsischen Gesellschaft. Wir unterstützen ausdrücklich die sinnstiftende Arbeit der Kirchen und Glaubenshäuser. Die christlichen Kirchen haben die niedersächsische Geschichte und Kultur stark geprägt. Noch heute ist ihre diakonische und soziale Arbeit eine wichtige Grundlage für unser Land.

Wir bekennen uns zur Trennung von Kirche und Staat. Wir setzen uns dafür ein, dass Kirche und Staat weiterhin in bewährter Weise kooperieren. Der Loccumer-Vertrag und das Niedersachsenkonkordat regeln die Verhältnisse zwischen dem Land und den großen christlichen Kirchen. Diese Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kirchen ist für uns eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt in unserem Land. Wir stehen zum Feiertags- und Sonntagschutz und wollen ihn beibehalten.

Wir wissen um die besondere historische Verantwortung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und allem jüdischen Leben in Niedersachsen. Die Erinnerung an die Shoah ist uns bleibende Verpflichtung, die uns zu entschiedenem Handeln gegen Antisemitismus in allen Formen mahnt. *Daher werden wir:*

- jüdische Einrichtungen in Absprache mit den Gemeinden besonders schützen und die Sicherheitsmaßnahmen finanziell fördern.
- Aufklärung und Prävention betreiben und zunehmenden antisemitischen Tendenzen und Angriffen entschieden entgegenzutreten.

Den interkulturellen und interreligiösen Dialog mit allen Religionsgemeinschaften in Niedersachsen werden wir im Geist der gegenseitigen Verständigung kontinuierlich weiterentwickeln.

10 NIEDERSACHSEN IN EUROPA UND DER WELT, KULTUR UND MEDIEN

Niedersachsens Verantwortung in der Welt

In Niedersachsen sind wir zu Hause. Hier ist unsere **Heimat**. Mit Europa und mit unseren europäischen Nachbarn sind wir eng und tief verbunden. Nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen hat die Europäische Union Frieden und Stabilität garantiert. Diesen **europäischen Weg** wollen wir konsequent weitergehen. Dieser Weg und unsere europäische Geschlossenheit sind umso wichtiger, als der russische Angriffskrieg und die offenkundig von russischen Streitkräften verübten Verbrechen in der Ukraine die europäische Friedensordnung fundamental infrage stellen.

Die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. In Zeiten immer lauter werdender Kritik an der europäischen Idee, den Werten, die wir gemeinsam vertreten, und der internationalen Vernetzung mit anderen Partnern in der Welt müssen wir gemeinsam und geeint diesem Trend entgegenwirken. **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte** sind keine bloßen Worthülsen. Die Gewaltenteilung, der Staatsaufbau, der Schutz von Minderheiten sowie die Pressefreiheit müssen dabei von allen Staaten respektiert und geschützt werden. Wir müssen und werden die Möglichkeiten und Vorteile, die Europa unserem Bundesland bietet, effektiv nutzen. Gleichzeitig sehen wir eine große Verantwortung Niedersachsens für das Gelingen europäischer Projekte im Rahmen der EU und in der Welt.

Der Krieg an der Ostgrenze der NATO und der Europäischen Union zeigt zugleich, dass wir auch über unsere seit Jahrzehnten bestehenden Partnerschaften mit anderen Regionen Europas entscheiden müssen. Mit einer CDU-geführten Landesregierung wird es keine Partnerschaften mehr mit den Regionen Perm und Tjumen in Russland geben. Solange die Russische Föderation von einer Regierung geführt wird, die einen schweren **Bruch des Völkerrechts** begangen hat und in deren Namen **Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen** begangen werden, werden diese Partnerschaften beendet. Wir – die CDU in Niedersachsen und das Land Niedersachsen – stehen in jedem Fall solidarisch an der Seite der Ukraine. Zugleich betonen wir ausdrücklich unsere Verbundenheit mit unserem östlichen EU-Nachbarland Polen. Wir streben daher eine Vertiefung der bislang guten Partnerschaft Niedersachsens mit den Woiwodschaften Großpolen und Niederschlesien an.

Europas Stärke ist es, **Menschen zusammenzubringen** und grenzübergreifend zusammenzuarbeiten. Daran müssen wir weiterarbeiten und diesen Weg wieder stärker beschreiten. Erasmus und Erasmus Plus sowie kostenlose Interrail-Tickets gehören aus guten Gründen zu den „Exportschlagern“ der Europäischen Union. Austauschprogramme von Schulen, Kommunen und Vereinen, aber auch anderen Institutionen sollen noch weiter ausgebaut und beworben werden. Hier sollten wir als Niedersachsen mit unserem westlichen Nachbarland Niederlande noch enger und vertiefter zusammenarbeiten. Gleichzeitig muss die **Europabildung** im schulischen Kontext weiter gestärkt werden. *Wir werden daher:*

- ein fächerübergreifendes Europa-Curriculum einführen, das den Schülerinnen und Schülern die Idee der EU, aber auch wesentliche historische und geografische Kenntnisse über Europa vermittelt.
- neue Instrumente wie ALMA (Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen) zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zusammen mit Schulen und Betrieben etablieren.
- ein Patenschaftsprogramm einführen, das Interessierten die Möglichkeit bietet, das politische System eines anderen EU-Mitgliedstaates in den Parlamenten – als Kammern der Demokratie – näher kennenzulernen. Im Gegenzug sollen interessierte Jugendliche aus anderen Ländern den Niedersächsischen Landtag und die Arbeit von Landtagsabgeordneten kennenlernen und die niedersächsische Kultur erleben.
- Städtepartnerschaften mit Kommunen in Demokratien und NATO-Ländern reaktivieren und mit jenen in Russland und Belarus kündigen oder ruhen lassen.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein globales Thema. Gleichwohl hat sich das Land Niedersachsen auch selbst immer engagiert in Fragen der Entwicklungshilfe gezeigt. Wir sind weltoffen und fördern und fordern den **interkulturellen Austausch**, den Dialog und die **Unterstützung vor Ort**. Unser **christliches Menschenbild** verpflichtet uns, unsere Chancen zu nutzen, in der Welt einen Beitrag zur Bewältigung von Krisen zu leisten, aber auch den Fortschritt in unterschiedlichen Bereichen zu unterstützen. Dabei ist Entwicklungszusammenarbeit eine Querschnittsaufgabe und fordert daher viele Bereiche der Landesverwaltung und Zivilgesellschaft Niedersachsens heraus. *Deshalb werden wir:*

- bestehende Partnerschaften der Entwicklungszusammenarbeit in der Provinz Eastern Cape in Südafrika und in Tansania beständig auf weitere Themengebiete ausweiten.
- Projekte und Partnerschaften in weiteren Regionen auch außerhalb des afrikanischen Kontinents fördern und etablieren.
- entwicklungspolitische Maßnahmen von Vereinen und Verbänden oder anderen gemeinnützigen Organisationen, die dem Zweck der Gesundheitsvorsorge, Energieversorgung, Bildung sowie Ernährung und Landwirtschaft dienen, finanziell fördern und diese dabei unterstützen, vor Ort ein festes und standhaftes Fundament zu etablieren.
- in Niedersachsen eine Stiftung für politisch Verfolgte weltweit ins Leben rufen und sie mit einem Startkapital ausstatten. Diese Stiftung soll Jahresstipendien für politisch Verfolgte in ihrem Heimatland vergeben.

Neustart Kultur

Kultur spendet Inspiration und Freude, sie stiftet Identität und Zusammenhalt. Ohne Kultur wäre unser gesellschaftliches Leben sehr viel ärmer. Ob gemeinsam mit Freunden, in der Familie, mit vielen Menschen im Publikum oder allein – Kultur hat in allen Formen einen festen Platz im Leben der Niedersachsen.

Kulturförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Als wichtiger Standortfaktor leistet Kultur einen Beitrag dazu, dass Fachkräfte für die Regionen gewonnen werden. Die positiven Auswirkungen für die Gastronomie und den Tourismus insgesamt sind erheblich. Zulieferbetriebe, Veranstaltungstechniker und viele andere Berufsgruppen profitieren von der Kulturlandwirtschaft und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Durch das auf unsere besondere Initiative hin erarbeitete neue **Niedersächsische Kulturfördergesetz** wird die Kulturförderung als öffentliche Aufgabe in Niedersachsen erstmalig gesetzlich festgeschrieben. Das Gesetz dient als Grundlage zur Weiterentwicklung der Landeskulturförderung. Die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie mit den Landschaften und Landschaftsverbänden als Träger der regionalen Kulturförderung wollen wir mithilfe des Gesetzes weiter vertiefen. Letztere sollen noch stärker in Beratung und Bewilligung der Kulturförderung eingebunden werden. Hierzu wollen wir die Strukturen der Landschaften und Landschaftsverbände absichern und weiter stärken. *Daher werden wir:*

- das Kulturfördergesetz und die Strukturen der Kulturförderung in Niedersachsen weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausweiten.
- Investitionsprogramme für kleine und mittlere Kultureinrichtungen, Spielstätten und Museen verstetigen. Dabei gilt es auch, den Bedarfen der Soziokultur sowie den Spielstätten der freien und Amateurtheater und der freien Musikerinnen und Musiker gebührend Rechnung zu tragen.
- mit Kofinanzierungsmitteln aus einem Investitionsbudget des Landes Bau- und Sanierungsvorhaben im Kulturbereich unterstützen, für die der Bund oder andere Förderer Mittel bereitstellen.
- bei anerkannten Leuchtturmprojekten (vor allem bei Festivals in freier Trägerschaft) jahresübergreifende Förderkonten einrichten, die diesen Projekten nachhaltige und zukunftsorientierte Investitionen bieten.
- die Landschaftsverbände als regionale Träger der Kulturförderung stärken und ihnen Finanzmittel für diese Aufgabe bereitstellen. Um insbesondere kleinen Kultureinrichtungen eine erfolgreiche Antragsstellung zu gewährleisten, werden wir die Einbindung der Landschaften und Landschaftsverbände im Investitionsprogramm nachhaltig absichern.
- Landeskultureinrichtungen und Stiftungen fördern und Stiftungen mehr Freiraum geben.
- die ergänzende Landesförderung des Göttinger Symphonieorchesters und der kommunalen Theater regelmäßig angemessen anheben (Dynamisierung).
- die kommunalen und freien Theater sowie die Amateurtheater weiter fördern und die Förderung weiter verstätigen.
- die kommunalen und freien Theater sowie die Amateurtheater weiter fördern und die Förderung verstetigen.
- Laientheater- und Musikgruppen sowie Spielmannzüge finanziell unterstützen.
- ehrenamtliche Strukturen in der Kultur, wie beispielsweise Literatur- und Kunsthäuser, gezielter fördern.

- Livemusik-Spielstätten als Anlagen für kulturelle Zwecke im Baurecht verankern und Freiräume für Kultur in unseren Gemeinden und Städten fördern.
- die Kultureinrichtungen bei der Entwicklung und Ausgestaltung einer Digitalisierungsstrategie unterstützen.

Die **Kulturschaffenden** leisten vor diesem Hintergrund einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Teilhabe, zur Verständigung zwischen den Generationen, zur Demokratieförderung, zum Gelingen von Inklusion und Integration und erfüllen mit großer Kreativität auch noch einen Bildungsauftrag. Wir werden **attraktivere Arbeitsbedingungen** für Kulturschaffende in Niedersachsen schaffen. Hierzu wollen wir auch verstärkt mit den Kommunen sowie Vertretungen insbesondere der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler ins Gespräch kommen. *Daher werden wir:*

- vom Bund fordern, die Künstlersozialkasse auf ein stabileres Fundament zu setzen und die Bundesagentur für Arbeit sowie die Jobcenter stärker für die besonderen Vermittlungsbedarfe von Kulturschaffenden zu sensibilisieren.
- das Niedersächsische Glücksspielgesetz dahingehend ändern, dass die Glücksspielabgaben gezielter für Kulturschaffende verwendet werden.
- ehrenamtliche in der Kultur von bürokratischen Lasten befreien und die Antragsverfahren für Fördermittel vereinfachen.
- über eine Onlineplattform schnell und einfach über alle Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Ländern informieren und die Beantragung der Mittel unkompliziert und online abwickeln.
- die Förderausschreibungen in Verantwortung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur weiter vereinfachen und die Einbindung der Kulturfachverbände, Landschaften und Landschaftsverbände mit dem Ziel einer Verfahrensverkürzung weiterentwickeln.
- ein Stipendienprogramm einrichten, das sich spartenunabhängig an freischaffende Künstlerinnen und Künstler richtet.
- Beratungsstrukturen für Künstlerinnen und Künstler fördern und unterstützen.

Ob in der Musik, der Kunst oder auf der Theaterbühne – Kulturförderung bedeutet für uns auch immer **Nachwuchs- und Talentförderung**. Die außerschulische **kulturelle Bildung** mit all ihren Facetten ergänzt das Bildungsangebot unserer Schulen und ermöglicht jungen Menschen, ihre Talente zu entdecken und zu entfalten. *Deshalb werden wir:*

- das breitenwirksame Musikförderprogramm „Wir machen die Musik“ weiter fördern und um eine Talentförderung ergänzen.
- die niedersächsischen Kunstschulen und Musikschulen weiter stärken und ihnen helfen, die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Verwerfungen abzufedern.
- die Förderung der kulturellen Jugendbildung und der Theaterpädagogik fortführen und verstetigen.
- in Abstimmung mit dem Landesmusikrat die Landesmusikakademie zukunftssicher aufstellen und zu einer Musikakademie Niedersachsen weiterentwickeln.

- eine besondere Talentförderung über die Landesmusikakademie ins Leben rufen, um Spitzenmusikerinnen und -musiker besser zu fördern.
- Fortbildungsangebote für Chor- und Musikgruppenleitungen in der Laienmusik nach der erfolgten Erhöhung der Weiterleitungsmittel stärker unterstützen.
- in enger Abstimmung mit den Hochschulen die akademische Ausbildung von Musikpädagoginnen und -pädagogen stärken, um die Nachwuchssicherung in der musikalischen Bildung zu gewährleisten.

Zu der wichtigen Arbeit der Kulturförderung gehört auch die Unterstützung des Plattdeutschen und des Saterfriesischen. Sie sind elementarer Bestandteil der niedersächsischen Kultur und Identität. Die Ziele der europäischen Sprachencharta sind uns Verpflichtung. Sie anerkennen das Plattdeutsche und das Saterfriesische als eigenständige Sprachen und fordern ihren Erhalt und ihre Pflege. Auch kommende Generationen sollen Plattdeutsch und Saterfriesische verstehen und sprechen. Wir werden Plattdeutsch und Saterfriesisch in der frühkindlichen Bildung, in der Schule aber auch in den öffentlichen Bibliotheken und Büchereien stärker berücksichtigen. Das System der Plattdeutschbeauftragten in den Verwaltungen bauen wir aus. Und wir sind sicher zu, dass in den Verwaltungen auch Plattdeutsch gesprochen werden kann.

Regionale Sprachen, Traditionen und Bräuche in Niedersachsen müssen auf besondere Art und Weise geschützt und gefördert werden. Niedersachsen ist zudem reich an Geschichte, an die es zu erinnern und über die es zu informieren gilt – gerade in der heutigen Zeit. *Deshalb werden wir:*

- regionale Sprachen, Traditionen und Bräuche vor allem jungen Menschen wieder nahebringen.
- uns für den Erhalt einer Koordinierungsstelle, welche die Interessen der Sprecherinnen und Sprecher von Regionalsprachen länderübergreifend vertritt, einsetzen.
- mit den Landschaften und Landschaftsverbänden, den Bibliotheken, Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen einen Plattdeutsch- und Saterfriesisch-Plan entwickeln.
- die Arbeit der Heimatvereine und Trachtengruppen honorieren.

Die CDU will die **Erinnerungskultur** in Niedersachsen deutlich voranbringen. Wir sind sturmfest und erdverwachsen – unsere Wurzeln sind und wichtig.

Seit der Gründung der CDU nach dem zweiten Weltkrieg arbeiten wir im Sinne der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950. Brückenbau, Austausch und Verständigung mit dem Ziel eines freien und geeinten Europas sind in rund sieben Jahrzehnten zum Markenkern einer zukunftsfähigen Politik für Vertriebene, Spätaussiedler und deutsche Volksgruppen/ Heimatverbliebene geworden. Kultur und Erinnerungspolitik sowie Menschenrechts- und Sozialpolitik sind für uns unverzichtbar miteinander verbunden. Um diese zentralen staatspolitischen Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Gelder nach dem §96 des Bundesvertriebenengesetzes aufgestockt und die Stelle der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler dauerhaft erhalten bleiben.

Das Museum Friedland ist dabei ein stellvertretendes Beispiel, das einen bedeutsamen Beitrag zu Erinnerung und Reflexion über Ursachen und Folgen von Flucht und Vertreibung leistet. Darüber hinaus leisten alle Gedenkstätten, Museen und Einrichtungen, die sich mit Erinnerungskultur befassen, einen herausragenden Beitrag für unsere Gesellschaft. *Wir werden daher:*

- die niedersächsischen Gedenkstätten im Sinne einer echten Erinnerungskultur unterstützen und weiterentwickeln und dabei die Kriegsgräberstätten einbeziehen, um auch dadurch einen Beitrag zum Frieden zu leisten.
- den zweiten Bauabschnitt und die Entwicklung der Nutzungskonzepte des Grenzdurchgangslagers Friedland für die neuen Flächen intensiv begleiten.
- die Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten bei der Entwicklung und Umsetzung einer passgenauen Digitalisierungsstrategie unterstützen.
- die Gedenkstätten zur Zeit des Nationalsozialismus, allen voran die Gedenkstätte Bergen-Belsen, weiter ertüchtigen, um dem veränderten Besuchsverhalten von Schülergruppen Rechnung zu tragen.
- die häufig ehrenamtlich geführten Museen und Gedenkstätten zur deutschen Teilung entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze bei der Sicherung ihrer Ausstellungswerke und Magazine unterstützen. Hier werden wir auch die Erinnerung an die Opfer des SED-Unrechts stärken.
- das Grenzlandmuseum Eichsfeld weiter fördern und unser Engagement auch in der Bildungsarbeit vor Ort sinnvoll erweitern.
- die Provenienzforschung am Landesmuseum Hannover sowie die Untersuchung und Restitution von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten im Sinne der 3-Wege-Strategie weiter ausbauen. Unter Einbindung des Leibniz-Institutes für Bildungsmedien wollen wir die Verantwortung niedersächsischer Institutionen im schulischen Geschichtsunterricht stärker berücksichtigen.
- das Landesarchiv und die ehrenamtliche und kommunale Archivarbeit unterstützen.
- das Schloss Marienburg als national bedeutendes Kulturdenkmal für künftige Generationen zugänglich machen. Die Sanierung der Marienburg wird gemeinsam mit den beteiligten Partnern weiter vorangetrieben.
- zur Verbesserung der Situation der in Landesbesitz befindlichen Schlösser, Burgen und vergleichbaren Einrichtungen ein Konzept für eine Landesstiftung erarbeiten, die auch weiteren, vom Land dauerhaft geförderten Einrichtungen offensteht. Dabei wollen wir insbesondere auch die Kulturgeschichte der früheren Länder Braunschweig und Oldenburg angemessen berücksichtigen und ihre Sichtbarkeit verbessern.
- die Landesmuseen in Hannover, Braunschweig und Oldenburg sowie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg bei ihren Dauerausstellungen sowie bei der Kuratierung von Sonderausstellungen unterstützen.
- die versicherungsrechtlichen Herausforderungen für Sonderausstellungen und Leihgaben praxistauglicher gestalten.

- die Freilichtmuseen in Niedersachsen als wesentliche Zeugen niedersächsischer Siedlungsgeschichte weiter unterstützen.
- das Forschungsmuseum Schöningen in seiner neuen Struktur nachhaltig stärken und als Stätte der frühen Menschheitsgeschichte stetig weiterentwickeln.
- die Rundlingdörfer als Weltkulturerbe stärker für Besucherinnen und Besucher zugänglich machen. Die Unterstützung der niedersächsischen Welterbestätten werden wir entschieden fortführen. Dies gilt in besonderer Weise für die Stätten in Goslar und im Westharz.

Medienpolitik und Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft

Niedersachsen hat eine unabhängige, vielfältige und journalistisch wie wirtschaftlich hochwertige **Medienlandschaft**. Private Rundfunkveranstalter existieren neben einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, private Medienhäuser wirtschaften erfolgreich neben traditionellen Verlagshäusern. Diese Vielfalt der medialen Angebote, der Anbieter und der Verbreitungswege wollen wir erhalten. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche Meinungsbildung, für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit.

Guter Journalismus muss ein Qualitätsprodukt bleiben. Durch ihn wird ein höherer Aufwand, die Sorgfaltspflicht und die Gegenprüfung in der Recherche garantiert. Die Niedersachsen sollen – auch in der digitalen Welt – auf Pressearbeit höchster Qualität vertrauen können.

Wir setzen uns für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein, dessen Finanzierung zukünftig am besten durch ein Indexmodell sichergestellt wird. Wir betrachten den Norddeutschen Rundfunk (NDR) als starken Partner, der bei der Erfüllung seines Programmauftrags der regionalisierten Berichterstattung weiterhin hohe Priorität einräumt. Daneben haben auch die privaten niedersächsischen Rundfunkanbieter mit einer breiten Palette an Angeboten einen festen Platz in der vielfältigen Medienlandschaft.

Moderne, leistungsstarke und wettbewerbsfähige Medienhäuser und Soloselbstständige müssen alle Freiheiten haben, sich wirtschaftlich **ohne bürokratische Hemmnisse** weiterzuentwickeln. Medienhäuser und selbstständige Journalistinnen und Journalisten sind Teil unserer Kultur und dabei Unternehmer. Ihr wirtschaftliches Handeln wollen wir durch die Berücksichtigung bei unserer Anschlag- und Gründungsförderpolitik berücksichtigen. So werden journalistische Produkte nach ihrer Gründungsphase bis hin zu ihrer Markteinführung heranreifen.

Wir wollen, dass alle Menschen in Niedersachsen die digitalen Möglichkeiten souverän nutzen und anwenden können. Die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz sowie Medienethik ist Teil der menschlichen Entwicklung – und zunächst eine Aufgabe der elterlichen Erziehung. Eine **qualifizierte Medienerziehung** ist dabei ein wesentlicher Bestandteil für den sorgsam Umgang sowie für die Toleranz und Akzeptanz medialer Vielfalt. Auch negative Folgen wie Suchtpotenziale und Cybermobbing gilt es dabei in den Blick zu nehmen.

Hass und Hetze im Netz stellen Verbrechen dar und sind zu verurteilen. Wenn rechtliche Grenzen überschritten werden, dann müssen die Urheber ermittelt und verfolgt werden.

Mit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Innen- und dem Justizministerium sowie der Niedersächsischen Landesmedienanstalt wird es insbesondere niedersächsischen Medienunternehmen erleichtert, strafbare Hasspostings zu melden und weitere Schritte gegen die Verursacher einzuleiten.

Um die **Vielfalt der Medienlandschaft** angemessen zu berücksichtigen und effektive Rahmenbedingungen sowie Strukturen zu etablieren, die auf die Veränderungen der Zeit eine passende Antwort geben, *werden wir*:

- eine Zertifizierung von journalistischen Qualitätserzeugnissen entwickeln, um ihnen Vorteile auf dem Nachrichtenmarkt zu ermöglichen.
- Cybermobbing entschieden entgegenwirken, indem wir unsere Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sowie unsere Polizistinnen und Polizisten gezielt auf diesem Gebiet fortbilden.
- Konzepte entwickeln, die eine qualifizierte Medienerziehung bereits in Kindergärten, Schulen und außerschulischen Einrichtungen vorsehen. Unser Ziel ist, mehr Menschen in diesen Lernprozess miteinzubeziehen.
- zusammen mit allen Akteuren der Film- und Filmproduktionsbranche die Medienförderung modernisieren. Die niedersächsische Filmförderung unter dem bewährten Dach der Nordmedia soll verstärkt die Kreativität der Akteure unterstützen, die Produktqualität erhöhen und Arbeitsplätze in Niedersachsen erhalten und schaffen.

Die Renaissance autoritärer Regierungsformen und die zunehmende Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in vielen Ländern zeigt, wie leicht Freiheit und Demokratie in Gefahr geraten können. Sie machen deutlich, dass **politische Bildung und Medienkompetenz**, die Bekämpfung des politischen Extremismus und die Unterstützung des politischen Ehrenamts wieder stärker als wichtige Aufgabe einer wehrhaften Gesellschaft wahrgenommen werden müssen. *Daher werden wir*:

- die Landeszentrale für politische Bildung stärken, ihre Präsenz in der Fläche ausbauen und eine engere Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung unterstützen.
- die Landeszentrale für politische Bildung bei der Entwicklung digitaler Apps für Kinder und Jugendliche unterstützen.
- kinder- und jugendgerechte Informationen über die Arbeit der Landesregierung in den Internetangeboten der Landesverwaltung ausbauen.
- die Förderung und Anerkennung des politischen Ehrenamts fortführen und ehrenamtliche Kräfte vor verbalen und physischen Übergriffen von Verfassungsgegnern schützen.
- Projekte an Schulen und Vereinen unterstützen, welche die Fähigkeit zum souveränen Medienkonsum fördern. In Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Kommunen werden wir die Medienkompetenzen aller Generationen stärken und ausbauen. Entsprechende Projekte und Maßnahmen werden wir fördern.

NIEDERSACHSEN SPRINGT WEITER.

Regierungsprogramm 2022-2027 der CDU in Niedersachsen

- Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz ausbauen, um die problematische Rolle von sozialen Medien bei der Suche nach sachlichen und nachprüfbaren Informationen analysieren zu können.



Herausgeber:

CDU in Niedersachsen · Hindenburgstraße 30 · 30175 Hannover
cdu-niedersachsen.de · info@cdu-niedersachsen.de